

**PERSÖNLICHE ÜBERGABE**

Obergericht des Kantons Schaffhausen  
Frauengasse 17  
8200 Schaffhausen

**Verwaltungsgerichtsbeschwerde**

19. Oktober 2020

**zum Beschluss des Regierungsrats betr. Kantonsratswahlen 27.09.2020**

Am 27. September 2020 wählten die Stimmberechtigten des Kanton Schaffhausens die Mitglieder des Kantonsrates für die Amtsperiode 2021 – 2024.

Im Nachgang zur Wahl und der Publikation der Ergebnisse durch die Staatskanzlei hatte ich am 30. September 2020 eine Wahlbeschwerde eingereicht, mit dem Antrag auf Nachzählung aller Listen und Wahlkreise.

Die Begründung in zwei Punkten:

1. Das Ergebnis der Oberzuteilung kann nicht knapper ausfallen:
  - a. eine einzelne zusätzliche Wählerzahl (gewichtete Stimme) führt bereits zu einer Veränderung der Oberzuteilung, namentlich einer Sitzverschiebung von Liste 1 zu Liste 13.
  - b. sechs entfallene Wählerzahlen führen zu einer Veränderung der Oberzuteilung, namentlich einer Sitzverschiebung von Liste 9 zu Liste 13.Beide Beispiele liegen gem. Art. 26a WahlG unter der notwendigen Mindestanzahl Stimmen, die zur Nachzählung führen müssten, da im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen eine einzelne Stimme eine Wählerzahl bedeutet.
2. Bei der Durchführung der Wahlen wurden mehrere gesetzeswidrige Vorgänge angeordnet:
  - a. Die Auszählung der Stimmen wurde nur teilweise durch die Gemeindewahlbüros vorgenommen. § 29 Abs. 1 Proporzwahlverordnung bestimmt, dass die Auszählung durch die Gemeindewahlbüros (Plural) zu erfolgen hat, gemeint sind damit also die kommunalen Wahlbüros. Art. 54a Abs. 2 WahlG definiert ausserdem die eigentliche Auszählung der Stimmen erst nach der Bereinigung der Wahlzettel stattfindet.
  - b. Die eigentliche Auszählung der Stimmen wurde – zumindest für die veränderten Wahlzettel – ohne Rechtsgrundlage durch die KSD im Auftrag der Stadtkanzlei im Auftrag der Staatskanzlei durchgeführt.
  - c. Ein Wahlbetrug kann nicht ausgeschlossen werden, weil die erforderlichen Kontrollmechanismen fehlen.

Die Wahlbeschwerde wurde durch den Regierungsrat per Beschluss vom 13. Oktober 2020, mir zugestellt am 14. Oktober 2020, in beiden Punkten abgelehnt.

Ich reiche hiermit eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Entscheid des Regierungsrats zu meiner Wahlbeschwerde ein und beantrage:

- a) eine Nachzählung aller Wahlzettel und Stimmen durch die kommunalen Wahlbüros, ohne Zuhilfenahme eines EDV-Programms
- b) die Publikation der Ergebnisse gem. a) durch die jeweiligen Gemeinden und den Kanton
- c) eine Nachzählung aller Wahlzettel und Stimmen durch das kantonale Wahlbüro, unter Zuhilfenahme eines EDV-Programms

- d) die Publikation der Ergebnisse gem. c) durch den Kanton
- e) eine Neuberechnung der Ober- und Unterteilung sowie der gewählten Kandidaten, sofern die Ergebnisse aus a) und c) übereinstimmen. Falls nicht, ist der Prozess zu wiederholen.
- f) die Publikation der Endresultate gem. e) durch den Kanton
- g) die Anerkennung des Resultats gem. e) als offizielles Resultat der Kantonsratswahlen 2020
- h) die Einführung eines Zusatzes zu Art. 26a WahlG zum Proporzwahlverfahren «doppelter Pukelsheim», wobei die Grenzen einer Nachzählung durch den Kantonsrat zu bestimmen sind. Ausgangsgrösse soll die gesamt-kantonale Wählerzahl sein.
- i) die Einführung eines Zusatzes zu Art. 26a WahlG zum einfachen Proporzwahlverfahren, wobei die Grenzen einer Nachzählung durch den Kantonsrat zu bestimmen sind. Ausgangsgrösse soll die gesamthafte Stimmenzahl sein.
- j) die Abänderung des Wahlgesetzes sowie der Proporzwahlverordnung gem. Schema a) bis g), sowie die Einführung der Zusatzbestimmungen gem. h) und i).

### Erläuterungen zur Knappheit

Der Regierungsrat behauptet, die für die Kantonsratswahlen anwendbare Nachzähl-Norm sei nicht Art. 26a Wahlgesetz, sondern finde sich stattdessen in der Proporzwahlverordnung (Ziffer 3a). Dies (eine Delegation auf blosse Verordnungsstufe) wäre jedoch von vornherein unzulässig, da die Kantonsverfassung (Art. 50 Bst. a) Gesetzesrang verlangt: «Alle wichtigen Rechtssätze sind in der Form des Gesetzes zu erlassen. Dazu gehören Bestimmungen, für welche die Verfassung das Gesetz ausdrücklich vorsieht, sowie die grundlegenden Bestimmungen über a. die Volksrechte». Die wichtige Frage, wann und ob eine Nachzählung bei äusserst knappen Resultaten vonstattengehen soll, betrifft von vornherein die Volksrechte. Der Anspruch auf Nachzählung, also ein «Recht von Personen», muss ebenfalls im Gesetz geregelt sein (Art. 50 Bst. c Kantonsverfassung). Die Bestimmung im Wahlgesetz ist also anzuwenden und geht derjenigen in der Verordnung vor, da letztere nichtdelegierbar und damit kompetenzwidrig ist.

Die Regierung erachtet eine Nachzählung u.a. deshalb als nicht sachgerecht, weil die Details der Unterteilung zeigten, dass nicht einfach losgelöst ein knappes Ergebnis vorliege (Ziffer 3c). Dies mag zutreffen. Der Beschwerdeführer verlangt jedoch gar keine Nachzählung einer Unterteilung. Dazu ist zu erwähnen, dass es bei der Unterteilung «nur» darum geht, in welchen Wahlkreisen die bei der Oberzuteilung an die Parteien zugewiesenen Sitze verteilt werden. Ein knappes Ergebnis resp. eine andere Sitzverteilung auf Stufe Oberzuteilung ist demgegenüber viel gravierender: Hier geht es darum, welche Partei/Liste überhaupt einen oder keinen Sitz erhält. Es geht also um die Existenz im Kantonsrat schlechthin, nicht «nur» darum, ob nun der eine Sitz im Wahlkreis A oder Wahlkreis B anfällt. Auch wenn dies womöglich für Unterteilungen durchaus anders sein mag: Auf jeden Fall lassen sich sehr knappe Resultate auf Stufe Oberzuteilung sehr wohl exakt «messen» (=Differenz der mindestens nötigen Anzahl Stimmen, die zu einem anderen Resultat geführt hätten, analog zur Messung bei Majorzwahlen). Die Regierung behauptet, dass der Verzicht auf Nachzählung bereits in der Vergangenheit wiederholt vorgekommen sei (Ziffer 3d). Beide genannten Beispiele betreffen die Kandidatenstimmen, also die Zuordnung der Sitze einer Partei in einem Wahlkreis auf die jeweilige Person. Dies ist wohl korrekt, allerdings taugt dieses Argument nicht, da es in aktuellem Fall nicht um die gewählte Person, sondern um den Sitz überhaupt geht.

Da durch das Wahlverfahren «doppelter Pukelsheim» zuerst die Oberzuteilung ermittelt wird, sehe ich Art. 26a WahlG als anwendbar in Bezug auf die Wählerzahl statt effektive Stimmzahl. Dies weil für die Ermittlung der Oberzuteilung die Gesamtzahl an Listenstimmen - und nicht Kandidatenstimmen - geteilt durch die Anzahl zu vergebenen Sitzen in jedem Wahlkreis massgebend ist (=Wählerzahl). Der Verweis auf den Obergerichtsentscheid 60/2016/39 bzgl. der Nachzählung von Kandidatenstimmen innerhalb eines Wahlkreises und einer einzelnen Liste bei Stimmgleichheit sehe ich deshalb als nicht gegeben.

Die Anwendungspraxis zum Losentscheid im Fall 2016 wird – im Unterschied zur jetzigen Situation – durch Art. 2e WahlG und § 5 Proporzwahlverordnung gestützt. Ein Losentscheid innerhalb der Oberzuteilung ist nach Wahlverfahren «doppelter Pukelsheim» gar nicht möglich, ein Verweis auf diese Situation fehlt sowohl im Gesetz wie auch in der Verordnung, Art. 26a WahlG ist somit gültig.

Der Antrag auf Gesetzesänderung gem. Schema a) bis g) und nachträglicher Anwendung auf die Wahlen vom 27. September löst die Problematik der Nachzählfrage meines Erachtens sehr gut. Da beim vorhandenen Wahlsystem die entscheidende Grösse innerhalb des Wahlverfahrens ändert, von Wählerzahl zu Listenstimmen zu Kandidatenstimmen, muss auch das Gesetz dementsprechend verfasst sein. Eine Nachzählung nur bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten wird nach der Argumentation des Regierungsrats nie stattfinden.

## **Erläuterungen zu Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung**

Die Regierung (Ziffer 5a) bestätigt nun selbst, dass bei der KSD eben doch nicht einfach nur eine unwichtige administrative Nebentätigkeit erfolgt ist, sondern der eigentliche Kern jeder Wahl: Das Erfassen und danach die Auszählung der (veränderten) Wahlzettel. Die Auszählung geschieht zwar nicht manuell, sondern via Software, doch natürlich erst, wenn jeder einzelne (veränderte) Wahlzettel in die Software eingetragen ist. Es ist unerheblich, dass die Wahlbüromitglieder in den Gemeinden die Wahlzettel bereits bereinigt haben. Wesentlich ist doch, dass in dieser Phase jeder einzelne (veränderte) Wahlzettel von Helfern in die Hand genommen wird und die handschriftlichen Veränderungen quasi digitalisiert werden. Bei Wahlzetteln aus Buchberg mag dies eine simple Aufgabe darstellen (da nur 1 Zeile), doch bei Wahlzetteln aus dem Wahlkreis Stadt mit 27 Zeilen, ist dies doch eine sehr heikle Aufgabe, bei der doch immer wieder Fehler passieren. Dazu kommt, und dies ist eine eigentliche Unregelmässigkeit, dass diese höchst sensible Arbeit nicht durch die ordentlich gewählten Wahlbüromitglieder, sondern durch rekrutiertes Hilfspersonal erfolgt. Es mag zutreffen, dass es zwar nicht gerade minderjährige Schüler/innen sind, doch sind es offenbar auch Nicht-Stimmberechtigte: Also auch Ausländer, ggf. Personen aus anderen Kantonen (z.B. Feuerthalen ZH?) oder gar Helfern aus dem grenznahen Ausland (Büsing oder Jestetten?). Das ist doch stossend: Wir haben offizielle Wahlbüromitglieder, die Stimmberechtigte sein müssen und durch den Grossen Stadtrat gewählt werden, doch beim vielleicht wichtigsten Verfahrensschritt einer Proporzwahl (oder zumindest, nebst der Bereinigung, einer ebenfalls sehr wichtigen) werden dann irgendwelche Hilfspersonen eingesetzt. Und dies ohne Rechtsgrundlage.

Die Kompetenzdelegation gem. Art 2h WahlG wurde erst am 7. Oktober 2020 durch das Büro des Kantonsrats wieder eingeführt, so die Regierung (Ziffer 3b). Die Staatskanzlei wurde offenbar erst durch die Wahlbeschwerde auf den Fehler im Wahlgesetz aufmerksam, die vorherigen 5 Jahre hat sich niemand daran gestört, dass der Regierungsrat weniger Kompetenzen bzgl. der Ausführung der Wahlen hat. Die Argumentation, dass es sich dabei um ein sinnstörendes Versehen handelt kommt direkt von der bevorteilten Partei. Weil die Wahlen 2016 bereits unter Fehlen dieses Artikels vorgenommen wurden, und dort bereits eine Wahlbeschwerde eingereicht wurde, hätte der Staatskanzlei dieses sinnstörende Versehen bereits vor 4 Jahren auffallen müssen.

Eine weitere Unregelmässigkeit ist darin zu erblicken, dass offenbar bei der KSD sogar Bereinigungen von Wahlzetteln stattfinden (Ziffer 5b). Zwar dürfte es nicht viele solcher «nachträglichen Bereinigungen» von Wahlzetteln geben. Doch ist dieser Eingriff in die Gemeindekompetenz rechtswidrig (Art. 59 WahlG und § 29 Proporzwahlverordnung weisen diese Aufgabe exklusiv dem kommunalen Wahlbüro zu) und es genügt schliesslich ein einziger zusätzlicher Wahlzettel zugunsten der JFSH (egal in welchem Wahlkreis) für den Sitzgewinn. Art. 20 WahlG sieht demgegenüber keine Kompetenz zur Bereinigung von Wahlzetteln durch die Staatskanzlei, die KSD oder gar Hilfspersonen vor.

In Ziffer 5 erläutert die Regierung die Vorgänge bei der KSD und spricht sich in Ziffer 5d selbst von allen Unregelmässigkeiten bzw. Manipulationen frei. Die Regierung lässt aber ausser Acht, dass bei den Wahlen durchaus Manipulationsmöglichkeiten bestanden hätten. Dabei richtet sich meine Beschwerde vor Allem gegen die Intransparenz und die Erfassung der veränderten Wahlzettel, dort besteht meiner Einschätzung nach ein grosses Risiko für Manipulationen, die nicht durch die «zahlreichen» Kontrollen von KSD und Staatskanzlei aufgefangen werden können.

Die Stimmenzählung der veränderten Wahlzettel erfolgt durch die KSD. Bis zum Zeitpunkt der Eingabe gibt es zumindest zwei Möglichkeiten, wenn nicht sogar mehr, die veränderten Wahlzettel zu manipulieren.

Der Lieferschein der Gemeinde umfasst nur die Anzahl veränderter Wahlzettel, nicht aber die Anzahl der Listen- bzw. Kandidatenstimmen. Es wäre also dem Überbringer möglich die Wahlzettel während der Fahrt zum KSD zu manipulieren. Überbracht werden der KSD nur die veränderten Wahlzettel, d.h. ein solcher Betrug kann bereits im Vorhinein geplant, die nummerierten Couverts und Wahlzettel abgestempelt werden. Weder die KSD, die Staatskanzlei noch das kommunale Wahlbüro würde diesen Betrug je bemerken, da der Lieferschein unverändert bliebe. Damit dies verhindert wird, müssen die Kandidatenstimmen vor der Übergabe an die KSD bereits ausgezählt werden, durch gewählte Mitglieder des Wahlbüros. Antrag a) und b) lösen diese Problematik vollständig, indem die Publikation der Auszählung erfolgt, besteht keine Möglichkeit mehr die Wahlzettel zu verändern. Sollte es dennoch zu Abweichungen kommen, so besteht automatisch Verdacht auf Betrug und die Wahlzettel müssen zurück zur Gemeinde, wo dieser entweder erkannt wird oder das Auszählergebnis korrigiert wird.

Des Weiteren wäre es sogar innerhalb der KSD möglich eine Manipulation vorzunehmen. Die Wahlzettel sind zwar nummeriert und gestempelt, aber es findet keine Kontrolle statt, dass die Wahlzettel auch korrekt eingegeben werden. Die Bildung von Zweierteams löst dieses Problem nicht, da die freiwilligen Helfer nicht demokratisch legitimiert sind.

Die Regierung ist zudem der Meinung, dass ein Zugriff auf die Datenbank während des Eingabeprozesses nicht möglich sei, weil diese durch technische Nutzerbeschränkungen geschützt sei. Auch wenn der Zugriff nur auf die «eigenen» eingetragenen Wahlzettel möglich wäre, besteht doch ein sehr hohes Manipulationsrisiko. Die Software arbeitet mit einer SQL-Datenbank, die Nutzerberechtigungen sind über Active-Directory gesetzt. Dieses Zusammenspiel ist sehr delikat. Im Normalfall werden Datenbankzugriffe via Nutzerrollen geregelt, ich bezweifle allerdings stark, dass für jede einzelne Eingabestation und jedes Wahlcouvert einzelne Beschränkungen bzw. Freigaben gesetzt wurden. Dies wäre notwendig, damit, wie auf Seite 8 in der Stellungnahme der Staatskanzlei beschrieben, zu jedem Zeitpunkt genau nachvollzogen werden kann, welche Wahlzettel welcher Gemeinde bei welchen Teams in der Erfassung sind. Gemäss der Redaktion des Online-Magazins Republik, die in direktem Kontakt mit Reinhard Semtlich, CEO der Entwicklungsfirma der eingesetzten Wahlsoftware Sesam, steht, erfahren die einzelnen Eingabestationen keinen getrennten Zugriff auf die Wahldatenbank. Dies wird durch die Installationsanleitung der Software bestätigt. Es ist also davon auszugehen, dass die Eingabeteams während der Erfassung der Wahlzettel Zugriff auf alle Eingabe haben, und so eine Manipulation der Arbeit eines anderen Eingabeteams möglich sind.

Die Stadtkanzlei schreibt in ihrer Stellungnahme in Punkt 3.2, dass ich mit der Beschwerde impliziert hätte, dass ausschliesslich Schüler und Schülerinnen an der Eingabe tätig sind und unterstellt mir, dass dies den Anschein hätte erwecken sollen, dass diese besonders anfällig für Fehler seien. Dies ist gerade nicht so, denn durch den Einsatz von KV-Lernenden und bereits «geübtem» Eingabepersonal entstehen nicht mehr Fehler, aber – und das ist massgebend – wird so auf Personal gesetzt, das sich spätestens beim zweiten Einsatz Insider-Wissen hätte aneignen können. Besonders junge, IT-affine Leute besitzen eher die Fähigkeit eine Manipulation vorzunehmen. Die vorangehende Ausführung meinerseits zeigt auf, dass dieser Aspekt gerade noch verstärkt wird, weil weder KSD noch Staatskanzlei in der Lage sind eine Manipulation innerhalb eines Eingabeteams auszudecken. Die erwähnten «Kontroll- und Plausibilisierungsmechanismen» sind gut gemeint, funktionieren aber so nicht. Hier besteht eine klare Verletzung der Volksrechte durch den Regierungsrat.

Bei der Durchführung der Wahl wurde ausserdem gegen § 35 Proporzwahlverordnung verstossen, worauf sich meine Anträge a) und b) stützen. Die Gemeindewahlbüros müssen selbstständig die Ergebnisse der Wahl feststellen, auch wenn die Resultateerfassung durch das kantonale Wahlbüro erfolgt. Das heisst, dass diese Aufgabe sinnvollerweise vor der Übergabe der Wahlzettel an die KSD erfolgt. Es wird gefordert, dass auch die Kandidatenstimmen durch die Gemeindewahlbüros festgestellt werden. Bei der durchgeführten Wahl vom 27. September wurde dies unterlassen, wie die Regierung unter Ziffer 5c bestätigt. Den kommunalen Wahlbüros wird erst nach der Auszählung der veränderten Wahlzettel ein Report zugestellt, der dann kontrolliert werden soll. Wie dies ohne die Auszählung der Kandidatenstimmen auf kommunaler Ebene stattfindet bleibt die Regierung schuldig.

Zuletzt ist die Erwägung der Regierung in Ziffer 5d fehlerhaft. Korrekt ist lediglich, dass der Vorgang der Auszählung und Erfassung mehrfach abgesichert ist. Dass diese Absicherung völlig nutzlos ist, weil es daneben ausreichend Manipulationsmöglichkeiten und fehlende Kontrollmechanismen gibt, lässt die Regierung ausser Acht. Genau aus diesem Grund ist der Verweis auf die Wahlmanipulation in Frauenfeld TG korrekt und muss Beachtung finden, auch dort hätte nie jemand gedacht, dass ein Wahlbetrug stattfinden könne. Trotzdem wurden die Wahlen auf dreiste Art und Weise manipuliert. Die Kontrollmechanismen im Kanton Schaffhausen sind sogar so schlecht, dass ein Betrug nicht einmal der Staatskanzlei bzw. der Regierung auffallen würde. Es gibt schlichtweg keine Möglichkeit zu beurteilen, ob die veränderten Wahlzettel korrekt erfasst wurden, obwohl dies sogar in Art. 34 Bundesverfassung als unabdingbares Recht festgesetzt.

## Weitere Erläuterungen

Die Regierung hat es bis heute unterlassen die Wahlergebnisse korrekt zu publizieren. In Ziffer 6a verweist die Regierung auf die publizierten (Detail-)Ergebnisse vom Montag, 28. September 2020, in welcher die Unterteilung ersichtlich ist. Dies ist soweit korrekt.

Die publizierten Ergebnisse der Unterteilung sind aber nicht nachvollziehbar, die Wahlkreisdivisoren sind nicht korrekt abgebildet. Eine Nachberechnung der Sitzuteilung mit einem Taschenrechner wird so verunmöglicht.

Weiter ist es unklar, warum der Kantonswahlschlüssel der Oberzuteilung so hoch (470.27) angesetzt wurde. Der Schlüssel soll so nah wie möglich am mathematischen Schlüssel liegen (459.61), damit die Sitzgewinne und -verluste in Globo möglichst klein ausfallen. Dies ist zwar nur technisch störend und hat keinen Einfluss auf die Sitzuteilung,

lässt aber bzgl. Qualität der Wahlsoftware Fragen aufwerfen. Der minimale Kantonswahlschlüssel läge in aktuellem Fall bei 469.63. Auch die Angabe eines Wahlschlüssel-Bereichs wäre denkbar und transparent.

Die Regierung erwähnt in Ziffer 1b, dass der eventuell gewonnene Sitz der Liste 13 an mich (Wahlkreis Stadt Schaffhausen) gehen würde. Dies resultiere daraus, dass ich das Spitzenresultat auf der Liste erzielt habe. Dies ist nicht auszuschliessen, allerdings habe ich zu keinem Zeitpunkt erwähnt, dass dies anders sein würde. Ausserdem ist es ohne Zugriff auf die Wahlsoftware ein mühsamer Prozess die Unterteilung nachzurechnen. Dies habe ich deshalb auch unterlassen, ich kann also nicht hinter der Aussage stehen, dass der ggf. gewonnene Sitz der Liste 13 zu meinen Gunsten fällt oder nicht. Es wäre aufgrund des Wahlverfahrens auch möglich, dass der Spitzenkandidat im Klettgau oder Reiat den Sitz erhält.

In der Stellungnahme der Stadtkanzlei Punkt 2 schreibt diese, dass der Beschwerdegrund wegen Unstimmigkeiten bei der Durchführung nicht zulässig sei, weil das Vorgehen bereits im Mai 2020 angekündigt worden sei. Die Beschwerde hätte, nach Ausführungen der Stadtkanzlei, also bereits im Mai 2020 eingereicht werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt war aber lediglich bekannt, dass die KSD die Auszählung der Stimmen vornimmt, nicht aber wie dies genau abläuft. Die Freiwilligen Helfer wurden erst später aufgeboten. Davon erfahren habe ich in der Tat erst nach den Wahlen, auch wenn der erwähnte Artikel der AZ Schaffhausen bereits in der Woche davor erschienen ist. Sowohl der Artikel der Republik, wie auch derjenige in der AZ wurden mir nach den Wahlen zugespielt.

Die Stadtkanzlei schreibt unter Punkt 2.3 dazu, dass man in guten Treuen davon ausgehen könne, dass ich als politisch interessierte Person und im Amt als Präsident der Jungfreisinnigen die Berichterstattung der AZ laufend verfolge. Ich weiss nicht, wie man sich ein Amt als Präsident einer Jungpartei vorstellt, aber es ist bei weitem nicht so, dass man von allen Berichten in allen Medien Kenntnis hat, geschweige denn Zeit dazu hätte sich damit zu befassen, auch wenn dies in der Tat sehr interessant wäre.

Liberale Grüsse

Patrick Fischli  
Präsident JFSH

Posthof 9  
8200 Schaffhausen

Beilagen:

- (1) Wahlbeschwerde vom 30. September 2020, inkl. Beilagen
- (2) Beschluss des Regierungsrats vom 13. Oktober 2020
- (3) Stellungnahme der Staatskanzlei vom 7. Oktober 2020, inkl. Beilagen
- (4) Stellungnahme der Stadtkanzlei vom 7. Oktober 2020, inkl. Beilagen

# Beilage 1

EINSCHREIBEN  
Regierungsrat des Kantons Schaffhausen  
Beckenstube 7  
8200 Schaffhausen

## Wahlbeschwerde

30. September 2020

zu den Kantonsratswahlen vom 27. September 2020

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Hiermit reiche ich schriftlich und fristgerecht eine Wahlbeschwerde sowie ein Gesuch um Nachzählung bezüglich den Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 ein. Ich begründe diese durch die auffällig kleine, notwendige Differenz bei der Stimmenzahl aller Wahlkreise und Listen, die zu einer veränderten Oberzuteilung und damit zu einem Sitzgewinn für die JFSH führen würde. Weiter rüge ich einen gesetzwidrigen Ablauf der Ermittlung der Wahlergebnisse.

Ich fordere den Regierungsrat dementsprechend auf, eine Nachzählung aller Listen und Wahlkreise anzuordnen.  
Zur Begründung:

1. Nach Art. 26a Abs. 1, WahlG ist eine Nachzählung anzuordnen, wenn die Differenz der abgegebenen Stimmen weniger als 0.3% bzw. 6 Stimmen beträgt.  
In aktuellem Fall wäre eine einzelne Stimme im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen nötig, damit die JFSH einen Sitz gewinnen würden (siehe: Beispiel A1, Beilage 1). In den Wahlkreisen Schaffhausen, Klettgau und Reiat würde eine einzige, zusätzliche Liste, mithin 27 bzw. 7 bzw. 4 zusätzliche Stimmen, zu einem Sitzgewinn ausreichen (siehe: Beispiel A2, A3 und A4 Beilage 1). Selbstverständlich ist Art. 26a Abs. 1 WahlG auch auf die Kantonsratswahlen anwendbar; etwas anderes hat der Kantonsrat bei der Einfügung dieser Bestimmung ins WahlG nie gewollt.
2. Eine unmittelbar aus der Bundesverfassung fliessende Verpflichtung zur Nachzählung besteht sodann in jenen knapp ausgegangenen Fällen, in denen der Bürger auf konkrete Anhaltspunkte für eine fehlerhafte Auszählung oder für ein gesetzwidriges Verhalten der zuständigen Organe hinzuweisen vermag. An den Nachweis solcher Unregelmässigkeiten sind jedoch umso geringere Anforderungen zu stellen, je knapper das Wahl- oder Abstimmungsergebnis ausfällt. Die JFSH haben ihren Sitz wie gezeigt extrem knapp verpasst. Die Anforderungen zur Glaubhaftmachung von Unregelmässigkeiten sind daher tief anzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist beispielhaft auf den Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen zu verweisen, in welchem Personen aus der gleichen Familie auf unterschiedlichen Listen kandidiert haben (Matthias Linder, JFSH und Franziska Linder, FDP). Ein einmaliger Fehler bei der Erfassung bzw. Zurechnung der Stimmen ist schnell geschehen.

Des Weiteren sind mir bei der Plausibilisierung der Wahlergebnisse folgende Unstimmigkeiten aufgefallen:

- In den Gemeinden Beggingen, Neuhausen, Lohn, Hemishofen und Rüdlingen nahm die Stimmbeteiligung im Vergleich zu 2016 markant zu (>10%, nach Bereinigung der Anzahl Wahlberechtigter).  
In der Gemeinde Büttenhardt kann dasselbe, entgegengesetzt beobachtet werden.
- In den Gemeinden Beggingen, Trasadingen, Lohn, Stetten, Hemishofen und Rüdlingen wurden markant mehr Wahlzettel eingelegt als 2016 (>10%, nach Bereinigung der Anzahl Wahlberechtigter).  
In der Gemeinde Trasadingen nahm die Stimmbeteiligung im Vergleich zu 2016 nicht in derselben Form zu.
- In den Gemeinden Barga, Lohn, Stetten und Hemishofen wurden gegenüber dem kantonalen Schnitt (0.64%) deutlich mehr ungültige Wahlzettel erfasst (>4%).

Gleichzeitig wurden in den Gemeinden Oberhallau, Trasadingen, Wilchigen, Buch und Buchberg kein einziger ungültiger Wahlzettel erfasst.

- In der Stadt Schaffhausen wurden nur 13 ungültige Wahlzettel erfasst.  
Bei den Wahlen 2016 waren es bei tieferer Stimmbeteiligung und weniger Wahlberechtigten 33 Wahlzettel.

Im März 2020 kam es bei den Grossratswahlen innerhalb des Wahlbezirks der Stadt Frauenfeld zu Manipulationen an den Wahlunterlagen und zu absichtlicher Fehlzuteilung von Wahlzetteln. Ein vergleichbarer Wahlbetrug ist nicht auszuschliessen, insbesondere in den Gemeinden mit auffällig hoher Stimmbeteiligung gegenüber den letzten Kantonsratswahlen.

Weiter ist es klar gesetzwidrig, dass z.B. im Wahlkreis Schaffhausen die eigentliche Zählung der Stimmen gar nicht durch die ordentlich gewählten kommunalen Mitglieder der Wahlbüros durchgeführt wurden. Stattdessen waren es nicht gewählte Schüler-/innen, welche bei der KSD alle (veränderten) Listen, Stimme für Stimme, in die Software eingetragen haben (siehe: Brief «EDV-Erfassung im Mühletal» der Stadtkanzlei Schaffhausen, mir zugespielt am 29. September 2020, Beilage 2). Dieser Eingabeprozess ist aber äusserst delikat: Ein einziger falsch eingetippter Wahlzettel führt im vorliegenden Fall – wie gezeigt – bereits zu einer anderen Sitzverteilung und damit zu einem Sitz für die JFSH.

Wie das Magazin «Republik» vor ein paar Tagen berichtet hat, setzen einige Kantone veraltete und angreifbare Wahlsoftware ein, so auch der Kanton Schaffhausen (siehe: «Republik», Passwort: «Wahlen», 25.09.2020, Beilage 3, mit ebenfalls am 29. September 2020 zugespielt). Eine einzige Person mit Zugriff auf die Wahl-Datenbank kann demgemäss das Resultat verändern, ohne dass es jemand bemerken würde. Denn die Teilresultate, welche die einzelnen Gemeinden ermittelt haben (Wahlprotokolle o.ä.), sind nirgends direkt einsehbar. Damit kann letztlich das Endresultat nicht selbst anhand der Wahlkreis- oder Gemeinderesultate hochaddiert und verifiziert werden. Gerade unter diesen gegebenen Umständen ist das problematisch.

Gerade die vorerwähnten Schüler-/innen haben beim Eingabeprozess also Zugriff auf die gesamte Datenbank und können so unbemerkt Datenveränderungen vornehmen. Umso wichtiger ist es, dass diese Handlungen nur von gewählten Stimmenzählern vorgenommen werden. Eine Nachzählung drängt sich daher umso mehr auf.

Das auf der Internetseite sh.ch publizierte detaillierte Wahlergebnis ist fehlerhaft. Für die Unterteilung müssten u.a. die sog. Wahlkreisdivisoren berechnet und veröffentlicht werden. Erst mit diesen kann die Sitzverteilung schliesslich nachvollzogen werden. Doch die Wahlkreisdivisoren sind nirgends publiziert. Die Sitzverteilung auf die einzelnen Listen kann damit nicht nachgerechnet und kontrolliert werden.

Liberale Grüsse



Patrick Fischli  
Präsident JFSH

Beilagen:

- (1) Beispielszenarien Oberzuteilung
- (2) Brief «EDV-Erfassung im Mühletal» der Stadtkanzlei Schaffhausen
- (3) Artikel «Republik», Passwort: «Wahlen», 25.09.2020

Offizielles Ergebnis der KR-Wahlen 2020

		Stimmen							Wählerzahl									Oberzuteilung	
Liste	Bezeichnung	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total		Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Anteil	Sitzanspruch	Anspruch	Sitze	
	1 SVP	65'792	28'835	3'717	7'862	2'662	391		2'436.74	2'218.08	464.63	1'123.14	665.50	391.00	7'299.09	26.47%	15.881	15.521	16
	2 SP	79'795	11'973	4'309	4'094	1'462	75		2'955.37	921.00	538.63	584.86	365.50	75.00	5'440.35	19.73%	11.837	11.569	12
	3 FDP	43'806	10'227	2'830	4'755	687	50		1'622.44	786.69	353.75	679.29	171.75	50.00	3'663.92	13.29%	7.972	7.791	8
	4 AL	29'796	3'189	978	879	293	23		1'103.56	245.31	122.25	125.57	73.25	23.00	1'692.93	6.14%	3.683	3.600	4
	5 GLP	27'330	6'340	1'182	2'258	994	145		1'012.22	487.69	147.75	322.57	248.50	145.00	2'363.74	8.57%	5.143	5.026	5
	6 Grüne	21'794	2'715	1'620	1'097	495	44		807.19	208.85	202.50	156.71	123.75	44.00	1'543.00	5.60%	3.357	3.281	3
	7 EDU	7'274	5'406	505	888	156	10		269.41	415.85	63.13	126.86	39.00	10.00	924.24	3.35%	2.011	1.965	2
	8 CVP	9'347	1'229	1'818	467	562			346.19	94.54	227.25	66.71	140.50	0.00	875.19	3.17%	1.904	1.861	2
	9 EVP	7'769	3'385	207	708	86	10		287.74	260.38	25.88	101.14	21.50	10.00	706.64	2.56%	1.537	1.503	2
	10 SVP Agro	1'527	4'002	540	729	228			56.56	307.85	67.50	104.14	57.00	0.00	593.04	2.15%	1.290	1.261	1
	11 JSVP	1'201	2'787	181	1'125	511	97		44.48	214.38	22.63	160.71	127.75	97.00	666.96	2.42%	1.451	1.418	1
	12 SVP KMU	572	983	690	951	248			21.19	75.62	86.25	135.86	62.00	0.00	380.91	1.38%	0.829	0.810	1
	13 JFSH	3'785	946	0	118	0	5		140.19	72.77	0.00	16.86	0.00	5.00	234.81	0.85%	0.511	0.499	0
	15 SVP Senioren	2'799	430	350	492	64			103.67	33.08	43.75	70.29	16.00	0.00	266.78	0.97%	0.580	0.567	1
	16 Junge Grüne	12'647	2'453	914	709	166	11		468.41	188.69	114.25	101.29	41.50	11.00	925.14	3.35%	2.013	1.967	2
	Total	315'234	84'900	19'841	27'132	8'614	861		11'675.33	6'530.77	2'480.13	3'876.00	2'153.50	861.00	27'576.73	100%	60	58.640	60

Sitze	27	13	8	7	4	1	60												
Stimmen/Sitz	11'675.33	6'530.77	2'480.13	3'876.00	2'153.50	861.00		1369.746		82.730183									
															math.		eff.		
															Wahlschlüssel		459.6121	470.27	

A1) Falschauszählung Wahlkreis Buchberg

Es wurde eine Einzelstimme im Wahlkreis Buchberg (Liste 13) / Kandidat Matthias Linder bei der Auszählung vergessen

Liste	Bezeichnung	Stimmen							Wählerzahl								Oberzuteilung			
		Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total		Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total			Anteil	Sitzanspruch	Anspruch	Sitze
1	SVP	65'792	28'835	3'717	7'862	2'662	391	109'259	2'436.74	2'218.08	464.63	1'123.14	665.50	391.00	7'299.09	26.47%	15.880	15.500	15	-1
2	SP	79'795	11'973	4'309	4'094	1'462	75	101'708	2'955.37	921.00	538.63	584.86	365.50	75.00	5'440.35	19.73%	11.836	11.553	12	0
3	FDP	43'806	10'227	2'830	4'755	687	50	62'355	1'622.44	786.69	353.75	679.29	171.75	50.00	3'663.92	13.29%	7.971	7.781	8	0
4	AL	29'796	3'189	978	879	293	23	35'158	1'103.56	245.31	122.25	125.57	73.25	23.00	1'692.93	6.14%	3.683	3.595	4	0
5	GLP	27'330	6'340	1'182	2'258	994	145	38'249	1'012.22	487.69	147.75	322.57	248.50	145.00	2'363.74	8.57%	5.143	5.020	5	0
6	Grüne	21'794	2'715	1'620	1'097	495	44	27'765	807.19	208.85	202.50	156.71	123.75	44.00	1'543.00	5.60%	3.357	3.277	3	0
7	EDU	7'274	5'406	505	888	156	10	14'239	269.41	415.85	63.13	126.86	39.00	10.00	924.24	3.35%	2.011	1.963	2	0
8	CVP	9'347	1'229	1'818	467	562		13'423	346.19	94.54	227.25	66.71	140.50	0.00	875.19	3.17%	1.904	1.859	2	0
9	EVP	7'769	3'385	207	708	86	10	12'165	287.74	260.38	25.88	101.14	21.50	10.00	706.64	2.56%	1.537	1.501	2	0
10	SVP Agro	1'527	4'002	540	729	228		7'026	56.56	307.85	67.50	104.14	57.00	0.00	593.04	2.15%	1.290	1.259	1	0
11	JSVP	1'201	2'787	181	1'125	511	97	5'902	44.48	214.38	22.63	160.71	127.75	97.00	666.96	2.42%	1.451	1.416	1	0
12	SVP KMU	572	983	690	951	248		3'444	21.19	75.62	86.25	135.86	62.00	0.00	380.91	1.38%	0.829	0.809	1	0
13	JFSH	3'785	946	0	118	0	6	4'855	140.19	72.77	0.00	16.86	0.00	6.00	235.81	0.86%	0.513	0.501	1	1
15	SVP Senioren	2'799	430	350	492	64		4'135	103.67	33.08	43.75	70.29	16.00	0.00	266.78	0.97%	0.580	0.567	1	0
16	Junge Grüne	12'647	2'453	914	709	166	11	16'900	468.41	188.69	114.25	101.29	41.50	11.00	925.14	3.35%	2.013	1.965	2	0
Total		315'234	84'900	19'841	27'132	8'614	862	456'583	11'675.33	6'530.77	2'480.13	3'876.00	2'153.50	862.00	27'577.73	100%	60	58.563	60	

Sitze2713874160

Stimmen/Sitz11'675.336'530.772'480.133'876.002'153.50862.00

math.

Wahlschlüssel459.6288470.91

A2) Falschauszählung Wahlkreis Schaffhausen

Es wurde eine unveränderte Liste 13, bzw. mehrere Stimmen im Wahlkreis Schaffhausen nicht gezählt (+22 Stimmen)

		Stimmen							Wählerzahl									Oberzuteilung		
Liste	Bezeichnung	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Anteil	Sitzanspruch	Anspruch	Sitze	Diff.		
1	SVP	65'792	28'835	3'717	7'862	2'662	391	109'259	2'436.74	2'218.08	464.63	1'123.14	665.50	391.00	7'299.09	26.47%	15.880	15.500	15	-1
2	SP	79'795	11'973	4'309	4'094	1'462	75	101'708	2'955.37	921.00	538.63	584.86	365.50	75.00	5'440.35	19.73%	11.836	11.553	12	0
3	FDP	43'806	10'227	2'830	4'755	687	50	62'355	1'622.44	786.69	353.75	679.29	171.75	50.00	3'663.92	13.29%	7.972	7.781	8	0
4	AL	29'796	3'189	978	879	293	23	35'158	1'103.56	245.31	122.25	125.57	73.25	23.00	1'692.93	6.14%	3.683	3.595	4	0
5	GLP	27'330	6'340	1'182	2'258	994	145	38'249	1'012.22	487.69	147.75	322.57	248.50	145.00	2'363.74	8.57%	5.143	5.020	5	0
6	Grüne	21'794	2'715	1'620	1'097	495	44	27'765	807.19	208.85	202.50	156.71	123.75	44.00	1'543.00	5.60%	3.357	3.277	3	0
7	EDU	7'274	5'406	505	888	156	10	14'239	269.41	415.85	63.13	126.86	39.00	10.00	924.24	3.35%	2.011	1.963	2	0
8	CVP	9'347	1'229	1'818	467	562		13'423	346.19	94.54	227.25	66.71	140.50	0.00	875.19	3.17%	1.904	1.859	2	0
9	EVP	7'769	3'385	207	708	86	10	12'165	287.74	260.38	25.88	101.14	21.50	10.00	706.64	2.56%	1.537	1.501	2	0
10	SVP Agro	1'527	4'002	540	729	228		7'026	56.56	307.85	67.50	104.14	57.00	0.00	593.04	2.15%	1.290	1.259	1	0
11	JSVP	1'201	2'787	181	1'125	511	97	5'902	44.48	214.38	22.63	160.71	127.75	97.00	666.96	2.42%	1.451	1.416	1	0
12	SVP KMU	572	983	690	951	248		3'444	21.19	75.62	86.25	135.86	62.00	0.00	380.91	1.38%	0.829	0.809	1	0
13	JFSH	3'807	946	0	118	0	5	4'876	141.00	72.77	0.00	16.86	0.00	5.00	235.63	0.85%	0.513	0.500	1	1
15	SVP Senioren	2'799	430	350	492	64		4'135	103.67	33.08	43.75	70.29	16.00	0.00	266.78	0.97%	0.580	0.567	1	0
16	Junge Grüne	12'647	2'453	914	709	166	11	16'900	468.41	188.69	114.25	101.29	41.50	11.00	925.14	3.35%	2.013	1.965	2	0
Total		315'256	84'900	19'841	27'132	8'614	861	456'604	11'676.15	6'530.77	2'480.13	3'876.00	2'153.50	861.00	27'577.54	100%	60	58.562	60	

Sitze2713874160

Stimmen/Sitz11'676.156'530.772'480.133'876.002'153.50861.00

math.

Wahlschlüssel459.6257470.91

A3) Falschauszählung Wahlkreis Klettgau

Es wurde eine unveränderte Liste 13, bzw. mehrere Stimmen im Wahlkreis Klettgau nicht gezählt (+9 Stimmen)

		Stimmen							Wählerzahl									Oberzuteilung		
Liste	Bezeichnung	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total		Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Anteil	Sitzanspruch	Anspruch	Sitze	Diff.	
	1 SVP	65'792	28'835	3'717	7'862	2'662	391		2'436.74	2'218.08	464.63	1'123.14	665.50	391.00	7'299.09	26.47%	15.880	15.500	15	-1
	2 SP	79'795	11'973	4'309	4'094	1'462	75		2'955.37	921.00	538.63	584.86	365.50	75.00	5'440.35	19.73%	11.836	11.553	12	0
	3 FDP	43'806	10'227	2'830	4'755	687	50		1'622.44	786.69	353.75	679.29	171.75	50.00	3'663.92	13.29%	7.972	7.781	8	0
	4 AL	29'796	3'189	978	879	293	23		1'103.56	245.31	122.25	125.57	73.25	23.00	1'692.93	6.14%	3.683	3.595	4	0
	5 GLP	27'330	6'340	1'182	2'258	994	145		1'012.22	487.69	147.75	322.57	248.50	145.00	2'363.74	8.57%	5.143	5.020	5	0
	6 Grüne	21'794	2'715	1'620	1'097	495	44		807.19	208.85	202.50	156.71	123.75	44.00	1'543.00	5.60%	3.357	3.277	3	0
	7 EDU	7'274	5'406	505	888	156	10		269.41	415.85	63.13	126.86	39.00	10.00	924.24	3.35%	2.011	1.963	2	0
	8 CVP	9'347	1'229	1'818	467	562			346.19	94.54	227.25	66.71	140.50	0.00	875.19	3.17%	1.904	1.859	2	0
	9 EVP	7'769	3'385	207	708	86	10		287.74	260.38	25.88	101.14	21.50	10.00	706.64	2.56%	1.537	1.501	2	0
	10 SVP Agro	1'527	4'002	540	729	228			56.56	307.85	67.50	104.14	57.00	0.00	593.04	2.15%	1.290	1.259	1	0
	11 JSVP	1'201	2'787	181	1'125	511	97		44.48	214.38	22.63	160.71	127.75	97.00	666.96	2.42%	1.451	1.416	1	0
	12 SVP KMU	572	983	690	951	248			21.19	75.62	86.25	135.86	62.00	0.00	380.91	1.38%	0.829	0.809	1	0
	13 JFSH	3'785	955	0	118	0	5		140.19	73.46	0.00	16.86	0.00	5.00	235.50	0.85%	0.512	0.500	1	1
	15 SVP Senioren	2'799	430	350	492	64			103.67	33.08	43.75	70.29	16.00	0.00	266.78	0.97%	0.580	0.567	1	0
	16 Junge Grüne	12'647	2'453	914	709	166	11		468.41	188.69	114.25	101.29	41.50	11.00	925.14	3.35%	2.013	1.965	2	0
Total		315'234	84'909	19'841	27'132	8'614	861		11'675.33	6'531.46	2'480.13	3'876.00	2'153.50	861.00	27'577.42	100%	59.999733	58.562	60	

Sitze2713874160

Stimmen/Sitz11'675.336'531.462'480.133'876.002'153.50861.00

math.

Wahlschlüssel459.6237470.91

A4) Falschauszählung Wahlkreis Reiat

Es wurde eine unveränderte Liste 13, bzw. mehrere Stimmen im Wahlkreis Klettgau nicht gezählt (+5 Stimmen)

		Stimmen							Wählerzahl									Oberzuteilung		
Liste	Bezeichnung	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Anteil	Sitzanspruch	Anspruch	Sitze	Diff.		
1	SVP	65'792	28'835	3'717	7'862	2'662	391	109'259	2'436.74	2'218.08	464.63	1'123.14	665.50	391.00	7'299.09	26.47%	15.880	15.500	15	-1
2	SP	79'795	11'973	4'309	4'094	1'462	75	101'708	2'955.37	921.00	538.63	584.86	365.50	75.00	5'440.35	19.73%	11.836	11.553	12	0
3	FDP	43'806	10'227	2'830	4'755	687	50	62'355	1'622.44	786.69	353.75	679.29	171.75	50.00	3'663.92	13.29%	7.972	7.781	8	0
4	AL	29'796	3'189	978	879	293	23	35'158	1'103.56	245.31	122.25	125.57	73.25	23.00	1'692.93	6.14%	3.683	3.595	4	0
5	GLP	27'330	6'340	1'182	2'258	994	145	38'249	1'012.22	487.69	147.75	322.57	248.50	145.00	2'363.74	8.57%	5.143	5.020	5	0
6	Grüne	21'794	2'715	1'620	1'097	495	44	27'765	807.19	208.85	202.50	156.71	123.75	44.00	1'543.00	5.60%	3.357	3.277	3	0
7	EDU	7'274	5'406	505	888	156	10	14'239	269.41	415.85	63.13	126.86	39.00	10.00	924.24	3.35%	2.011	1.963	2	0
8	CVP	9'347	1'229	1'818	467	562		13'423	346.19	94.54	227.25	66.71	140.50	0.00	875.19	3.17%	1.904	1.859	2	0
9	EVP	7'769	3'385	207	708	86	10	12'165	287.74	260.38	25.88	101.14	21.50	10.00	706.64	2.56%	1.537	1.501	2	0
10	SVP Agro	1'527	4'002	540	729	228		7'026	56.56	307.85	67.50	104.14	57.00	0.00	593.04	2.15%	1.290	1.259	1	0
11	JSVP	1'201	2'787	181	1'125	511	97	5'902	44.48	214.38	22.63	160.71	127.75	97.00	666.96	2.42%	1.451	1.416	1	0
12	SVP KMU	572	983	690	951	248		3'444	21.19	75.62	86.25	135.86	62.00	0.00	380.91	1.38%	0.829	0.809	1	0
13	JFSH	3'785	946	0	123	0	5	4'859	140.19	72.77	0.00	17.57	0.00	5.00	235.53	0.85%	0.512	0.500	1	1
15	SVP Senioren	2'799	430	350	492	64		4'135	103.67	33.08	43.75	70.29	16.00	0.00	266.78	0.97%	0.580	0.567	1	0
16	Junge Grüne	12'647	2'453	914	709	166	11	16'900	468.41	188.69	114.25	101.29	41.50	11.00	925.14	3.35%	2.013	1.965	2	0
Total		315'234	84'900	19'841	27'137	8'614	861	456'587	11'675.33	6'530.77	2'480.13	3'876.71	2'153.50	861.00	27'577.44	100%	59.999781	58.562	60	

Sitze2713874160

Stimmen/Sitz11'675.336'530.772'480.133'876.712'153.50861.00

math.

Wahlschlüssel459.6240470.91

B1) Stimmenzuordnung Namensvettern

Es wurde im Wahlkreis Buchberg 1 Stimme falsch zugeordnet (Franziska Linder statt Matthias Linder)

		Stimmen							Wählerzahl									Oberzuteilung		
Liste	Bezeichnung	Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total		Stadt SH	Klettgau	Neuhausen Reiat	Stein	Buchberg	Total	Anteil	Sitzanspruch	Anspruch	Sitze	Diff.	
	1 SVP	65'792	28'835	3'717	7'862	2'662	391		2'436.74	2'218.08	464.63	1'123.14	665.50	391.00	7'299.09	26.47%	15.881	15.500	15	-1
	2 SP	79'795	11'973	4'309	4'094	1'462	75		2'955.37	921.00	538.63	584.86	365.50	75.00	5'440.35	19.73%	11.837	11.553	12	0
	3 FDP	43'806	10'227	2'830	4'755	687	49		1'622.44	786.69	353.75	679.29	171.75	49.00	3'662.92	13.28%	7.970	7.778	8	0
	4 AL	29'796	3'189	978	879	293	23		1'103.56	245.31	122.25	125.57	73.25	23.00	1'692.93	6.14%	3.683	3.595	4	0
	5 GLP	27'330	6'340	1'182	2'258	994	145		1'012.22	487.69	147.75	322.57	248.50	145.00	2'363.74	8.57%	5.143	5.020	5	0
	6 Grüne	21'794	2'715	1'620	1'097	495	44		807.19	208.85	202.50	156.71	123.75	44.00	1'543.00	5.60%	3.357	3.277	3	0
	7 EDU	7'274	5'406	505	888	156	10		269.41	415.85	63.13	126.86	39.00	10.00	924.24	3.35%	2.011	1.963	2	0
	8 CVP	9'347	1'229	1'818	467	562			346.19	94.54	227.25	66.71	140.50	0.00	875.19	3.17%	1.904	1.859	2	0
	9 EVP	7'769	3'385	207	708	86	10		287.74	260.38	25.88	101.14	21.50	10.00	706.64	2.56%	1.537	1.501	2	0
	10 SVP Agro	1'527	4'002	540	729	228			56.56	307.85	67.50	104.14	57.00	0.00	593.04	2.15%	1.290	1.259	1	0
	11 JSVP	1'201	2'787	181	1'125	511	97		44.48	214.38	22.63	160.71	127.75	97.00	666.96	2.42%	1.451	1.416	1	0
	12 SVP KMU	572	983	690	951	248			21.19	75.62	86.25	135.86	62.00	0.00	380.91	1.38%	0.829	0.809	1	0
	13 JFSH	3'785	946	0	118	0	6		140.19	72.77	0.00	16.86	0.00	6.00	235.81	0.86%	0.513	0.501	1	1
	15 SVP Senioren	2'799	430	350	492	64			103.67	33.08	43.75	70.29	16.00	0.00	266.78	0.97%	0.580	0.567	1	0
	16 Junge Grüne	12'647	2'453	914	709	166	11		468.41	188.69	114.25	101.29	41.50	11.00	925.14	3.35%	2.013	1.965	2	0
	Total	315'234	84'900	19'841	27'132	8'614	861		11'675.33	6'530.77	2'480.13	3'876.00	2'153.50	861.00	27'576.73	100%	60	58.561	60	

Sitze2713874160

Stimmen/Sitz11'675.336'530.772'480.133'876.002'153.50861.00

math.

Wahlschlüssel459.6121470.91

Schaffhausen, im März 2020

**Gesamterneuerungswahlen 2020, EDV-Erfassung im Mühlental**

Liebe Lernende

Ein spannendes Wahljahr steht wieder vor uns und wir sind bereits mitten in der Vorbereitung und Planung. Wir benötigen Unterstützung und sind dringend auf Personen angewiesen, die gewöhnt sind, regelmässig am PC zu arbeiten und zwar an folgenden Wahlsonntagen (jeweils ganzer Tag):

**Sonntag, 30. August (Majorzwahlen)**

**Sonntag, 27. September (Proporzahlen)**

**Sonntag, 29. November (Proporzahlen)**

Vor den Wahltagen ist selbstverständlich noch eine Schulung geplant, so dass Ihr das EDV-Programm an den Wahltagen schon kennt. Diese Daten sind noch nicht bekannt, werden aber frühzeitig bekannt gegeben. Die Entschädigung beträgt Fr. 30.--pro Std und selbstverständlich ist auch für ausreichende Verpflegung an diesen Tagen gesorgt. Bei Interesse meldet Euch doch bitte per Mail bei mir, bitte unter Angabe von Name, Geb. Datum, Adresse, AHV-Nr. und Bankverbindung. Bedingung ist allerdings, dass Ihr bereits volljährig sind. Bitte beachtet, dass wir Interessenten bevorzugen, welche an allen Daten mitmachen können.

Wir danken Euch schon jetzt für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüssen



Brigitte Meier  
[brigitte.meier@stsh.ch](mailto:brigitte.meier@stsh.ch)



## Passwort: «Wahlen»

Viele Kantone verwenden veraltete oder angreifbare Software, um die Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen zu ermitteln. Der Bund sieht keinen Handlungsbedarf. Immerhin: Einige Firmen wollen nun nachrüsten.

Eine Recherche von Adrienne Fichter (Text) und Emma Roulette (Illustration), 25.09.2020

Unsere Demokratie basiert auf Papier und ist deswegen sicher – daran halten E-Voting-Gegner seit Jahren eisern fest. Es ist ein Mythos.

Ihre Argumentation geht so. Manipulationsversuche würden durch gegenseitige Checks auffliegen. Und vor allem würden die Angriffe nicht skalieren: Eine Betrügerin könnte Wahlbriefe abfangen und verändern – aber nicht millionenfach. Doch die verklärt-romantische Vorstellung einer streng analogen Demokratie entspricht nicht der Realität. Bei Wahlen kommt eine Vielzahl verschiedener Programme und elektronischer Systeme zum Einsatz – auch ohne E-Voting.

Bei der Übermittlung von Wahlregistern in die Druckerei, beim Ausdrucken und Einscannen von Wahlzetteln, bei der Ermittlung der Wahlergebnisse durch den Kanton, bei der Übermittlung der Ergebnisse an den Bund: Überall ist Software involviert oder sind elektronische Geräte im Einsatz, die oftmals übers Internet miteinander kommunizieren.

Ein Schritt in dieser Kette ist die sogenannte Ergebnisermittlung. Kaum ein Mensch kann panaschierte und kumulierte Wahllisten in kurzer Zeit richtig auswerten, besonders bei komplizierten Berechnungsformeln wie «Doppelter Pukelsheim» und «Hagenbach-Bischoff». Eine Auszählung in Echtzeit am Wahlsonntag – wie wir sie kennen und schätzen – erfordert Automatisierung. Computerprogramme müssen die Sitzgewinne und -verluste ausrechnen und die Wahlveränderungen grafisch darstellen.

Das geschieht mithilfe von spezialisierter Software. Die einzelnen Wahllokale loggen sich dabei in ein System ein und speisen dort den Inhalt der ausgezählten Stimmzettel ein. Die Software übermittelt diesen Inhalt dann an eine zentrale Datenbank, wo das Wahlergebnis berechnet wird. Ergebnisermittlungsoftware kommt bei Wahlen fast in der ganzen Schweiz zum Einsatz. Bei einigen Kantonen sogar für Abstimmungen.

## **Angreifbare Software, schwache Kontrolle**

Die Republik hat gemeinsam mit zwei IT-Sicherheitsforschern solche Systeme vertieft auf ihre Sicherheit hin untersucht.

Unsere Recherche zeigt:

1. Mindestens 14 Kantone verwenden angreifbare und nicht zeitgemässe Software. Wir haben mehrere Fälle von Fehlkonfigurationen von Servern, fehlenden Sicherheitsvorkehrungen und schwachen Verschlüsselungen gefunden. Die Anfälligkeiten sind teils Versäumnisse der Softwareanbieter, aber auch Folgen von fehlendem IT-Sicherheitsbewusstsein in den Kantonsverwaltungen.
2. Die Recherche zeigt eine klare Regulierungslücke auf. Obwohl es sich um sogenannte «kritische Infrastruktur» handelt, existieren bis heute keine Sicherheitsvorgaben des Bundes für den Einkauf und den Betrieb solcher Systeme. Und damit herrscht auch keine Transparenz über die Funktionsweise der Software. Die Bundeskanzlei sieht sich nicht zuständig, weil die sichere Durchführung von Abstimmungen und Wahlen Sache der Kantone sei. Sie fordert zwar von den Kantonen, die Befunde der Republik-Recherche zu prüfen und Schwachstellen zu beheben. Doch niemand auf Bundesebene kontrolliert die Sicherheit der eingesetzten Software. Und die breite Öffentlichkeit weiss nicht einmal von der Existenz solcher Systeme.

Experten und Politikerinnen, denen die Republik die Befunde vorgelegt hat, fordern daher dieselbe Regulierung und Transparenz wie beim E-Voting. Das bedeutet: klare Vorgaben und eine Bewilligung durch die Bundes-

kanzlei, öffentliche Begutachtung der Software, Offenlegung des Quellcodes.

Für Balthasar Glättli, Präsident der Grünen, ist dies ein Alarmzeichen: «Hier herrscht ganz offensichtlich eine Sicherheitslücke, welche raschestmöglich gestopft werden muss.» Er reichte soeben eine überparteiliche Interpellation ein. Sollte der Bundesrat keinen Handlungsbedarf beim Thema digitale Ergebnisermittlung sehen, will Glättli in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats einen Antrag für einen Vorstoss einreichen. Das Anliegen sei mehrheitsfähig, sagt der grüne Nationalrat.

«Es sind dringend strengere Sicherheitschecks nötig», sagt Andreas Glaser, Staatsrechtler und Direktor des Aarauer Zentrums für Demokratie. «Ansonsten ist künftiger Manipulation Tür und Tor geöffnet.»

Wichtig zu betonen ist aber auch:

- Alle Kantone wenden mehrere etablierte Kontrollmechanismen an, um krasse Verfälschungen im Nachhinein zu entdecken: statistische Kontrollen, Plausibilitätschecks, Publikation der Ergebnisse auf Gemeindeebene. Dadurch kann die Wahl immer nachvollzogen werden. Die Republik verfügt über *keinerlei* Hinweise, dass die Schwachstellen bei der Ergebnisermittlung von kriminellen Hackern ausgenutzt worden sind.
- Einige Systemschwächen werden unter anderem dank unserer Recherche bald behoben. So hat die Firma Sesam gegenüber der Republik bestätigt, das Installationsprozedere ihres Produkts sicherer zu gestalten. Der Kanton Wallis möchte das Einfallstor für Hacker bis im November schliessen. Mehrere Kantone gehen nun über die Bücher und analysieren gemeinsam mit den betroffenen Softwarefirmen die Befunde der Republik-Recherche.

## Ein unkontrolliertes Jekami

Vergangenes Jahr wurde E-Voting in der Schweiz intensiv diskutiert. Als mehrere krasse Schwachstellen in der geplanten Software der Post publik wurden (auch durch Recherchen der Republik), wurde das Projekt auf Eis gelegt. In der Folge haben im Sommer 2019 zwei Forschergruppen unabhängig voneinander die bestehenden Wahlprozesse untersucht.

Die Fragestellung lautete jeweils: Wie sicher und wie digital läuft eigentlich unsere bewährte Briefwahl ab?

Die Befunde mündeten in zwei kaum beachtete Forschungspapiere. Die erste Arbeit der ETH kam zum Schluss, dass bei der elektronischen Auszählung ein unkontrolliertes Jekami herrscht. «Viele Kantone verwenden Software für die Ergebnisermittlung, welche keiner öffentlichen Sicherheitsprüfung unterzogen worden ist», schreibt das Forscherteam rund um David Sommer. Das Angriffspotenzial sei gross, resümieren die Forscher.

Zu denselben Schlüssen kam das zweite Papier, das Christian Killer und Burkhard Stiller von der Universität Zürich verfasst haben. Die Wissenschaftler haben analysiert, welche Manipulationsrisiken bei einer Briefwahl bestehen – von Änderungen des Stimmzettels bis zur Übermittlung an den Bund. Doch sie sind bei der Recherche der Ergebnisermittlung an ihre Grenzen gestossen. Grund dafür ist der föderale Dschungel: Jeder Kanton arbeitet mit einer anderen Software, deren Quellcode nicht offengelegt ist.

Das Forscherteam holte sich deshalb Hilfe bei Benedikt van Spyk, dem Staatssekretär des Kantons St. Gallen. Van Spyk führte im Namen der Staatsschreiberkonferenz eine öffentlich einsehbare Umfrage bei allen

Kantone zur Frage durch, mit welcher Software (von welcher Firma) gearbeitet wird. Anhand dieser Umfrage haben sich die beiden Zürcher Security-Forscher Christian Killer und Melchior Limacher die Systeme vertieft angeschaut – gemeinsam mit der Republik.

## Wo die Schwachstellen sind

Das Ergebnis der mehrmonatigen Recherche: Mindestens 14 Kantone verwenden Software, die mehrere Fehlkonfigurationen von Servern beinhaltet, bei der Sicherheitsvorkehrungen fehlen und die auf schwachen Verschlüsselungen basiert. Betroffen sind vor allem zwei Standardprodukte von privaten Softwareanbietern sowie die Eigenentwicklungen von drei Kantonen.

Zu den schwerwiegendsten Schwachstellen zählen:

- potenzielle Insiderattacken durch Angreifer, die sich Zugriff zum Netz einer Wahlbehörde verschafft haben;
- schwache Standardpasswörter;
- mögliche Man-in-the-Middle-Angriffe, bei denen sich eine Hackerin zwischen ein Wahllokal und die Zentrale schaltet.

---

## Zur Recherche im Detail

Welche Angriffe sind bei der elektronischen Übermittlung von Wahlergebnissen möglich? Wie haben die Kantone und Softwarefirmen auf die Recherche reagiert? Alle Details dazu lesen Sie im [technischen Bericht zu unserer Recherche](#).

Die ersten beiden Schwachstellen fanden Limacher und Killer bei der Software «Sesam Wahlen». Wer im Besitz des Passworts ist, könnte hier uneingeschränkt alle Datensätze direkt in der Datenbank manipulieren. Zur Erinnerung: Ein ähnliches Manipulationsszenario fand die Forschergruppe [rund um die Hackerin Sarah Jamie Lewis 2019 bei der E-Voting-Software der Post](#) – was unter anderem zum Abbruch und zur Neuausrichtung des E-Voting-Projekts führte.

Ausserdem hat die Firma Sesam die Installationsanleitung zu ihrem Produkt im Netz öffentlich zugänglich gemacht. Darin steht auch das Standardpasswort. Es ist denkbar simpel: «Wahlen». Wer die Software installiert, wird nicht aufgefordert, das Passwort zu ändern.

Die Firma Sesam räumt die Befunde ein. An den Konfigurationen der Software mit allen umfassenden Berechtigungen möchte die Firma dennoch nichts ändern. Und sie wälzt die Verantwortung auf die Kunden ab: Die Kantone seien in der Pflicht, durch Sicherheitskonzepte Missbrauch zu verhindern. Kundinnen von Sesam sind die Kantone Graubünden, Glarus, Uri, Baselland, Basel-Stadt, Luzern, Schaffhausen, Nidwalden und Obwalden. In Schaffhausen wird am kommenden Abstimmungssonntag das Kantonsparlament neu gewählt.

Eine ebenfalls gravierende Schwachstelle wurde in den Ergebnisermittlungssystemen der Kantone [Wallis](#) und [Bern](#) festgestellt. Diese wechseln von einer verschlüsselten auf eine unverschlüsselte Verbindung und erlauben damit einer Angreiferin, sich in den Datenverkehr einzuklinken. Patrick Siggen, Chief Information Security Officer des Kantons Wallis,

räumte die Schwachstelle für potenzielle Hacker ein. Offenbar will der Kanton Wallis nun seine Hausaufgaben machen. Die Schwachstelle werde bis zu den «Abstimmungen im November 2020 korrigiert». Der Kanton Bern hat bereits im Verlauf des Jahres von sich aus nachgebessert.

Der Kanton Tessin setzt mit seiner Software «Votel» (die übrigens gleich heisst wie jene vom Wallis, deren Hersteller das Tessin aber geheim hält) ebenfalls komplett veraltete Verschlüsselungsprotokolle ein. Beim Tessiner «Votel» scheint es sich um ein System zu handeln, das womöglich bereits vor Jahrzehnten eingeführt und seither vermutlich sukzessive modernisiert worden ist. Die gefundenen PHP3-Dateien deuten jedenfalls auf eine Eigenentwicklung aus den Neunzigerjahren hin.

Die Tessiner Staatskanzlei nahm zu den Vorwürfen Stellung: «Einige der von Ihnen erwähnten Protokolle sind inzwischen, wie vor einiger Zeit geplant, ausser Betrieb genommen worden.» Die Frage nach dem Hersteller der Software sowie nach dem Einsatz von PHP3 liess die Tessiner Staatskanzlei unbeantwortet.

Und ein Test der Republik von dieser Woche ergab: Alle gefundenen Schwachstellen bei Votel sind immer noch aktiv.

Bei der Software «VeWork» der Firma Sitrox fanden die beiden IT-Security-Forscher bis Ende März 2020 einige fehlende Sicherheitsvorkehrungen, die sie zu den Basics der IT-Sicherheit zählen: fehlendes HSTS, veralteten Verschlüsselungsalgorithmus RC4, verwundbares Sicherheitsprotokoll-SSLv3 sowie fehlenden Schutz vor Session-Hijacking ([mehr über diese Begriffe lesen Sie im technischen Bericht zu unserer Recherche](#)).

Kundinnen von Sitrox sind die Kantone [Aargau](#), [Solothurn](#) und [Zug](#). Der Technologiechef der Firma Sitrox, Christian Singer, stuft die Befunde als irrelevant ein und hat der Republik für jede Entscheidung detaillierte Erklärungen geliefert. Sitrox gehe von einem anderen IT-Sicherheitsverständnis aus, das auch die digitale Kultur der Kantonsverwaltung berücksichtigt. Mit anderen Worten: wo nicht immer modernste EDV eingesetzt wird (mehr zur Stellungnahme von Sitrox [lesen Sie im technischen Bericht](#)).

## Eine offensichtliche Gesetzeslücke

Wie sind nun die von den Sicherheitsexperten Limacher und Killer gefundenen Schwachstellen zu werten? Haben nachweislich unbemerkte Angriffe stattgefunden, und sind bisherige Wahl- und Abstimmungsergebnisse anzuzweifeln?

Nein. Oder: sehr wahrscheinlich nicht.

Denn solche Hacks wären dank den gängigen Kontroll- und Verifikationsmechanismen vermutlich aufgefliegen. Dazu zählen separat angefertigte – also nicht von der Software generierte – Protokolle. Solche werden etwa in Luzern erstellt. Fast alle Kantone publizieren die Resultate darüber hinaus auf Gemeindeebene und führen Plausibilitätskontrollen und Stichprobenkontrollen durch. Dank der Plausibilisierungsmethode ist etwa eine Wahlfälschung, deren Ursache noch unbekannt ist, [im Kanton Thurgau](#) aufgefliegen. Und [im Kanton Fribourg](#) wurde eine Informatikpanne mit dem überlasteten System SyGev entdeckt.

Im Aargau, wo am 18. Oktober gewählt und mit «VeWork» gearbeitet wird, sind Kontrollmechanismen aktiviert. Anina Sax, Leiterin Wahlen und Abstimmungen der Staatskanzlei Aargau: «Die Sitzverteilung wird einer-

seits am Wahlsonntag mit einem zweiten (auf Excel basierenden) Tool nachgerechnet und verifiziert, bevor sie publiziert wird.» Ausserdem werden die Resultate pro Gemeinde publiziert, sodass jeder diese Resultate nachvollziehen kann. Dieselben Kontrollmechanismen kennt der Kanton Solothurn, welcher kommendes Wochenende neu mit «VeWork» die Abstimmungsergebnisse auswerten wird.

Doch gearbeitet wird am Abstimmungssonntag in erster Linie mit den ausgespuckten Resultaten von Sesam, Sitrox und Co. Deshalb muss die eingesetzte Software mindestens heutigen IT-Standards entsprechen und sollte immer wieder überprüft werden.

Hier besteht eine krasse Gesetzeslücke.

Der Bund hat sich beim Thema elektronische Auswertung lediglich um «E-Counting» gekümmert. Gemeint ist damit die elektronische Erfassung beim Einsatz von Lesegeräten und Scannern. Und selbst der Einsatz dieser Tools wurde von der Bundeskanzlei wenig bis gar nicht kontrolliert, wie mehrere Gutachten zeigen, was vor allem von der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats scharf kritisiert worden ist.

In ihrem Bericht von 2017 schreibt die Kommission: «Ein Vergleich mit dem Ausland zeigt auf, dass die Regelung des Bundes zur elektronischen Auszählung hinter der *international Best Practice* zurückbleibt.» Der Bericht stützt sich auf eine Untersuchung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle von 2015. Die Ergebnisermittlung wird zwar darin ebenfalls nicht explizit erwähnt. Doch die Kommission stellte fest, dass die digitalen Verarbeitungsvorgänge von Papierstimmzetteln sehr ähnlichen Manipulationsrisiken ausgesetzt sind wie E-Voting.

Das führt zur absurden Situation, dass ähnliche Wahlbereiche trotz derselben Hackingszenarien ganz unterschiedlich reglementiert worden sind:

- E-Voting: hoch reguliert;
- E-Counting: ein bisschen reguliert (Kreisschreiben an die Kantone);
- digitale Ergebnisermittlung: überhaupt nicht reguliert.

Trotz eindeutiger Gutachten und Berichte ist auf politischer Ebene wenig passiert.

## Experten kritisieren fehlende Regulierung

Ist der Bund nicht legitimiert, Vorschriften für Ermittlungssysteme zu erlassen? Die Meinungen gehen hier auseinander. Alle von der Republik konsultierten Experten und Bundesangestellten berufen sich dabei auf den Artikel 84 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte. Dieser besagt, dass die Bundeskanzlei die Kantone zu gesetzlichen Bestimmungen in Sachen Ergebnisermittlung ermächtigen kann.

**Artikel 84 BPR – Verwendung technischer Hilfsmittel**<sup>1</sup>. Der Bundesrat kann die Kantonsregierungen ermächtigen, für die Ermittlung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse mit technischen Mitteln von diesem Gesetz abweichende Bestimmungen zu erlassen.<sup>2</sup> Wahl- und Abstimmungsverfahren mit technischen Mitteln bedürfen der Genehmigung des Bundesrates.

Aus: Bundesgesetz über die politischen Rechte (BPR).

In der Interpretation dieses Artikels unterscheidet man sich aber um 180-Grad. Die Bundeskanzlei geht davon aus, dass sie selbst nichts zu sagen hat. Sprecher Urs Bruderer: «Die Beschaffung und der Betrieb der Wahl- und

Abstimmungssoftware liegen im Kompetenzbereich der Kantone. Entsprechend gibt es dazu keine spezifischen Bundesregelungen.»

Anders sehen das diverse Politikwissenschaftlerinnen und auch Nationalräte, denen die Republik die Befunde ihrer Recherche vorgelegt hat. Einige Cybersecurity-Experten haben bereits im wissenschaftlichen Dialog mit der Bundeskanzlei für das E-Voting auf diese Regulierungslücken und potenziellen Schwächen hingewiesen.

«Der Art. 84 BPR gäbe dem Bundesrat (und per Delegation der Bundeskanzlei) die Kompetenz, auch im Bereich der Ergebnisermittlung Vorschriften bezüglich technischer Hilfsmittel zu erlassen», sagt etwa Florian Egloff, der an der ETH Zürich zur Schnittstelle von Politikwissenschaft und Cybersecurity forscht.

Für Andreas Glaser, Direktor des Zentrums für Demokratie, ist der Einsatz sicherer IT sogar verfassungsrechtlich begründet: «Artikel 34 der Bundesverfassung verlangt die unverfälschte Stimmabgabe. Die Kantone müssen Ergebnisse korrekt ermitteln. Sie dürfen keine unzuverlässigen Geräte, auch nicht IT oder Software, einsetzen, die fehlerhaft oder unsicher sind.»

Auf politischer Seite wird nun von digitalpolitisch engagierten Politikern Druck aufgebaut. Grünen-Präsident Balthasar Glättli, der bereits in der Debatte um E-Voting sehr präsent war, reichte eine Interpellation zur Schliessung dieser Gesetzeslücke ein. Er will vom Bundesrat wissen, ob er bereit sei, Bestimmungen zum Thema digitale Ergebnisermittlung zu erlassen. Sollte die Antwort des Bundesrats negativ ausfallen, so wird er in der SPK-N einen «mehrheitsfähigen» Antrag für einen Vorstoss einreichen.

Die Grünliberalen-Nationalrätin und Geschäftsführerin der Swico Judith Bellaïche ist nicht überrascht über die Recherchebefunde. Sie «bestätigen lange geäusserte Bedenken über das mangelhafte Sicherheitsbewusstsein unserer Verwaltung». Bellaïche plädiert für vom Bund definierte IT-Standards, die von den Kantonen umgesetzt werden müssen. «Der Bund kann nicht einfach wegschauen. Die Tragweite ist zu bedeutend.»

Dass für die digitalen Erfassungssysteme dieselben Kriterien wie beim hoch regulierten E-Voting gelten müssen, liegt auch für den Schweizer Chaos Computer Club auf der Hand. Netzaktivist Hernani Marques fordert den Bund auf, seine Aufsichtspflicht wahrzunehmen: «Die Bundeskanzlei muss auf Mindeststandards bei Kantonen und Gemeinden pochen sowie unabhängige Überprüfungen der Systeme für obligatorisch erklären.»

Es gibt auch moderatere Stimmen, die statt scharfer Regulierung lediglich mehr Transparenzpflichten wünschen. Zu ihnen zählen die beiden IT-Security-Forscher Melchior Limacher und Christian Killer, die die Schwachstellen entdeckt haben. Die jetzige Situation basiere auf dem Prinzip *security through obscurity*, kritisieren sie: Sicherheit durch Intransparenz. Doch Software öffentlich und überprüfbar zu machen, wird heute als Königsweg in der IT-Sicherheit angesehen, vor allem bei kritischer Infrastruktur wie Wahldatenverarbeitung.

Weil es von Bundesseite keine Vorgaben für die Beschaffungen gibt, existieren auch keine Offenlegungsvorgaben vonseiten der Hersteller. Erik «Kire» Schönenberger, Geschäftsführer der Digitalen Gesellschaft, unterstützt die Forderung nach Open Source bei staatlich eingekaufter Software: «Die Resultatermittlung muss transparent und nachvollziehbar passieren. Der Code und die Algorithmen müssen deswegen offengelegt werden.»

## Security-Debatte ist im Gang

Die Republik-Recherche hat hinter den Kulissen für hitzige Diskussionen gesorgt, wie mehrere Behördenmitglieder bestätigen.

An der Herbsttagung der Staatsschreiberkonferenz vom 18. September wurden die Befunde offenbar debattiert, ebenso treffen sich dieser Tage Staatskanzleimitglieder mit den betroffenen Softwarefirmen, um die Schwachstellen zu analysieren. Die Bundeskanzlei hält zwar an der Aussage fest, dass die Kantone für Kontrollprozesse der IT-Security zuständig seien, wie Kommunikationsleiterin Ursula Eggenberger bestätigt. Sie fordert aber nun von den Kantonen Verbesserungen: «Entsprechend sind die von Forschenden genannten technischen Mängel durch die Kantone zu analysieren und wo nötig zu beheben.»

Die Nervosität und teils auch aggressiven Antworten auf die Fragen der Republik vonseiten der Softwarefirmen haben einen Grund: Die Kantone St. Gallen und Thurgau haben einen Auftrag ausgeschrieben für den Einkauf neuer Ergebnisermittlungssysteme. Sie evaluieren derzeit die verschiedenen Offerten. Keine der Bieterfirmen möchte negative Presse über sich lesen. Die beiden Kantone arbeiteten bisher mit der Software «Wabsti» der Firma Abraxas.

War diese Software etwa nicht mehr sicher und gut genug?

«Die Anwendung ist mittlerweile in die Jahre gekommen und genügt den heutigen Anforderungen insbesondere mit Blick auf Systemarchitektur und Benutzerführung nicht mehr oder nur noch ungenügend», sagt Thomas de Rocchi, Leiter des Dienstes für politische Rechte von der Staatskanzlei St. Gallen. Ausserdem solle der Quellcode nach Möglichkeit offengelegt werden. Dies wäre ein Novum, denn alle Kantone haben proprietäre Software eingekauft.

Die Recherchen der Republik zeigen auch Wirkung bei den Herstellern.

Die Firma Sesam möchte den Modus Operandi für die Installation ihrer Software optimieren: «Wir sind bereits intern am Besprechen einer Lösung, wie wir das öffentlich einsehbare Initial-Passwort aus der Anleitung entfernen können, ohne dadurch unseren Support unnötig zu belasten», bestätigt Firmenchef Reinhard Semlitsch. Ferner will Sesam eine neue Weblösung einführen, bei der auch das kantonale Netzwerk besser analysiert wird und die Überprüfung ihres Quellcodes möglich ist. Die Firma Sitrox möchte eine ganz neue Applikation für eine unabhängige Verifikation der Datenübermittlung im Kanton lancieren und hat zwei der genannten Schwachstellen wieder behoben (lesen Sie mehr dazu im technischen Bericht).

Insgesamt haben die Diskussionen rund um E-Voting in den letzten Jahren zu einem höheren IT-Sicherheitsverständnis bei den Behörden geführt. Stefan Ziegler, Leiter Wahlen und Abstimmungen beim Amt für Statistik des Kantons Zürich, bestätigt diesen Trend. «Für die neue Generation der Ergebnisermittlungssoftware werden offener Quellcode und öffentliche Reviews als selbstverständlich gelten.»

Am Sonntag wird schweizweit gewählt und abgestimmt. Es gibt keinen Grund, an den Resultaten zu zweifeln. Aber genauso wenig Grund, sich damit schon zufriedenzugeben.

---

## Zum Zeitpunkt dieser Publikation

Veröffentlichungen zu einem demokratiepolitisch sensiblen Thema wie Wahlen erfordern immer eine publizistische Abwägung. Einerseits ist das Interesse für das Thema im Vorfeld von Urnengängen besonders hoch. Andererseits soll das Vertrauen in die Resultate nicht ohne Grund erschüttert werden. Könnten boshafte Hacker die Ergebnisse dieser Recherche gar ausnutzen?

Um das Risiko zu minimieren, hat die Republik die Hersteller, die Bundeskanzlei und die kantonalen Staatskanzleien im Voraus über die Ergebnisse ihrer Recherche informiert. Angriffspotenziale sind vor allem bei nationalen und kantonalen Wahlen gegeben. Die aufgezeigten Schwachstellen könnten allerdings kaum innerhalb einer so kurzen Zeitspanne (also bis zum Abstimmungssonntag am 27. September) ausgenutzt werden, meinen mehrere Experten.

Die Republik hat zudem *keine* Hinweise dafür erhalten oder gefunden, dass die genannten Schwachstellen in der Vergangenheit ausgenutzt worden sind.

Sämtliche von uns angeschriebenen Staatskanzleien – inklusive Schaffhausen, Aargau und Wallis, wo in den kommenden Wochen gewählt wird – bestätigen, dass sie die Ergebnisse standardmässig überprüfen, nach dem Wahlsonntag nachrechnen, die ausgezählten Stimmzettel auch auf alternativen Wegen an die Kantone übermitteln und die Resultate auf Gemeindeebene publizieren, sodass die Resultate auch unabhängig nachvollzogen und verifiziert werden können.

# Beilage 2

Beschluss vom 13. Oktober 2020

Protokoll-Nr. 33/681

Wahlbeschwerde Patrick Fischli,  
Schaffhausen, gegen Kantonales  
Wahlbüro betreffend Kantonsrats-  
wahlen vom 27. September 2020  
(Nachzählung); Abweisung;

In der Beschwerdesache

Patrick F i s c h l i , Posthof 9, 8200 Schaffhausen,

Beschwerdeführer,

gegen

Kantonales Wahlbüro, Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen,

Beschwerdegegner,

betreffend

Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 (Nachzählung)

wird den Akten

e n t n o m m e n :

I.

Am 27. September 2020 wählten die Stimmberechtigten die Mitglieder des Kantonsrates Schaffhausen für die Amtsperiode 2021 – 2024. Dabei hat die "Liste 13 JF Jungfreisinnige" insgesamt 3'785 Stimmen erzielt und damit das Quorum für die Zuteilung eines Sitzes im Kantonsrat nicht erreicht (vgl. Amtsblatt vom 2. Oktober 2020, S. 1672).

II.

Mit Schreiben vom 30. September 2020 erhob Patrick Fischli beim Regierungsrat des Kantons Schaffhausen Wahlbeschwerde und stellte sinngemäss folgenden Antrag:

*Es sei eine Nachzählung aller Listen und Wahlkreise anzuordnen.*

Er begründet dies im Wesentlichen damit, eine einzelne zusätzliche Stimme im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen oder eine einzige zusätzliche Liste in den Wahlkreisen Schaffhausen, Klettgau und Reiat hätte genügt, den Jungfreisinnigen (JFSH) einen Sitzgewinn zu verschaffen. Damit sei das Wahlergebnis sehr knapp ausgefallen und gemäss Art. 26a Abs. 1 des Wahlgesetzes hätte eine Nachzählung stattfinden müssen, was aber nicht erfolgt sei. Im Übrigen macht er geltend, es sei anlässlich der Auszählung der Stimmen zu Unregelmässigkeiten gekommen, was ebenfalls zu einer Nachzählung hätte führen müssen.

### III.

Die Staatskanzlei in ihrer Funktion als Kantonales Wahlbüro beantragt in ihrer Stellungnahme vom 7. Oktober 2020 die Abweisung der Wahlbeschwerde.

Der ebenfalls zur Stellungnahme eingeladen Stadtrat Schaffhausen beantragt, die Beschwerde vollumfänglich abzuweisen, soweit darauf einzutreten sei.

Auf die Ausführungen der Parteien wird, sofern erforderlich, in den Erwägungen eingegangen.

### IV.

Der Regierungsrat zieht, unter Wahrung des Ausstandes des Staatsschreibers und des Staatsschreiber-Stellvertreters,

#### i n E r w ä g u n g :

1. Gemäss Art. 82<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. c des Wahlgesetzes (WahlG; SHR 160.100) kann wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung einer Abstimmung oder Wahl beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden. Sie ist innert drei Tagen seit Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am dritten Tag nach Veröffentlichung des Resultates, schriftlich und eingeschrieben einzureichen. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG; SHR 172.200).
- a) Der Beschwerdeführer verzichtet darauf, ein konkretes Anfechtungsobjekt zu bezeichnen. Aus seinen Ausführungen ergibt sich, dass er davon ausgeht, dass bei einem knappen Resultat in jedem Fall eine Nachzählung anzuordnen sei. Damit gilt die

Publikation des Wahlergebnisses im Amtsblatt des Kantons Schaffhausen vom 2. Oktober 2020 (S. 1669 ff.) als Anfechtungsobjekt.

- b) Der Beschwerdeführer ist in der Stadt Schaffhausen stimm- und wahlberechtigt und hat für die Wahl in den Kantonsrat auf der "Liste 13 JF Jungfreisinnige" kandidiert. Er hat mit insgesamt 368 Stimmen das Spitzenresultat auf seiner Liste erzielt und wäre bei der Zuteilung eines Sitzes an die Jungfreisinnigen als Mitglied des Kantonsrates gewählt.

Der Beschwerdeführer bemängelt jedoch nicht nur das Verfahren in seinem eigenen Wahlkreis Schaffhausen, sondern die Vorgänge in verschiedenen Wahlkreisen wie auch den Zusammenzug der Gemeinderesultate durch das kantonale Wahlbüro.

Zwar ist bei Wahlen die Beschwerdebefugnis auf die Stimmberechtigten des betreffenden Wahlkreises einzuschränken (Arnold Marti, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Schaffhausen, Diss. Zürich 1986, S. 179, Fn. 82, mit Hinweisen). Beim im Kanton Schaffhausen angewendeten Wahlverfahren (doppeltproportionales Sitzzuteilungsverfahren; doppelter Pukelsheim; Art. 2b Abs. 1 WahlG) haben die im Kanton abgegebenen Stimmen Auswirkungen auf die Sitzzuteilung in allen Wahlkreisen. Damit ist ein nicht gewählter Kandidat auch vom Resultat ausserhalb seines eigenen Wahlkreises betroffen. Somit ergibt sich auch aus dem nur passiven Wahlrecht zumindest ein schutzwürdiges Interesse an der Aufhebung oder Änderung des Wahlergebnisses (vgl. BGE 134 I 172 in Pra 2008 Nr. 127, Ziff. 1.3.2). Damit ist der Beschwerdeführer grundsätzlich berechtigt, Unregelmässigkeiten nicht nur in seinem eigenen, sondern in allen Wahlkreisen zu rügen.

- c) Auf die im Übrigen form- und fristgerecht erhobene Beschwerde ist damit einzutreten.
2. Das Rechtsmittel der Beschwerde gemäss Art. 127 des Gemeindegesetzes kommt bei dieser Ausgangslage nicht zur Anwendung. Der Beschwerdeführer bemängelt nicht einen konkreten Vorgang in einer konkreten Gemeinde, sondern ein fehlendes Eingreifen der Staatskanzlei als kantonales Wahlbüro sowie ganz allgemeine Unregelmässigkeiten.
3. Der Beschwerdeführer beruft sich auf Art. 26a Abs. 1 WahlG, welcher auch auf die Kantonsratswahlen anwendbar sei. Demnach sei immer dann eine Nachzählung anzuordnen, wenn die Differenz der abgegebenen Stimmen weniger als 0.3 % bzw. weniger als 6 Stimmen betrage.

- a) Das Verfahren der Kantonsratswahlen richtet sich nach dem Wahlgesetz (WahlG; SHR 160.100) und der Proporzwahlverordnung (SHR 161.111).

Der vom Beschwerdeführer zitierte Art. 26a WahlG befasst sich nur ganz allgemein mit der Frage, wann eine Nachzählung anzuordnen sei, denn mit § 34 Proporzwahlverordnung (SHR 161.111) besteht eine *lex specialis* für die Wahlen in den Kantonsrat. Danach erfolgt eine Nachzählung nur bei Verdacht, das Gemeindeergebnis sei unrichtig und nicht generell bereits bei einer Differenz von weniger als 0.3 % bzw. von weniger als 6 Stimmen. Das Obergericht hat dies in seinem Entscheid 60/2016/39 vom 16. Dezember 2016 bestätigt. Es hat sich dabei eingehend mit der Entstehungsgeschichte der Vorschriften zur Wahl des Kantonsrates auseinandergesetzt und dabei durch Gesetzesauslegung umfassend hergeleitet, weshalb § 34 Proporzwahlverordnung, obwohl nur auf Verordnungsstufe geregelt, der formalgesetzlichen Bestimmung von Art. 26a WahlG vorgehe. Das Obergericht kommt dabei zum Fazit: *"Die Proporzwahlverordnung als solche – insbesondere auch die Nachzählbestimmung von § 34 – blieb jedoch bestehen. Sie stützt sich neu auf die im Rahmen der Anpassung des Wahlsystems für den Kantonsrat geschaffene Delegationsbestimmung von Art. 2f WahlG (welche per 1. Januar 2015 zu Art. 2g WahlG wurde)."*

Damit hat das Obergericht bestätigt, dass das Nachzählverfahren gemäss Art. 26a WahlG bei Kantonsratswahlen nicht zur Anwendung kommt, sondern § 34 Proporzwahlverordnung, welche sich auf die Delegationsnorm in Art. 2e WahlG respektive Art. 2g WahlG stütze, wonach der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen erlassen könne.

- b) Mit der jüngsten Teilrevision des Wahlgesetzes hat die Bestimmung, wonach der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen zur Wahl des Kantonsrates erlassen kann, eine weitere Verschiebung erfahren: Was bislang in Art. 2f WahlG und später in Art. 2g WahlG geregelt war, ergibt sich aktuell aus Art. 2h WahlG. Der Beschwerdegegner führt in seiner Stellungnahme vom 7. Oktober 2020 dazu aus: *"Bezüglich den Spezialbestimmungen über die Kantonsratswahl ist noch darauf hinzuweisen, dass es bei der Einfügung von Art. 2g WahlG (Zuteilung Listennummern) im Jahr 2015 versehentlich unterlassen wurde festzuhalten, dass die Bestimmung, welche den Erlass von Ausführungsbestimmungen an den Regierungsrat delegiert, zu Art. 2h WahlG wird."*

Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der Kantonsrat bei seiner jüngsten Teilrevision des Wahlgesetzes die Kompetenzdelegation an den Regierungsrat aufheben wollte. Bei der nicht erfolgten Verschiebung der Kompetenzdelegation von

Art. 2g WahlG nach Art. 2h WahlG handelt es sich um ein sogenannt sinnstörendes Versehen, welches gestützt auf § 84 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (SHR 171.110) vom Büro des Kantonsrates am 7. Oktober 2020 berichtigt wurde. Die Publikation erfolgte im Amtsblatt vom 9. Oktober 2020 (S. 1763 f.). § 34 Proporzwahlverordnung stützt sich damit auf die formalgesetzliche Delegationsnorm in Art. 2h WahlG.

- c) Der Verzicht auf eine Nachzählung bereits bei einem knappen Resultat ergibt sich nicht nur aus der geltenden Rechtslage, sondern ist auch sachgerecht. Beim Proporzwahlverfahren durchläuft die Sitzzuteilung vorgängig mehrere Rechenoperationen, die je für sich knappe Resultate ergeben können. Dazu führt der Beschwerdegegner, gestützt auf die Wahlergebnisse zu den diesjährigen Kantonsratswahlen und mit Blick auf die Werte nach dem Komma, richtigerweise aus: *"So liegen – im Rahmen der für die Sitzverteilung entscheidenden Oberzuteilung bei den Kantonsratswahlen 2020 – die Quotienten der JFSH (0,499), der SVP (Quotient 15,52) und der EVP (Quotient 1,50) äusserst nahe beieinander – mit entsprechenden Folgen für die Sitzverteilung: Während dank der mathematischen Rundung die SVP auf 16 Sitze und die EVP auf 2 Sitze kommt, bleibt die JFSH ohne Sitzgewinn (vgl. Amtsblatt 2020, S. 1670). Auch die Details der Unterzuteilung zeigen, dass nicht einfach losgelöst ein knappes Ergebnis vorliegt; es geht um ein schrittweises und iteratives Annähern des Computerprogramms an die richtigen Listengruppen- und Wahlkreisdivisoren (vgl. Unterzuteilung der Kantonsratswahlen 2020, unter [www.sh.ch](http://www.sh.ch) [Abstimmungen und Wahlen; Kantonsratswahl 27.9.2020; Resultate im Detail]). Es geht dabei nicht um einfache Rechnungsfehler im Sinne eines Additionsfehlers, da die Zählung mit einem spezifischen Informatiksystem vorgenommen wird. Im Gegensatz zu Majorzwahlen lassen sich sehr knappe Ergebnisse bei Proporzahlen nicht bereits bei blosser Betrachtung der Listenergebnisse feststellen. Was als knappes Ergebnis bei einer Proporzwahl gelten soll, lässt sich deshalb gar nicht mit Rechtsnormen festlegen. Entsprechend macht eine Nachzählungsbestimmung bei knappen Ergebnissen bei Proporzahlen keinen Sinn."*
- d) Der Verzicht auf eine Nachzählung bei Kantonsratswahlen bei knappen Resultaten ist im Kanton Schaffhausen wiederholt vorgekommen: Bei den Kantonsratswahlen 2008 erhielt ein im Wahlkreis Schaffhausen gewählter Kandidat nur gerade zwei Stimmen mehr als ein nicht gewählter Kandidat auf derselben Liste (Amtsblatt 2008, S. 1399), ohne dass es zu einer Nachzählung gekommen wäre. Bei den Kantonsratswahlen von 2016 kam es im Wahlkreis Neuhausen zwischen zwei Kandidaten derselben Liste sogar zu einem Gleichstand, ohne dass eine Nachzählung angeordnet wurde, mit der

Folge, dass die Zuteilung des Sitzes in Anwendung von Art. 2e Abs. 1 WahlG mittels Losziehung erfolgte (Amtsblatt 2016, S. 1548). Der Verzicht auf die Nachzählung basierte jeweils auf dem Umstand, dass keine Unregelmässigkeiten ersichtlich waren.

- e) Damit entfällt bei Kantonsratswahlen der gesetzliche Anspruch auf eine Nachzählung von Amtes wegen bei einer Differenz von weniger als 0.3 % der abgegebenen Stimmen respektive bei einer Differenz von weniger als 6 Stimmen und es kommt § 34 Proporzwahlverordnung zur Anwendung, wonach eine Nachzählung nur anzuordnen ist, wenn ein Verdacht besteht, dass ein Gemeindeergebnis unrichtig ist.
4. Der Beschwerdeführer rügt im Übrigen Unregelmässigkeiten, welche seiner Ansicht nach von Bundesrechts wegen zu einer Nachzählung führen müssten. Der Beschwerdeführer bringt insbesondere vor:
- Im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen hätten Personen aus derselben Familie auf unterschiedlichen Listen kandidiert (JFSH und FDP). Ein einmaliger Fehler bei der Erfassung bzw. Zurechnung der Stimmen sei schnell geschehen.
  - In einzelnen Gemeinden (namentlich bezeichnet) habe die Stimmbeteiligung im Vergleich zum Jahr 2016 um über 10 % zugenommen, in einer Gemeinde sei jedoch genau das Gegenteil der Fall gewesen.
  - In einzelnen Gemeinden (namentlich bezeichnet) sei die Anzahl der eingelegten Wahlzettel im Vergleich zum Jahr 2016 markant gestiegen, wobei die Stimmbeteiligung in einer dieser Gemeinden jedoch nicht in derselben Form zugenommen habe.
  - In einzelnen Gemeinden (namentlich bezeichnet) seien gegenüber dem kantonalen Schnitt deutlich mehr ungültige Wahlzettel erfasst worden, in anderen hingegen gebe es keinen einzigen ungültigen Wahlzettel. Zudem seien in der Stadt Schaffhausen lediglich 13 ungültige Wahlzettel verzeichnet, wogegen es im Jahr 2016 noch 33 ungültige Wahlzettel gegeben habe.
- a) Die Ergebnisse der einzelnen Gemeinden sind publiziert unter [www.sh.ch](http://www.sh.ch) (Abstimmungen und Wahlen; Resultate; Resultate der Kantonsratswahl vom 27.9.2020; Ergebnisse im Detail). Aus den Seiten 589 und 596 ergibt sich, dass im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen sowohl für die "Liste 03 FDP. Die Liberalen" wie auch für die "Liste 13 JF Jungfreisinnige" ausschliesslich *unveränderte* Wahlzettel eingegangen sind. Auf jedem der vorgedruckten Wahlzettel sind sowohl der Name der Liste wie auch die Listennummer vorgedruckt. Diese unterscheiden sich in der Schreibweise deutlich. Eine Verwechslungsgefahr ist damit unwahrscheinlich.

- b) Am Wahlwochenende wurde nicht nur das neue Kantonalparlament gewählt, sondern es galt, auch noch über zahlreiche Abstimmungsvorlagen zu befinden. Mit Blick auf die eidgenössischen Vorlagen, welche teilweise sehr umstritten waren, zeigte sich in der ganzen Schweiz eine sehr hohe Stimmbeteiligung. Es ist damit nicht weiter verwunderlich, dass auch im Kanton Schaffhausen die Stimmbeteiligung in einzelnen Gemeinden nochmals deutlich angestiegen ist. Dass es dabei einzelne Gemeinden gibt, bei denen die Stimmbeteiligung auf hohem Niveau etwas gesunken ist, stellt für sich noch keine Unregelmässigkeit dar.
- c) Der Entscheid, ob ein Wahlzettel gültig oder ungültig ist, obliegt dem Wahlbüro der jeweiligen Gemeinde (vgl. Art. 59 WahlG; § 30 Proporzwahlverordnung). Der Entscheid liegt somit nicht bei einer einzelnen Person. Wer die Abläufe in einem Wahlbüro kennt, der kennt auch die Diskussionen, die sich dabei gelegentlich ergeben können. Das Bundesgericht hält zur Frage der Nachzählung in BGE 141 II 297 ff. (S. 304) ganz allgemein fest: *"Es mag zwar sein, dass die Fehlerquote bei der erstmaligen Auszählung tendenziell etwas höher liegt als bei einer allfälligen Nachzählung, zwingend ist dies aber nicht und im konkreten Fall nachprüfen lässt es sich mindestens ohne weitere Nachzählungen auch nicht. Damit schafft ein einmaliges Nachzählen jedenfalls keine absolute Sicherheit über das richtige Ergebnis."*

Dies gilt nicht nur für das Gesamtergebnis, sondern selbstverständlich auch für die Feststellung der Anzahl der gültigen oder ungültigen Stimmen. Der Beschwerdeführer ist, ausser dem nicht weiter substantiierten Hinweis auf mögliche Falschzählungen, nicht in der Lage, konkrete Unregelmässigkeiten zu nennen. Der vage Verdacht, das Ergebnis *könnte* nicht stimmen, genügt für eine Nachzählung nicht.

5. Weiter bemängelte der Beschwerdeführer, im Wahlkreis Schaffhausen sei die eigentliche Zählung der Stimmen nicht nur durch die ordentlich gewählten kommunalen Mitglieder des Wahlbüros erfolgt. Es seien nichtgewählte Schülerinnen und Schüler gewesen, welche bei der KSD alle (veränderten) Listen, Stimme für Stimme, in die Software eingetragen hätten. Dieser Vorgang sei gesetzeswidrig. Zudem führe ein einziger falsch eingetippter Wahlzettel bereits zu einer anderen Sitzverteilung und damit zu einem Sitz der JFSH. Eine einzige Person mit Zugriff auf die Wahl-Datenbank könne somit das Wahlergebnis verändern, ohne dass dies jemand bemerken würde, da die Teilresultate aus den Gemeinden nirgends einsehbar seien.
- a) Die zur Stellung eingeladenen Stadtkanzlei Schaffhausen wie auch der Beschwerdegegner nehmen zum Umgang mit den von den Gemeinden gelieferten Wahlzetteln ein-

gehend Stellung. Ohne auf jedes Detail einzugehen lässt sich der Vorgang wie folgt beschreiben:

Die *Auszählung* der Stimmen erfolgt durch die Gemeindewahlbüros (§ 29 Proporzwahlverordnung). Darüber hinaus kommen der Staatskanzlei die Aufgaben eines kantonalen Wahlbüros zu (Art. 20 WahlG). Die Gemeindewahlbüros wie auch das kantonale Wahlbüro haben je eigene Aufgaben und Kompetenzen. Das Zusammenspiel ergibt sich aus dem Kreisschreiben der Staatskanzlei vom 4. Mai 2020 sowie den dazugehörigen Beilagen, insbesondere aus der Instruktion des Regierungsrates betreffend die Durchführung der Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 für die Amtsdauer 2021-2024 (Amtsblatt vom 4. Mai 2020, S. 659 ff.), welche sich auf § 9 Proporzwahlverordnung stützt.

Aus Ziff. IV und Ziff. V der Instruktion ergibt sich, dass der Auszählungsvorgang, d.h. die *Auszählung der unveränderten Wahlzettel* und die *Bereinigung der veränderten Wahlzettel* durch die kommunalen Wahlbüros in den Gemeinden erfolgt. Diese Daten werden auf dem Formular "Lieferschein/Listenübersicht" festgehalten und vom kommunalen Wahlbüro unterschriftlich bestätigt. Danach werden die Formulare "Lieferschein/Listenübersicht" und die veränderten Wahlzettel in das zentrale Rechenzentrum bei der KSD gebracht, wo die *Erfassung* der Stimmen, d.h. die Eingabe der Anzahl der unveränderten Listen und die Eingabe der Daten der veränderten Listen in das EDV-Programm erfolgt. Dabei wird unter der Aufsicht des kantonalen Wahlbüros ein spezielles EDV-Programm (Sesam) verwendet. Bereits bei der Vorlage des Regierungsrates zur Einführung dieses System wurde darauf hingewiesen, dass die zentrale Erfassung der veränderten Wahlzettel durch externe Leistungserbringer respektive spezielle Erfassungsteams bei der KSD erfolgen werde (ADS 10-26, S. 3 f.). Der Kantonsrat hatte davon Kenntnis genommen und die Teilrevision des Wahlgesetzes wurde von der Bundeskanzlei am 13. Oktober 2010 genehmigt.

Alle Gemeinden haben die Erfassung der Stimmen vertraglich dem kantonalen Wahlbüro übertragen, welches ihrerseits die Stadt Schaffhausen mit der konkreten Umsetzung beauftragt hat. In der schriftlichen Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei und der Stadtkanzlei Schaffhausen (vgl. Beilage 9 der Beschwerdeantwort) heisst es dazu: "Die Stadtkanzlei übernimmt für alle Gemeinden des Kantons Schaffhausen die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020 bei der KSD in Schaffhausen". Aufgrund der zeitlich sehr umfangreichen Arbeiten müssen auch nicht gewählte Mitglieder des Wahlbüros eingesetzt werden. Alle am 27. September 2020 eingesetzten Personen haben jedoch unterschriftlich bestätigt, dass sie

auf die Einhaltung des Stimmgeheimnisses, der Datenschutzbestimmungen und des Amtsgeheimnisses hingewiesen worden sind. Alle eingesetzten Personen sind im Übrigen volljährig und nicht wie der Beschwerdeführer mit dem Begriff "Schülerinnen und Schüler" suggeriert, minderjährig.

- b) Die Eingabeteams beschränken sich bei ihrer Arbeit auf die Erfassung der von den Gemeinden gemeldeten Stimmen. Diese Tätigkeit der Erfassungsteams ist nicht Bestandteil der von den Gemeinden vorzunehmenden Auszählungsarbeiten. Beim Eingabevorgang in der KSD handelt es sich um einen rein administrativen Akt. Die Erfassungsteams, welche im Übrigen als Zweierteams eingesetzt sind, sind nicht befugt, Änderungen vorzunehmen oder die Wahlzettel nochmals zu bereinigen. Falls eine von der Gemeinde gemeldete Angabe aus technischen Gründen nicht eingegeben werden kann, z.B. wenn eine Person dreimal aufgeführt ist, so müssen sie sich an die anwesende Vertretung der Stadtkanzlei Schaffhausen wenden. Diese kann nach Rücksprache mit der Staatskanzlei Änderungen vornehmen. Es betrifft dies jedoch lediglich Vorgänge, bei denen beim eingesetzten EDV-Programm eine Eingabe technisch nicht möglich ist. Eine solche (nachträgliche) Bereinigung ist erforderlich und liegt in der Kompetenz der Staatskanzlei, welcher gemäss Art. 20 WahlG die Aufgaben des kantonalen Wahlbüros zukommen.
- c) Der Hinweis des Beschwerdeführers, eine einzige Person mit Zugriff auf das EDV-Programm könne das Resultat verändern, ohne dass dies bemerkt würde, ist nicht zutreffend. Wie ausgeführt hat jeder Beteiligte eine Vereinbarung unterschrieben. Zudem ist der gesamte Eingabevorgang mehrstufig abgesichert: Die kommunalen Wahlbüros zählen, kontrollieren und bereinigen die Wahlzettel. Die Resultate werden in der KSD durch Zweierteams erfasst, womit auch jederzeit das Vieraugenprinzip gewährleistet ist. Sodann haben die Erfassungsteams keinen Zugriff auf die gesamte Datenbank, sondern nur die Berechtigung, die ihnen zugeteilten veränderten Wahlzettel bzw. die darauf enthaltenen Kandidierenden- und Listennummern in die Software einzugeben. Nach der Erfassung erfolgt eine Plausibilisierung durch die beauftragte Stadtkanzlei wie auch durch die KSD, d.h. die eingegebenen Daten der veränderten Wahlzettel aus den Gemeinden werden mit den von den Gemeinden physisch gelieferten Lieferscheinen gegengeprüft. Letztlich wird jeder Gemeinde als Auszug aus dem EDV-Programm der Wahlzettel-Report der eigenen Gemeinde zur Kontrolle zugestellt, welcher in der Gemeinde von der jeweils zuständigen Person unterschrieben werden muss. Dabei ist eine Überprüfung der Daten möglich.

- d) Damit ist ersichtlich, dass der Vorgang der Auszählung und der Vorgang der Erfassung der Resultate mehrfach abgesichert ist. Der Beschwerdeführer vermag nicht darzulegen, was dabei von wem konkret falsch gemacht worden sein soll. Der pauschale Hinweis auf eine Wahlmanipulation in einem Nachbarkanton ist dabei selbstredend nicht genügend. Es ist nicht statthaft, mangels konkreter Angaben sämtliche Beteiligte unter Generalverdacht zu stellen. Auch bei einem zweifellos sehr knappen Wahlergebn ist es erforderlich, dass für die behaupteten Unstimmigkeiten zumindest gewisse konkrete Anhaltspunkte vorhanden sind. Das ist vorliegend nicht der Fall. Damit entfällt der Anspruch auf eine Nachzählung nach § 34 Proporzwahlverordnung.
6. Letztlich, so der Beschwerdeführer, sei das publizierte Wahlergebn fehlerhaft, denn die für die Unterteilung massgebenden Wahlkreisdivisoren seien nicht publiziert und eine eigene Nachrechnung damit nicht möglich.
- a) Wie der Beschwerdegegner ausführt, sind die Details der Unterteilung der Kantonsratswahl seit Montag, 28. September 2020 auf der Webseite des Kantons Schaffhausen publiziert.
- b) Mit der Publikation dieser Angaben ist es interessierten Kreisen möglich, die Sitzverteilung nachzuverfolgen. Eine Publikation bereits am Wahlabend wird weder vorgeschrieben noch vom Beschwerdeführer selbst verlangt. Die Rüge des Beschwerdeführers stösst damit ins Leere.
7. Zusammenfassend ergibt sich, dass es sich bei § 34 Proporzwahlverordnung um die anwendbare Bestimmung betreffend die Nachzählung bei Kantonsratswahlen handelt. Demnach ist nicht bereits bei einer Differenz von 0.3 % der abgegebenen Stimmen respektive bei einer Differenz von weniger als 6 Stimmen nachzuzählen, sondern erst bei Verdacht auf ein unrichtiges Gemeindeergebnis. Die gerügten Unregelmässigkeiten müssen, wie der Beschwerdeführer selbst ausführt, sich auf *konkrete* Anhaltspunkte beziehen, wobei an den Nachweis von Unregelmässigkeiten umso geringere Anforderungen zu stellen sind, je knapper das Wahlergebn ausgefallen ist (vgl. auch Entscheid des Obergerichts 60/2016/39 vom 16. Dezember 2016 sowie BGE 141 II 297 E. 5.w und 5.4). Die vom Beschwerdeführer vorgebrachten generellen Hinweise auf ein verändertes Wahlverhalten sowie das Vorbringen, Manipulationen könnten nicht ausgeschlossen sein, genügen nicht. Es liegen keine konkreten Anzeichen von Unregelmässigkeiten vor, geschweige denn der Verdacht, das Wahlergebn einer Gemeinde sei unrichtig.

Damit hat der Beschwerdegegner in der Funktion als Kantonales Wahlbüro zu recht auf eine Nachzählung verzichtet. Die Beschwerde ist damit unbegründet und abzuweisen.

8. Gestützt auf Art. 82<sup>ter</sup> Abs. 4 WahlG sind keine Kosten zu erheben.

V.

Demgemäss wird unter Wahrung des Ausstandes des Staatsschreibers und des Staatsschreiber-Stellvertreters

b e s c h l o s s e n :

1. Die Wahlbeschwerde vom 30. September 2020 betreffend die Kantonsratswahlen (Nachzählung) vom 27. September 2020 wird abgewiesen.
2. Es werden keine Kosten erhoben.
3. Gegen diesen Entscheid kann innert 5 Tagen nach erfolgter Mitteilung beim Obergericht des Kantons Schaffhausen, Frauengasse 17, 8200 Schaffhausen, schriftlich Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden (Art. 82<sup>ter</sup> Abs. 3 WahlG).

Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und seine Begründung enthalten und unterschrieben sein. Der angefochtene Entscheid und allfällige Beweismittel sind beizulegen oder genau zu bezeichnen. Einer allfälligen Beschwerde ist die aufschiebende Wirkung entzogen (Art. 82<sup>ter</sup> Abs. 4<sup>a</sup> WahlG).

4. Mitteilung an:
- Herrn Patrick Fischli, Posthof 9, 8200 Schaffhausen (Einschreiben)
  - Kantonales Wahlbüro, Staatskanzlei (staatskanzlei@ktsh.ch)
  - Stadtrat Schaffhausen, Stadthaus, Postfach 1000, 8201 Schaffhausen
  - Kantonsratssekretariat (claudia.indermühle@ktsh.ch)
  - Volkswirtschaftsdepartement (sekretariat.vd@ktsh.ch)
  - Amt für Justiz und Gemeinden (justiz.gemeinden@ktsh.ch)

Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger

# Beilage 3

Kanton Schaffhausen  
Staatskanzlei  
Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11  
F +41 52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

AMT FÜR JUSTIZ UND GEMEINDEN

**E** 08. Okt. 2020

Manual-Nr. \_\_\_\_\_  
K-Lauf-Nr. \_\_\_\_\_ An \_\_\_\_\_



Staatskanzlei

Amt für Justiz und Gemeinden

Schaffhausen, 7. Oktober 2020

**Wahlbeschwerde Jungfreisinnige Schaffhausen / Patrick Fischli gegen kantonales  
Wahlbüro betreffend Kantonsratswahlen vom 27. September 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Beschwerdesache

Jungfreisinnige Schaffhausen, Patrick Fischli

Beschwerdeführer,

gegen

Kantonales Wahlbüro, Staatskanzlei, Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen,

betreffend

Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrates Schaffhausen vom 27. September 2020

reicht das Kantonale Wahlbüro seine

**Vernehmlassung**

ein mit den

**Anträgen:**

1. Die Wahlbeschwerde sei abzuweisen.
2. Die Kosten des Verfahrens seien den Beschwerdeführern aufzuerlegen.

### **Begründung:**

(Die nachfolgenden Ausführungen orientieren sich in der Abfolge am Aufbau der Beschwerdeschrift vom 30. September 2020.)

#### **Zur Nachzählung bei knappem Ergebnis**

Zu prüfen ist die Rechtsfrage, ob Art. 26a des Gesetzes über die vom Volke vorzunehmenden Abstimmungen und Wahlen sowie über die Ausübung der Volksrechte (WahlG) auf Proporzahlen anwendbar ist oder nicht. Die Antwort ergibt sich nicht direkt aus dem Gesetz, weshalb dieses auszulegen ist. Aufgabe der Gesetzesauslegung ist es, den Sinn einer Rechtsnorm zu ermitteln. Dies hat das Obergericht getan. Mit Entscheid vom 16. Dezember 2016 hat das Obergericht festgehalten, dass die Frage, ob und wann es notwendig ist, eine Nachzählung vorzunehmen, auch in den heutigen Spezialbestimmungen über die Kantonsratswahl im Sinne der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zu den entsprechenden bundesrechtlichen Vorschriften über die Nationalratswahl *abschliessend* geregelt ist und diese Spezialregelung der allgemeinen Nachzählvorschrift von Art. 26a Abs. 1 WahlG vorgeht (OGer vom 16. Dezember 2016 Nr. 60/2016/39 i.S. S. und K., E. 4.5).

Bezüglich den Spezialbestimmungen über die Kantonsratswahl ist noch darauf hinzuweisen, dass es bei der Einfügung von Art. 2g WahlG (Zuteilung Listennummern) im Jahr 2015 versehentlich unterlassen wurde festzuhalten, dass die Bestimmung, welche den Erlass von Ausführungsbestimmungen an den Regierungsrat delegiert, zu Art. 2h WahlG wird. Dieses sinnstörende Versehen wurde gestützt auf § 84 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (SHR 171.110) vom Büro des Kantonsrates am 7. Oktober 2020 berichtigt (Publikation im Amtsblatt vom 9. Oktober 2020).

Damit ist nach geltender Rechtslage bei einem knappen Ergebnis bei Kantonsratswahlen nur dann eine Nachzählung durchzuführen, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen, die sich auf das Resultat der Auszählung auswirken können.

Dies macht auch Sinn, denn der Ausmittlungsprozess ist bei Proporzahlen sehr viel komplexer als bei Abstimmungen und Majorzwahlen. Entsprechend ist die gesetzliche Regelung bezüglich der Wahl mit dem Proporzsystem sehr detailliert: Sie bezieht sich auf die Anzahl und die Bezeichnung der Vorgesetzten, die Streichung der überzähligen Namen, die mehrfach

Vorgeschlagenen, das Ausfüllen des Wahlzettels, namentlich das Panaschieren und Kumulieren der Namen der Kandidierenden, die Behandlung der Zusatzstimmen sowie der ungültigen Wahlzettel und Stimmen. Ebenso wird detailliert die Zusammenstellung der Ergebnisse auf der Grundlage der Protokolle der Wahlbüros und die Verteilung der Sitze auf die Listen, die Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute mit einer spezifischen, besonderen Regelung für den Fall des knappsten Ergebnisses, nämlich der Stimmengleichheit zweier Kandidaten der gleichen Liste, geregelt (Art. 2e WahlG). Diese Bestimmung verpflichtet nicht, eine Nachzählung vorzunehmen, sondern sieht einen Losentscheid vor.

Hinzu kommt, dass bei Proporzahlen für die Sitzzuteilung vorgängig mehrere Rechenoperationen vorzunehmen sind, die je für sich knappe Resultate bei der Sitzzuteilung oder bei der Wahl eines Kandidierenden ergeben können (vgl. Nuspliger/Mäder, Präzision in der Demokratie, ZBl 114/2013, S. 189). So liegen - im Rahmen der für die Sitzverteilung entscheidenden Oberzuteilung bei den Kantonsratswahlen 2020 - die Quotienten der JFSH (0,499), der SVP (Quotient 15,52) und der EVP (Quotient 1,50) äusserst nahe beieinander - mit entsprechenden Folgen für die Sitzverteilung: Während dank der mathematischen Rundung die SVP auf 16 Sitze und die EVP auf 2 Sitze kommt, bleibt die JFSH ohne Sitzgewinn (vgl. Amtsblatt 2020, S. 1670; Beilage 1). Auch die Details der Unterzuteilung zeigen, dass nicht einfach losgelöst ein knappes Ergebnis vorliegt; es geht um ein schrittweises und iteratives Annähern des Computerprogramms an die richtigen Listengruppen- und Wahlkreisdivisoren (vgl. Unterzuteilung der Kantonsratswahlen 2020, unter [www.sh.ch](http://www.sh.ch) [Abstimmungen und Wahlen; Kantonsratswahl 27.9.2020; Resultate im Detail; Beilage 2]). Es geht dabei nicht um einfache Rechnungsfehler im Sinne eines Additionsfehlers, da die Zählung mit einem spezifischen Informatiksystem vorgenommen wird. Im Gegensatz zu Majorzwahlen lassen sich sehr knappe Ergebnisse bei Proporzahlen nicht bereits bei blosser Betrachtung der Listenergebnisse feststellen. Was als knappes Ergebnis bei einer Proporzwahl gelten soll, lässt sich deshalb gar nicht mit Rechtsnormen festlegen. Entsprechend macht eine Nachzählungsbestimmung bei knappen Ergebnissen bei Proporzahlen keinen Sinn.

Dies sieht auch das Bundesgericht so. Nach seiner neuen Rechtsprechung zu knappen (Abstimmungs)Ergebnissen mit grundsätzlich allgemeinen Ausführungen (vgl. BGE 136 II 132) hat das Bundesgericht zwei Jahre später klargestellt, dass die mit BGE 136 II 132 begründete Praxis bezüglich knapper Ergebnisse auf Proporzahlen nicht anwendbar ist (BGE 138 I 5; so auch Nuspliger/Mäder, a.a.O., S. 186). Für das Proporzwahlverfahren gilt eine eigene, abschliessende Regelung.

Auch im Kanton Schaffhausen gilt für das Proporzwahlverfahren eine eigene Regelung - im Wahlgesetz und in der Proporzwahlverordnung. Die Anwendung von Art. 2e Abs. 1 WahlG - und die Nichtanwendung von Art. 26a Abs. 1 WahlG - entspricht denn auch der Praxis bei den Kantonsratswahlen. So trennten bei der Kantonsratswahl 2008 auf der Liste der FDP im Wahlkreis Schaffhausen nur gerade zwei Stimmen den gewählten Christian Heydecker vom 1. Ersatzmann Eduard Joos (vgl. Amtsblatt 2008, S. 1399; Beilage 3). Art. 26a Abs. 1 WahlG wurde schon damals nicht angewendet. Es wurde keine Nachzählung angeordnet. Das gleiche gilt für die Kantonsratswahlen 2016. Damals errang die FDP im Wahlkreis Neuhausen einen Sitz. Die beiden bestklassierten Kandidierenden René Sauzet und Hedy Mannhart erreichten je 583 Stimmen (vgl. Amtsblatt 2016, S. 1548; Beilage 4). Es wurde keine Nachzählung angeordnet, sondern direkt eine Losziehung vorgenommen. Dieses Vorgehen wurde vom Obergericht mit Entscheid vom 16. Dezember 2016 gestützt.

### **Behauptete Unregelmässigkeiten**

Zu den vom Beschwerdeführer behaupteten Unregelmässigkeiten ist vorab festzuhalten, dass sie allesamt nicht näher konkretisiert und substantiiert worden sind.

**A.** Das gilt sowohl für die angetönte Verwechslungsmöglichkeit im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen (2 Kandidierende mit Familiennamen Linder), als auch für die Unterschiede bei der Anzahl ungültiger Wahlzettel in diversen Gemeinden und die unterschiedlichen Stimmbeteiligungen.

Im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen wurden sowohl für die Liste 3 "FDP" als auch die Liste 13 "JFSH" nur unveränderte Wahlzettel eingelegt (vgl. Resultate der Kantonsratswahlen 2020, unter [www.sh.ch](http://www.sh.ch) [Abstimmungen und Wahlen; Kantonsratswahl 27.9.2020; Resultate im Detail; Beilage 5]). Es wurde also in *allen* Fällen die vorgedruckte Liste verwendet. Dabei sind oben auf dem Wahlzettel zuerst die Listennummer und der Listenname angegeben. Eine Verwechslungsgefahr für die Mitglieder des kommunalen Wahlbüros ist damit ausgeschlossen.

**B.** Was die vom Beschwerdeführer geltend gemachten markanten Zunahmen der Stimmbeteiligung in diversen Gemeinden gegenüber der Kantonsratswahl 2016 anbelangt, ist festzuhalten, dass die Stimmbeteiligung am Wahl- und Abstimmungswochenende vom 27. September 2020 generell höher lag als am Wahl- und Abstimmungswochenende vom 25. September 2016 (vgl. Amtsblatt 2020, S. 1720 und 1721 [Beilage 6] sowie Amtsblatt 2016, S. 1522 und 1571 [Beilage 7]). Der Grund dafür dürfte vor allem an den viel diskutierten Abstimmungsvorlagen auf eidgenössischer Ebene liegen (insbesondere Volksinitiative "Für eine

massvolle Zuwanderung [Begrenzungsinitiative]). Eine Unregelmässigkeit ist darin nicht zu sehen.

Weiter ist es gerichtsnotorisch, dass es bei der Anzahl ungültiger, aber auch leerer Wahlzettel jeweils Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde gibt. Die vom Beschwerdeführer diesbezüglich behaupteten Unregelmässigkeiten sind nicht substantiiert und auch nicht ersichtlich. Das Wahlbüro der Gemeinde entscheidet über die Gültigkeit der Wahlzettel (Art. 59 Abs. 1 WahlG). Aus den Wahlprotokollen der Gemeinden ergeben sich keinerlei Hinweis auf irgendwelche Unregelmässigkeiten bezüglich der Auszählung der Stimmen oder der Gültigkeit bestimmter Wahlzettel. Im Übrigen ist zu bemerken, dass der Entscheid über die Gültigkeit bestimmter Wahlzettel eine jeder Wahl innewohnende Fragestellung darstellt (vgl. BGE 138 II 5, übersetzt in Pra 101 [2012] Nr. 14 E. 5.3.2).

C. Auch die behauptete Unregelmässigkeit wegen der zentral durchgeführten Erfassung der veränderten Wahlzettel ist nicht weiter substantiiert. Der Beschwerdeführer bringt keinerlei konkrete Verdachtsmomente vor.

Bei Proporzahlen wird für die Resultaterfassung ein EDV-Programm eingesetzt. Der Staatskanzlei obliegt die Organisation der Resultaterfassung und -ermittlung. Die Resultaterfassung kann zentral oder in den Wahlkreishauptorten erfolgen (Art. 29ter Sätze 1-3 WahlG). Nimmt eine Gemeinde die elektronische Resultaterfassung zentral vor, überbringt sie gemäss § 33 der Proporzwahlverordnung die Wahlunterlagen sofort nach der Zusammenstellung der KSD (Abs. 1). Bei den Kantonsratswahlen wird die Bereinigung und Auszählung der Wahlzettel in den Gemeinden abgeschlossen, und dann werden für die Resultaterfassung im EDV-Programm die veränderten Wahlzettel zur KSD gebracht.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der zweite Teil der Resultatermittlung in der KSD sowohl im Kreisschreiben betreffend die Durchführung der Kantonsratswahlen 2021-2024 vom 28. April 2020 (Amtsblatt 2020, S. 657) als auch in der Instruktion betreffend die Durchführung der Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 für die Amtsdauer 2021-2024 vom 28. April 2020 (Amtsblatt 2020, S. 659) angekündigt worden war.

Bereits im entsprechenden Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 13. April 2010 an den Kantonsrat wurde ausgeführt, dass die zentrale Erfassung der veränderten Wahlzettel durch externe Leistungserbringer bei der KSD erfolgen wird (Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 13. April 2010 [Amtsdruckschrift 10-26], S. 3 f.). Bereits damals wurde festgehalten, dass diese Erfassungsarbeiten durch Mitarbeitende der KSD bzw. spezielle Erfassungsteams

vorgenommen werden. Der Kantonsrat hat der Formulierung von Art. 29ter WahlG in Kenntnis der Ausführung der Erfassung der von den Gemeinden bereinigten Wahlzetteln durch spezielle Eingabeteams bei der KSD am 5. Juli 2010 zugestimmt (Amtsblatt 2010, S. 993). Die entsprechende Bestimmung des Wahlgesetzes wurde von der Bundeskanzlei am 13. Oktober 2010 genehmigt.

Alle Gemeinden haben mit der Staatskanzlei vertraglich vereinbart, dass die Resultaterfassung bei den Kantonsratswahlen 2020 zentral bei der KSD erfolgt (vgl. z.B. "Vereinbarung zwischen der Gemeinde Beggingen und der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen über die Übertragung der Resultaterfassung und Auswertung der Kantonsratswahlen 2020", Beilage 8). Darin überträgt die Gemeinde die operative *Erfassung* der bereinigten Wahlzettel der Stadt Schaffhausen, in Zusammenarbeit mit der KSD. Diese Aufgabenerfüllung der Stadtkanzlei für alle Gemeinden wurde in einer Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei und der Stadtkanzlei Schaffhausen festgehalten (vgl. "Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und der Stadtkanzlei Schaffhausen über die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020", Beilage 9). Die Stadtkanzlei hat dabei die Einhaltung des Stimmgeheimnisses und der Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Die Eingabe der Gemeindeergebnisse bei der KSD steht unter der Aufsicht der Staatskanzlei.

Tatsächlich sind die Personen, welche die von den Gemeinden bereinigten veränderten Wahlzettel in Zweierteams bei der KSD in die Ergebnisermittlungssoftware "Sesam" eingeben, nicht gewählte Mitglieder von kommunalen Wahlbüros. Alle am 27. September 2020 eingesetzten Personen haben jedoch unterschriftlich bestätigt, dass sie auf die Einhaltung des Stimmgeheimnisses, der Datenschutzbestimmungen und des Amtsgeheimnisses hingewiesen worden sind. Diese Personen müssen volljährig sein. Sie werden im Vorfeld des Wahlsonntags speziell geschult.

Entscheidend ist jedoch, dass die Arbeiten der Erfassungsteams *nicht Bestandteil der von den Gemeinden vorzunehmenden Auszählungsarbeiten* sind. Alle Wahlzettel werden von den Mitgliedern der kommunalen Wahlbüros gezählt, kontrolliert und bereinigt. Nach der Endbereinigung der veränderten Wahlzettel haben die Gemeinden ein von der Staatskanzlei zur Verfügung gestelltes Dokument "Lieferschein/Listenübersicht" auszufüllen und unterschriftlich zu bestätigen (vgl. Beispiel "Lieferschein/Listenübersicht", Beilage 10). *Damit ist der Auszählungsprozess abgeschlossen.* Dieses unterzeichnete Dokument bringen die Gemeinden zusammen mit den bereinigten (und nummerierten) veränderten Wahlzetteln zur KSD. Die danach folgenden Arbeiten der Erfassungsteams sind *rein administrative Tätigkeiten*. Es handelt

sich um den - rein technischen - Vorgang des Eingebens der von den Gemeinden definitiv bereinigten veränderten Wahlzettel, also um eine reine *Erfassung* der Daten.

Die einzige Aufgabe der Zweier-Erfassungsteams besteht darin, die auf den von den Gemeindewahlbüros kontrollierten und bereinigten Wahlzetteln vermerkten Listen- und Kandidatennummern in die Wahlsoftware einzugeben.

Die von den Gemeinden auf dem unterzeichneten "Lieferschein" mitgeteilten Totale der unveränderten Wahlzettel pro Liste werden vom Wahlsoftware-Verantwortlichen der KSD in das Ergebnisermittlungssystem eingegeben.

D. Weiter macht der Beschwerdeführer in genereller Weise geltend, dass einige Kantone veraltete und angreifbare Wahlsoftware einsetzen würden, u.a. auch Schaffhausen. Er bezieht sich dabei auf einen Artikel des Online-Magazins "Republik" vom 25. September 2020. Dabei spricht er in nicht substantzierter Weise von der Möglichkeit einer Insider-Attacke durch eine Person, die Zugriff auf die entsprechende Datenbank hat. Dazu ist festzuhalten, dass aufgrund von spezifischen Berechtigungskonzepten mittels entsprechenden Active Directory-Gruppen (der Zugriff auf die Software ist nur für einen ganz bestimmten Personenkreis möglich) und der Zonierung des kantonalen Netzwerkes in verschiedene klassifizierte Bereiche (die Wahlen-Datenbank steht in der höchsten Sicherheitszone) Insider-Angriffe praktisch nicht möglich sind.

Die Wahlsoftware ist Teil eines mehrstufigen organisatorischen Prozesses. Die kommunalen Wahlbüros zählen, kontrollieren und bereinigen die Wahlzettel. Die Resultate werden durch Erfassungsteams in das Ergebnisermittlungssystem eingegeben. Danach werden die Resultate durch die beauftragte Stadtkanzlei und die KSD einer Plausibilisierung unterzogen: Die eingegebenen Daten der veränderten Wahlzettel aus den Gemeinden werden mit den von den Gemeinden physisch mitgelieferten "Lieferscheinen/Listenübersichten" überprüft. Nach der Kontrolle werden die Ergebnisse von der Staatskanzlei freigegeben. Zusätzlich wird anschliessend jeder Gemeinde der entsprechende Wahlzettel-Report aus der Wahlsoftware übermittelt, welcher von den verantwortlichen Personen in der Gemeinde geprüft und unterschrieben werden muss. Jedes Glied dieser Kette trägt zur Sicherheit und zur Überprüfbarkeit der Ergebnisse bei.

Der Prozess der EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel ist so aufgebaut, dass zahlreiche Kontrollmechanismen für die korrekte Erfassung enthalten sind. Bei der Abgabe der veränderten Wahlzettel zusammen mit dem ausgefüllten und unterzeichneten Lieferschein bei der KSD erfolgt eine Eingangskontrolle, bei welcher die Übereinstimmung der Angaben auf dem

Lieferschein mit dem tatsächlichen Lieferumfang geprüft wird. Danach werden die veränderten Wahlzettel zentral bei der KSD gesammelt und durch eine Herausgabestelle an die Erfassungsteams verteilt. Dabei kann zu jedem Zeitpunkt genau nachvollzogen werden, welche Wahlzettel welcher Gemeinde bei welchen Teams in der Erfassung sind. Bei technischen Schwierigkeiten wird der Support durch die KSD geleistet. Nach Abschluss der Erfassung bringen die Teams die ihnen zugeteilten Wahlzettel wieder zurück zur Herausgabestelle, wo wiederum die Vollständigkeit kontrolliert wird.

Die Erfassungsteams arbeiten ausschliesslich in Zweier-Teams. Somit ist zu jedem Zeitpunkt das Vieraugen-Prinzip gewährleistet. Die Erfassenden haben keinen Zugriff auf die gesamte Datenbank. Der Zugriff ist sehr stark eingeschränkt. Die Erfassungsteams verfügen nur über die Berechtigung, die ihnen zugeteilten veränderten Wahlzettel bzw. die darauf enthaltenen Kandidierenden- und Listennummern in die Software einzugeben. Hinzukommen noch weitere Kontrollmechanismen: Im System lässt sich jederzeit nachvollziehen, welches Team welche Eingaben im System getätigt hat. Somit würden sich auch allfällige Fehlbuchungen oder Ähnliches genau zurückverfolgen lassen. Die Software ist darüber hinaus so programmiert, dass es nicht möglich ist, mehr Kandidierende pro Wahlzettel einzugeben als Sitze zu vergeben sind. Ebenso ist es rein technisch nicht möglich, eine kandidierende Person auf einem Wahlzettel mehr als zwei Mal im System einzugeben. Bei solchen objektiven Fehlbuchungen erscheint eine Fehlermeldung und die Erfassung kann im System nicht abgeschlossen werden. Würde ein Erfassungsteam einzelne Wahlzettel nicht erfassen, ausreissen oder sonstwie unterschlagen, würde dies beim Abgleich mit den von den Gemeinden unterzeichneten und bei der Ablieferung der veränderten Wahlzettel bei der KSD abgegebenen Lieferscheinen umgehend auffallen.

Im Übrigen besteht der wichtigste Schutz darin, dass die Erfassungsteams nur das in die Wahlsoftware eingeben dürfen, was auf den von den Gemeindewahlbüros kontrollierten und bereinigten veränderten Wahlzetteln vermerkt ist. Die Erfassungsteams sind daher nicht befugt, selbst Korrekturen vorzunehmen oder die veränderten Wahlzettel nochmals zu bereinigen. Sollte es vorkommen, dass ein veränderter Wahlzettel eine fehlerhafte Bereinigung enthält, sind die Erfassungsteams verpflichtet, sich an die vor Ort anwesende Vertretung der Stadtkanzlei Schaffhausen zu wenden. Gestützt auf die Vereinbarung der Staatskanzlei mit der Stadtkanzlei Schaffhausen (vgl. Beilage 9) ist die Stadtkanzlei Schaffhausen, die ja selbst als Wahlbüro der Stadt Schaffhausen amtiert, befugt, nach Rücksprache mit der Staatskanzlei notwendige Fehlerbehebungen im Rahmen der EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel vorzunehmen.

Im Übrigen kommt selbst das Online-Magazin "Republik" am 25. September 2020 zum Schluss, dass es keinen Grund gibt, an den Resultaten vom 27. September 2020 zu zweifeln.

Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung von Anhaltspunkten für Unregelmässigkeiten sind zwar angesichts der knappen Ergebnisse nicht hoch anzusetzen. Für einen allfälligen Anspruch auf Nachzählung ist es aber unabdingbar, dass gewisse Anhaltspunkte, d.h. ein hinreichender Verdacht auf Unrichtigkeit des Ergebnisses, effektiv dargetan werden. Das ist bezüglich der vom Beschwerdeführer aufgeworfenen Punkte nicht der Fall.

E. Was schliesslich die behauptete Unregelmässigkeit wegen nicht publizierter Zusammenstellung der Unterteilung anbelangt, ist festzuhalten, dass die Details der Unterteilung der Kantonsratswahl 2020 seit Montag, 28. September 2020, 11.38 Uhr, auf der Website des Kantons Schaffhausen publiziert sind (vgl. Unterteilung Kantonsratswahlen 2020, unter [www.sh.ch](http://www.sh.ch) [Abstimmungen und Wahlen; Kantonsratswahl 27.9.2020; Resultate im Detail; Beilage 2). Diese Details der Unterteilung ermöglichen es allen Interessierten, die Sitzverteilung genau nachzuverfolgen. Eine Pflicht, die Details der Unterteilung bereits am Wahlabend zu veröffentlichen, besteht selbstredend nicht.

Aufgrund der vorstehend dargelegten Rechts- und Sachlage sah das Kantonale Wahlbüro keinen Grund, gestützt auf § 34 der Proporzwahlverordnung eine Nachzählung in einer Gemeinde anzuordnen. Der Verzicht auf eine Nachzählung war klarerweise rechtmässig.

Wir ersuchen Sie, unseren Anträgen zu entsprechen.



Freundliche Grüsse  
Für das Kantonale Wahlbüro  
Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger

Versandt am:

- 7. Okt. 2020

Beilagen:

- 1) Oberzuteilung Kantonsratswahlen 27.9.2020, Amtsblatt 2020, S. 1670
- 2) Unterzuteilung Kantonsratswahlen 27.9.2020; Auszug aus Resultate im Detail
- 3) Auszug Resultate Kantonsratswahlen 28.9.2008, Amtsblatt 2008, S. 1399
- 4) Auszug Resultate Kantonsratswahlen 25.9.2016, Amtsblatt 2016, S. 1548
- 5) Resultate FDP und JFSH im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen; Auszug aus Resultate im Detail
- 6) Stimmbeteiligung am Wahl- und Abstimmungswochenende vom 27. September 2020 (Amtsblatt 2020, S. 1720 und 1721)
- 7) Stimmbeteiligung am Wahl- und Abstimmungswochenende vom 25. September 2016 (Amtsblatt 2016, S. 1522 und 1571)
- 8) Vereinbarung zwischen der Gemeinde Beggingen und der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen über die Übertragung der Resultaterfassung und Auswertung der Kantonsratswahlen 2020
- 9) Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und der Stadtkanzlei Schaffhausen über die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020
- 10) Beispiel "Lieferschein/Listenübersicht"

1670

Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen

Nr. 40 / 02.10.2020

Formular **5a**

### Oberzuteilung

Pukelsheim

Kantonsrat SH 2020

Wahltermin: 27.09.2020

Sitze Gesamt: 60

Wahlchüssel: 470.27

Liste	Stimmen	Wahlervahl	Quotient	Sitzanspruch
01 SVP	109250	7'299.09	15.52	16
02 SP	101708	5'440.35	11.57	12
03 FDP	62355	3'663.92	7.79	5
04 AL	35158	1'692.93	3.60	4
05 GLP	38249	2'353.74	5.03	5
06 Grüne	27765	1'543.00	3.28	3
07 EDU	14239	824.24	1.97	2
08 CVP	13453	878.47	1.87	2
09 EVP	12165	706.64	1.50	2
10 SVP-A	7026	593.04	1.26	1
11 JSVP	5902	666.96	1.42	1
12 SVP-K	3444	280.91	0.81	1
13 JF	4854	234.81	0.50	0
15 SVP-S	4135	266.76	0.57	1
16 JG	16900	925.14	1.97	2

Pukelsheim

Kantonsrat SH 2020

Wahltermin: 27.09.2020

Sitze Gesamt: 60

Wahlkreis Sitze	60	Schaffhausen 27	Klettgau 13	Neuhausen 8	Reiat 7	Stein 4	Buchberg-Rüdlingen 1	Total	Parteidivisor
Liste		Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze		
01 SVP	16	65792	9	3717	1	2652	1	16	07682.0000
02 SP	12	79795	10	4309	0	1462	0	12	08211.0000
03 FDP	8	43806	6	2830	1	687	0	8	07794.0000
04 AL	4	29796	4	978	0	293	0	4	07691.0000
05 GLP	5	27330	4	1182	0	994	0	5	07650.0000
06 Grüne	3	21794	3	1620	0	1097	0	3	06941.0000
07 EDU	2	7274	1	505	0	156	0	2	07120.0000
08 CVP	2	9347	2	1818	0	562	0	2	05045.0000
09 EVP	2	7769	1	207	0	86	0	2	06083.0000
10 SVP-A	1	1527	0	540	0	228	0	1	07026.0000
11 JSVP	1	1201	0	181	0	511	0	1	02951.0000
12 SVP-K	1	572	0	690	0	248	0	1	01937.0000
15 SVP-S	1	2799	1	350	0	64	0	1	04135.0000
16 JG	2	12647	2	914	0	166	0	2	06338.0000
Total	60		43	1	2		1	60	
Wahlkreisdivisor		00001.0000	00001.0000	00001.0000	00001.0000	00001.0000	00001.0000		

Pukelsheim

Kantonsrat SH 2020

Wahltermin: 27.09.2020

Sitze Gesamt: 60

Wahlkreis Sitze	60	Schaffhausen 27	Klettgau 13	Neuhausen 8	Reiat 7	Stein 4	Buchberg-Rüdlingen 1	Total	Parteidivisor
Liste		Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze		
01 SVP	16	65792	6	3717	2	7862	1	391	07682.0000
02 SP	12	79795	6	4309	1	4094	1	75	08211.0000
03 FDP	8	43806	4	2830	1	4755	0	50	06820.0000
04 AL	4	29796	3	978	0	879	0	23	06729.0000
05 GLP	5	27330	2	1182	1	2258	1	145	07650.0000
06 Grüne	3	21794	2	1620	0	1097	0	44	06941.0000
07 EDU	2	7274	1	505	0	888	0	10	07120.0000
08 CVP	2	9347	1	1818	0	497	0	562	05045.0000
09 EVP	2	7769	1	207	0	708	0	10	06083.0000
10 SVP-A	1	1527	0	540	0	729	0	0	07026.0000
11 JSVP	1	1201	0	181	0	1125	0	97	05533.0000
12 SVP-K	1	572	0	690	0	951	0	0	04359.0000
15 SVP-S	1	2799	1	350	0	492	0	0	03101.0000
16 JG	2	12647	1	914	0	709	0	11	05743.0000
Total	60	28	14	9	5	3	1	60	
Wahlkreisdivisor		00002.0000	00001.0000	00000.0000	00001.0000	00000.0000	00001.0000		

## Pukelsheim

## Kantonsrat SH 2020

Wahltermin: 27.09.2020

Sitze Gesamt: 60

Wahlkreis Sitze	60	Schaffhausen 27	Klettgau 13	Neuhausen 8	Reiat 7	Stein 4	Buchberg-Rüdlingen 1	Total	Parteidivisor
Liste		Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze		
01 SVP	16	65792	5	3717	2	2662	1	16	07682.0000
02 SP	12	79795	6	4309	1	1462	0	12	08211.0000
03 FDP	8	43806	4	2830	2	687	0	8	07246.0000
04 AL	4	29796	3	978	0	293	0	4	06309.0000
05 GLP	5	27330	2	1182	1	994	0	5	07650.0000
06 Grüne	3	21794	2	1620	0	495	0	3	06941.0000
07 EDU	2	7274	1	505	0	156	0	2	07120.0000
08 CVP	2	9347	1	1818	0	562	0	2	05045.0000
09 EVP	2	7769	1	207	0	86	0	2	06083.0000
10 SVP-A	1	1527	0	540	0	228	0	1	07026.0000
11 JSVP	1	1201	0	181	0	511	0	1	05533.0000
12 SVP-K	1	572	0	690	1	248	0	1	04359.0000
15 SVP-S	1	2799	1	350	0	64	0	1	03101.0000
16 JG	2	12647	1	914	0	166	0	2	05743.0000
<b>Total</b>	<b>60</b>	<b>27</b>	<b>13</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>60</b>	
Wahlkreisdivisor		00002.0000	00001.0000	00000.0000	00000.0000	00000.0000	00001.0000		

Nr. 40 / 03.10.2008

Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen

1399

Formular **5b**

## Ergebnisse

Wahltag: 28.09.2008

Wahlkreis: Schaffhausen

Kreis Nr. **1000**

Liste: 02 Freisinnig-Demokratische Partei

Sitze: 5

Name, Beruf und Wohnort des Kandidaten

Stimmenzahl

gewählt sind:

1. Hunziker Urs, Stadtrat / Reallehrer, Schaffhausen	4'308
2. Storrer Jeanette, lic. iur. Rechtsanwältin, Schaffhausen	4'014
3. Hauser Thomas, Sekundarlehrer, Schaffhausen	3'963
4. Altorfer Richard, Arzt / Verleger, Neuhausen a. Rhf.	3'846
5. Heydecker Christian, lic. iur. Rechtsanwalt, Schaffhausen	3'669

nicht gewählt sind:

1. Joos Eduard, Dr. phil. Historiker, Schaffhausen	3'667
2. Günter Susanne, Gewerbeschulikerin, Schaffhausen	3'411
3. Egger Martin, Informaliker, Schaffhausen	3'336
4. Thommen Christine, Juristin/Leiterin Abteilung Recht ED, Schaffhausen	3'266
5. Herren Nicole, Geschäftsfrau, Schaffhausen	3'218
6. Sonderegger Marcel, Dr. Eng. Unternehmer, Schaffhausen	3'209
7. Hotz Waller, Geschäftsführer, Schaffhausen	3'172
8. Roost Müller Manuela, Unternehmerin / Lehrerin, Schaffhausen	3'042
9. Meier Gerold, Rechtsanwalt, Dörfingen	2'941

Kandidatenslimmen, Total	49'062
Zusatzstimmen	4'773
Parteistimmen, Total	53'835

1548

Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen

Nr. 39 / 30.09.2016

Liste: 03 FDP, Die Liberalen

Sitze: 1

Name, Beruf und Wohnort des Kandidaten	Stimmenzahl
gewählt sind:	
1. *Mannhart Hedy, Betriebsökonomin FH, Neuhausen am Rheinfall	583
* Gewählt durch Losziehung (Art. 2e Wahlgesetz).	
nicht gewählt sind:	
1. Sauzet René, Eidg. dipl. Elektroinstallateur, Neuhausen am Rheinfall	583
2. Fischli Patrick, HLK-Projektleiter, Neuhausen am Rheinfall	220
3. Henniger Sylvia, Hausfrau, Neuhausen am Rheinfall	179
4. Schärner Hans, IT-Projektleiter, Neuhausen am Rheinfall	177
5. Baur Bernhard, Eidg. dipl. Controller, Neuhausen am Rheinfall	169
Kandidatenstimmen, Total	1'911
Zusatzstimmen	159
Parteistimmen, Total	2'070

Liste: 04 Alternative Liste Schaffhausen

Sitze: 0

Name, Beruf und Wohnort des Kandidaten	Stimmenzahl
nicht gewählt sind:	
1. Lüthi Isabelle, Übersetzerin, Schaffhausen	236
2. Zarotti-Meister Andrea, Lehrerin, Neuhausen am Rheinfall	190
3. Bolt Elena, Studentin, Schaffhausen	115
4. Marti Markus, Reallehrer, Schaffhausen	111
5. Schaad Franca, Studentin, Neuhausen am Rheinfall	104
6. Wüthrich Thomas, Sekundarlehrer, Neuhausen am Rheinfall	95
Kandidatenstimmen, Total	851
Zusatzstimmen	23
Parteistimmen, Total	874

# Zusammenzug aller veränderten Listen

Formular **3b**

Seite: 3

Gemeinde: Buchberg  
Buchberg-Rüdingen

Kantonsrat SH 2020  
Wahltag: 27.09.2020

BFS-Nr. Kreis Nr.  
2933 6

Liste: 03 FDP.Die Liberalen

Veränderte Wahlzettel: 0

	01	02	03	04	05	06	07	09	11	13	16	00	Total
Stimmen haben erhalten	SVP	SP	FDP	AL	GLP	Grüne	EDU	EVP	SVP-J	JF	JG	OHNE	
0301 Linder Franziska (01)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(01)
Kandidatenstimmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusatzstimmen													0
Parteistimmen	03.93	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(93)

# Zusammenzug aller veränderten Listen

Seite: 10

Formular **3b**

Gemeinde: Buchberg  
Buchberg-Rüdlingen

Kantonsrat SH 2020  
Wahltag: 27.09.2020

BFS-Nr. Kreis Nr.  
2933 6

Liste: 13 JF Jungfreisinnige

Veränderte Wahlzettel: 0

	01	02	03	04	05	06	07	09	11	13	16	00	Total
	SVP	SP	FDP	AL	GLP	Grüne	EDU	EVP	SVP-J	JF	JG	OHNE	
Stimmen haben erhalten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (01)
1301 Linder Matthias	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kandidatenstimmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusatzstimmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Parteistimmen	13.93	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (93)

Kantonsratswahlen für die Amtsdauer 2021 bis 2024 Sonntag, 27. September 2020 Wahlbeteiligung							
Wahlkreis	Gemeinde	Wahl- berechtigte	Eingelegte Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	Gültige Wahlzettel	Wahl- beteiligung
Schaffhausen 54.46%	Schaffhausen	22'626	12'321	318	13	11'990	54.46%
Klettgau 58.01%	Begglingen	364	257	3	1	253	70.60%
	Beringen	3'145	1'632	58	3	1'571	51.89%
	Gächlingen	656	433	16	9	408	66.01%
	Hallau	1'485	870	19	1	850	58.59%
	Löhningen	1'007	647	10	14	623	64.25%
	Neunkirch	1'575	888	22	2	864	56.38%
	Oberhallau	323	218	4	0	214	67.49%
	Schleitheim	1'151	627	13	8	606	54.47%
	Sibilingen	626	349	9	4	336	55.75%
	Trasadingen	380	220	4	0	216	57.89%
	Wädingen	1'207	773	22	0	751	64.04%
Neuhausen 50.66%	Neuhausen	5'158	2'613	88	8	2'517	50.66%
Reiat 63.77%	Bargen	205	123	3	6	114	60.00%
	Büttenhardt	305	165	2	3	160	54.10%
	Dörflingen	689	432	8	12	412	62.70%
	Lohn	524	379	6	18	355	72.33%
	Merishausen	599	387	7	5	375	64.61%
	Stetten	868	593	18	31	544	68.32%
	Thayngen	3'282	2'048	42	14	1'992	62.40%
Stein 60.59%	Buch	193	118	0	0	118	61.14%
	Hemishofen	331	246	8	10	228	74.32%
	Ramsen	862	510	11	3	496	59.16%
	Stein am Rhein	2'316	1'369	14	20	1'335	59.11%
Buchberg-Rüdlingen 74.03%	Buchberg	650	474	19	0	455	72.92%
	Rüdlingen	559	421	13	2	406	75.31%
Total		51'086	29'113	737	187	28'189	56.99%

Binnen einer Frist von drei Tagen, den Herausgabetag des heutigen Amtsblattes nicht mitgerechnet, kann beim Regierungsrat betreffend diese Wahl schriftlich und eingeschrieben Beschwerde geführt werden (Art 82<sup>bis</sup> und Art. 82<sup>ter</sup> Wahlgesetz).

Schaffhausen, 27. September 2020

Staatskanzlei Schaffhausen

Der Staatsschreiber:  
Dr. Stefan Bilger

Eidgenössische Volksabstimmung vom 27. September 2020								
Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»								
Gemeinde	Stimm- berechtigte	davon Ausland- CH	Eingelegt	leer	ungültig	In Betracht fallend	JA	NEIN
Bargen	214	9	165	4	0	161	98	65
Beggingen	384	20	298	9	0	289	195	94
Beringen	3'213	68	2'280	87	0	2'193	1'016	1'177
Buch	207	14	152	3	0	149	87	62
Buchberg	673	23	533	8	0	525	260	265
Bültenhardt	311	6	226	6	0	220	130	90
Dörflingen	701	12	537	13	0	524	270	254
Gächlingen	680	24	524	16	4	504	273	231
Hallau	1'551	66	1'092	25	0	1'067	563	504
Hemishofen	342	11	262	13	0	249	115	134
Lohn	545	21	454	24	0	430	235	195
Löhningen	1'030	23	775	18	0	757	356	401
Merishausen	613	14	467	18	0	449	228	221
Neuhausen a. Rhf.	5'309	151	3'395	147	6	3'242	1'541	1'701
Neunkirch	1'611	36	1'187	48	4	1'135	492	643
Oberhallau	336	13	260	6	0	254	157	97
Ramsen	899	37	651	17	0	634	319	315
Rüdlingen	584	25	477	9	0	468	249	219
Schaffhausen	23'397	771	16'110	696	0	15'414	5'410	10'004
Schleitheim	1'212	61	822	25	11	786	432	354
Siblingen	645	19	455	11	13	431	217	214
Stein am Rhein	2'372	56	1'709	43	0	1'666	695	971
Stetten	890	22	684	20	8	656	247	409
Thayngen	3'406	124	2'569	96	0	2'473	1'272	1'201
Trasadlingen	402	22	278	6	0	272	155	117
Wilchingen	1'254	47	943	30	3	910	543	367
Total	52'781	1'695	37'305	1'398	49	35'858	15'553	20'305

Stimmbeteiligung 70.68%

© Staatskanzlei Schaffhausen

Binnen einer Frist von drei Tagen, den Herausgabetag des heutigen Amtsblattes nicht mitgerechnet, kann beim Regierungsrat betreffend diese Abstimmung schriftlich und eingeschrieben Beschwerde geführt werden (Art. 77 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte).

<b>Kantonsratswahlen für die Amtsdauer 2017 bis 2020</b> <b>Sonntag, 25. September 2016</b> <b>Stimmbeteiligung</b>							
Wahlkreis	Gemeinde	Total Stimm- berechtigte	Eingelegte Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	Gültige Wahlzettel	Stimm- beteiligung
Schaffhausen	Schaffhausen	22'159	11'472	690	33	10'749	51.77%
Klettgau	Begglingen	368	225	1	2	222	61.14%
	Beringen	2'989	1'499	52	59	1'388	50.15%
	Gächlingen	622	383	10	9	364	61.58%
	Hallau	1'414	812	20	0	792	57.43%
	Löhningen	942	576	15	7	554	61.15%
	Neunkirch	1'412	776	29	2	745	54.96%
	Oberhallau	328	197	5	6	186	60.06%
	Schleitheim	1'185	664	14	10	640	58.03%
	Sibingen	611	316	10	1	305	51.72%
	Trasadingen	359	181	0	3	178	50.42%
	Wilchingen	1'180	760	18	14	728	64.41%
Neuhausen	Neuhausen	5'363	2'499	64	143	2'292	46.60%
Reiat	Bargen	190	104	5	7	92	54.74%
	Büttenhardt	259	149	3	10	136	57.53%
	Dörflingen	676	392	10	1	381	57.99%
	Lohn	527	317	13	9	295	60.15%
	Merishausen	565	352	3	10	339	62.30%
	Stetten	835	510	9	5	496	61.08%
	Thayngen	3'304	1'951	58	31	1'862	59.05%
Stein	Buch	192	117	0	2	115	60.94%
	Hemishofen	324	210	5	9	196	64.81%
	Ramsen	882	504	11	3	490	57.14%
	Stein am Rhein	2'176	1'250	14	30	1'206	57.44%
Buchberg-Rüdlingen	Buchberg	607	413	8	10	395	68.04%
	Rüdlingen	546	334	7	0	327	61.17%
<b>Total</b>		<b>50'015</b>	<b>26'963</b>	<b>1'074</b>	<b>416</b>	<b>25'473</b>	<b>53.91%</b>

Eidgenössische Volksabstimmung vom 25. September 2016								
«Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»								
Gemeinde	Total Stimm-berechtigte	davon Ausland-Schweizer	Eingelegte Stimm-zettel	Leere Stimm-zettel	Ungültige Stimm-zettel	Gültige Stimm-zettel	Ja	Nein
Bargen	196	6	133	13	0	120	34	86
Begglingen	383	15	244	15	0	229	50	179
Beringen	3'043	54	1'855	152	2	1'701	503	1'198
Buch	199	7	127	2	0	125	40	85
Buchberg	630	23	441	20	2	419	116	303
Büttenhardt	265	6	169	15	0	154	56	98
Dörflingen	684	8	459	44	1	414	128	286
Gächlingen	634	12	433	31	5	397	116	281
Hallau	1'470	56	930	36	0	894	250	644
Hemishofen	335	11	240	10	0	230	78	152
Lohn	546	19	364	43	0	321	92	229
Löhningen	960	6	613	37	0	576	179	397
Merishausen	581	16	426	31	0	395	107	288
Neuhausen a. Rhf.	5'474	111	2'886	282	1	2'603	914	1'689
Neunkirch	1'439	27	919	73	0	846	267	579
Oberhallau	341	13	220	12	0	208	67	141
Ramsen	907	25	571	45	1	525	127	398
Rüdlingen	561	15	392	14	0	378	104	274
Schaffhausen	22'789	630	13'647	1'303	4	12'340	5'409	6'931
Schleitheim	1'226	41	735	45	4	686	195	491
Sibilingen	623	12	363	24	1	338	114	224
Stein am Rhein	2'227	51	1'500	79	0	1'421	509	912
Stetten	858	23	605	43	0	562	124	438
Thayngen	3'389	85	2'287	195	0	2'092	660	1'432
Trasadingen	377	18	225	2	0	223	65	158
Wilchingen	1'212	32	894	65	0	829	253	576
TOTAL	51'349	1'322	31'678	2'631	21	29'026	10'557	18'469

Stimmbeteiligung 61.69%

© Staatskanzlei Schaffhausen

Binnen einer Frist von drei Tagen, den Herausgabetag des heutigen Amtsblattes nicht mitgerechnet, kann beim Regierungsrat betreffend diese Abstimmung schriftlich und eingeschrieben Beschwerde geführt werden (Art. 77 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte).

8

**Vereinbarung zwischen der Gemeinde BEGGINGEN  
und der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen über die  
Übertragung der Resultaterfassung und Auswertung der  
Kantonsratswahlen 2020**

vom 27.09. 2020

Die Gemeinde Begginnen und die Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen vereinbaren, gestützt auf Art. 29ter des Wahlgesetzes, was folgt:

**I. Ausgangslage**

<sup>1</sup> Bei den Kantonsratswahlen 2020 wird zur Ermittlung der Ergebnisse die Wahlsoftware "Sesam" flächendeckend auf Gemeindeebene eingesetzt.

<sup>2</sup> Die elektronische Resultaterfassung erfolgt zentral bei der KSD in Schaffhausen. Jede Gemeinde bereinigt ihre Wahlzettel und liefert diese direkt an die KSD in Schaffhausen. Bei der KSD werden die Gemeindeergebnisse im Programm "Sesam" eingegeben. Im Anschluss an die Resultatermittlung sind die Wahlprotokolle mit den gesondert verpackten Wahlzetteln spätestens am Montagnachmittag nach der Wahl der Gemeindekanzlei des Wahlkreishauptortes abzuliefern.

<sup>3</sup> Die Gemeinden haben für die Kosten der Erfassungsteams am Wahltag aufzukommen. Die Kosten werden proportional aufgeteilt (anteilmässige Kostenbeteiligung im Verhältnis zwischen der Anzahl Stimmberechtigter pro Gemeinde und der Gesamtzahl der Stimmberechtigten im Kanton). Die entsprechenden Kosten werden im Anschluss an die Kantonsratswahlen 2020 in Rechnung gestellt.

**II. Ablauf am Wahltag**

<sup>1</sup> Die Gemeinde überbringt sofort nach Bereinigung der Wahlzettel die Unterlagen gemäss Anweisung der Staatskanzlei an die KSD in Schaffhausen.

<sup>2</sup> Die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel bei der KSD wird der Stadt Schaffhausen, in Zusammenarbeit mit der KSD, übertragen.

<sup>3</sup> Die Eingabe der Gemeindeergebnisse bei der KSD steht unter der Aufsicht der Staatskanzlei.

<sup>4</sup> Die Gemeinden stellen sicher, dass das Gemeindewahlbüro am Wahltag bis zum Abschluss der Ermittlung der Ergebnisse für Rückfragen erreichbar ist.

Begginnen, 24.06.2020

27. Aug. 2020

Im Namen der Gemeinde Begginnen  
Der/Die Gemeindepräsident/-in:

Staatskanzlei Schaffhausen  
Der Staatsschreiber:

Der/Die Gemeindeschreiber/-in:



*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

9

# Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und der Stadtkanzlei Schaffhausen über die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020

vom ..... Juni 2020

Die Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und die Stadtkanzlei Schaffhausen vereinbaren, gestützt auf Art. 29ter des Wahlgesetzes, was folgt:

I.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen übernimmt für alle Gemeinden des Kantons Schaffhausen die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020 bei der KSD in Schaffhausen.

II.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen ist verantwortlich für die Rekrutierung und Schulung der Erfassungsteams.

Die Personen der Erfassungsteams werden von der Stadtkanzlei Schaffhausen entschädigt. Der Stundenlohn pro Person beträgt Fr. 30.--.

Die Gemeinden haben für die Kosten der Erfassungsteams am Wahltag aufzukommen. Die Kosten werden proportional aufgeteilt (anteilmässige Kostenbeteiligung im Verhältnis zwischen der Anzahl Stimmberechtigter pro Gemeinde und der Gesamtzahl der Stimmberechtigten im Kanton). Der Gemeinde wird im Anschluss an die Kantonsratswahlen 2020 von der Stadt Schaffhausen Rechnung über die anteilmässige Übernahme der Kosten der Erfassungsteams gestellt.

Die Kosten für die administrativen Arbeiten im Zusammenhang mit den Erfassungsteams können der Staatskanzlei im Umfang von total Fr. 3'000.-- in Rechnung gestellt werden.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen stellt die Einhaltung des Stimmgeheimnisses und der Datenschutzbestimmungen durch die Erfassungsteams sicher.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen garantiert, dass während der gesamten Erfassungsarbeiten in der KSD jeweils mindestens eine Vertretung der Stadtkanzlei anwesend oder erreichbar ist.

Die Staatskanzlei nimmt während der Erfassungsarbeiten in der KSD die Aufsicht über diese Arbeiten wahr.

27. Aug. 2020


Schaffhausen, ..... Juni 2020

Staatskanzlei Schaffhausen  
Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger

Schaffhausen, 26. Juni 2020

Stadtkanzlei Schaffhausen  
Die Stadtschreiberin:

  
Yvonne Waldvogel

Gemeinde **Bargen**

Wahlkreis Reiat

An die KSD | Mühlenalstrasse 105 | 8200 Schaffhausen

Bargen, 27. September 2020

## Lieferschein / Listenübersicht Kantonsratswahl vom 27. September 2020

Zahl der Stimmberechtigten (ohne Auslandschweizer) :

Männer:  Frauen:  Total:

Stimmbeteiligung

Zahl der Stimmenden (eingelegte Wahlzettel)

Zahl der ungültigen Wahlzettel

Zahl der leeren Wahlzettel

Zahl der gültigen Wahlzettel

Liste-Nr.	Bezeichnung	Unveränderte	Veränderte	Wahlzettel
1	SVP	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
2	SP	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
3	FDP.Die Liberalen	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
4	AL	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
5	GLP	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
6	Grüne	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
7	EDU	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
8	CVP	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
9	EVP	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
10	SVP Agro	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
11	Junge SVP	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
12	SVP KMU	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
13	JF Jungfreisinnige	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
15	SVP Senioren	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	
16	Junge Grüne	+ <input type="text"/>	<input type="text"/>	

Zwischentotal

=  +  =

Zahl der Wahlzettel ohne Parteibezeichnung (Freie Listen)

+

Total gleich Zahl der gültigen Wahlzettel

=

### Checkliste

Haben Sie die Nummerierung der Wahlzettel pro Partei durchgeführt (1-25, 26-50, etc.)?	
Ist die kleinste Nummer der Wahlzettel immer zuoberst im Couvert?	
Ist auf dem letzten Couvert pro Partei die letzte Wahlzettel-Nr. eingetragen?	
Steht auf dem obersten Wahlzettel jedes 25er-Bündels der Gemeindenname (Stempel)?	
Sind die 25er-Bündel mit Bostitch zusammengeheftet?	
Sind veränderte vorgedruckte und handgeschriebene Wahlzettel der gleichen Partei im entsprechenden Couvert?	
Sind freie Listen im Couvert mit der Bezeichnung Listen-Nr. 0 (Freie)?	
Ist der Lieferschein vollständig ausgefüllt?	

Stempel und Unterschrift Wahlbüro-Vorstand:

\_\_\_\_\_

# Beilage 4

**E** 08. Okt. 2020

Manual-Nr. \_\_\_\_\_

K-Lauf-Nr. \_\_\_\_\_ An \_\_\_\_\_

**STADTRAT**

Stadthaus

Postfach 1000

CH-8201 Schaffhausen

T +41 52 632 52 25

F +41 52 632 52 53

[www.stadt-schaffhausen.ch](http://www.stadt-schaffhausen.ch)

Stadtrat

**Interne Post / vorab per E-Mail**

Kanton Schaffhausen

Amt für Justiz und Gemeinden

Mühlentalstrasse 105

8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 7. Oktober 2020

**Wahlbeschwerde von Patrick Fischli zu den Kantonsratswahlen vom  
27. September 2020; RR.517W**

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Jenni

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 2020 an den Stadtrat und  
reichen hiermit fristgerecht unsere

**Stellungnahme**

ein mit den folgenden

**ANTRÄGEN:**

1. Die Beschwerde sei vollumfänglich abzuweisen soweit darauf einzutreten sei.
2. Es seien der Stadt Schaffhausen keine Verfahrenskosten aufzuerlegen und es sei keine Parteientschädigung zuzusprechen.

## BEGRÜNDUNG

### A. FORMELLES

1

1.1 Nach Art. 82<sup>bis</sup> Abs. 1 des Gesetzes über die vom Volke vorzunehmenden Abstimmungen und Wahlen sowie über die Ausübung der Volksrechte vom 15. März 1904 (Wahlgesetz, WahlG; SHR 160.100) kann beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden gegen Entscheide des Gemeinderats bzw. des Büros betreffend Verletzung des Stimmrechts bei Abstimmungen und Wahlen (lit. a), wegen Verletzung des Stimmrechts bei Ausübung der Volksrechte (lit. b) oder wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung einer Abstimmung oder Wahl (lit. c).

1.2 Der Beschwerdeführer beantragt im Wesentlichen eine Nachzählung der am 27. September 2020 durchgeführten Kantonsratswahlen. Zur Begründung verweist er auf diverse vermeintliche Unstimmigkeiten bzw. Unregelmässigkeiten. Dazu zählt nach Ansicht des Beschwerdeführers unter anderem auch der Umstand, dass im Wahlkreis Schaffhausen die eigentliche Zählung der Stimmen gar nicht durch die ordentlich gewählten kommunalen Mitglieder der Wahlbüros durchgeführten worden ist, sondern nicht gewählte Schülerinnen und Schüler alle veränderten Listen bei der KSD manuell in die Software eingetragen haben. Dabei handle es sich nach Angaben des Beschwerdeführers um eine klar gesetzeswidrige Praxis. Angesichts der vom Beschwerdeführer erhobenen Anschuldigungen ist davon auszugehen, dass er eine Wahlbeschwerde im Sinne von Art. 82<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. c WahlG erheben wollte.

2

2.1 Die Beschwerde ist nach Art. 82<sup>bis</sup> Abs. 2 WahlG innert dreier Tage seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes schriftlich und eingeschrieben einzureichen. Für die Bestimmung des Fristenlaufs ist somit massgeblich, ab welchem Zeitpunkt der Beschwerdeführer rechtsgenügende, tatsächliche Kenntnis von den gerügten Unregelmässigkeiten hatte (vgl. OGE 60/2019/35 vom 7. April 2020 E. 8. mit weiteren Hinweisen).

2.2 Aus den Akten geht hervor, dass die Staatskanzlei am 4. Mai 2020 ein Informationsschreiben mit zahlreichen Beilagen an sämtliche Kantonalpräsidentinnen und -präsidenten sowie an die Sekretariate der politischen Parteien des Kantons Schaffhausen verschickte (Beilage 1). Besonderes Augenmerk ist dabei auf die beigelegte Instruktion des Regierungsrates betreffend die Durchführung der Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 für die Amtsdauer 2021-2024 (20-37) zu richten, welche darüber hinaus im Amtsblatt 2020-18 am 4. Mai 2020 publiziert worden ist. Darin wird der Ablauf der Kantonsratswahlen im Detail beschrieben, wobei in Ziff. IV die Aufgaben der Stimmzählerinnen und Stimmzähler bzw. der Wahlbüros der jeweiligen Gemeinden aufgezählt werden. Dazu zählt insbesondere die Bereinigung der veränderten Wahlzettel (vgl. Ziff. IV, 2. Unterabschnitt). In Ziff. V der Instruktion wird wiederum unmissverständlich festgehalten, dass die Auszählung der Stimmen (veränderte Wahlzettel) zentral bei der KSD erfolgt. Daraus fliesst im Umkehrschluss, dass diese Aufgabe eben nicht in den jeweiligen Gemeinden bzw. durch die Stimmzähler

wahrgenommen wird. Da der Beschwerdeführer als Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons Schaffhausen (JFSH) amtiert, hätte ihm diese Zerteilung des Auszählungsprozesses der abgegebenen Stimmen (1. Schritt: Bereinigung durch Stimmentzähler in den Gemeinden, 2. Schritt: Erfassung in der KSD) bereits nach Erhalt des Informationsschreibens der Staatskanzlei vom 4. Mai 2020 bekannt sein müssen. Die Stadtkanzlei verfügt diesbezüglich zwar nicht über die notwendigen Zustellnachweise, hingegen liegt es auf der Hand, dass auch die JFSH mit dem besagten Schreiben bedient worden sind und somit bereits Anfang Mai 2020 darüber informiert wurden, dass die Bereinigung der veränderten Listen durch die gemeindeeigenen Stimmentzähler durchgeführt wird, hingegen die EDV-Erfassung durch die KSD erfolgt. Sofern der Beschwerdeführer diese Zerteilung als unzulässige Unregelmässigkeit oder gar Gesetzeswidrigkeit bei der Durchführung bzw. Vorbereitung der Wahl rügt, so hätte er dies bereits im Mai 2020 vorbringen müssen, als ihm diese Tatsache augenscheinlich bekannt gemacht worden ist.

2.3 Selbst wenn man das Informationsschreiben der Staatskanzlei vom 4. Mai 2020 ausser Acht lassen würde, so scheint es immer noch höchst unwahrscheinlich, dass der Beschwerdeführer erst durch den Artikel im Online-Magazin «Republik» (Passwort: «Wahlen»; erschienen am 25. September 2020), welcher ihm nach eigenen Angaben erst am 29. September 2020 zugespielt worden sein soll, von der EDV-Erfassung der veränderten Wahllisten durch die KSD erfahren haben soll. Dieser Schluss drängt sich umso mehr auf, als die Schaffhauser AZ bereits vor den Wahlen die Recherchen der «Republik» aufgenommen und in einem vielbeachteten Artikel am 24. September 2020 selbst verarbeitet hat (Beilage 2). Es kann in guten Treuen davon ausgegangen werden, dass der Beschwerdeführer als politisch interessierte Person und in seinem Amt als Präsident einer Partei, die bei den in Frage stehenden Kantonsratswahlen selber angetreten ist, schon im Vorfeld der Wahlen von der Berichterstattung der Schaffhauser AZ Kenntnis hatte. Es lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass sich der Beschwerdeführer erst nach der Wahl und vor allen Dingen aufgrund der äusserst knappen Verfehlung eines Sitzes im Kantonsrat zur Beschwerde entschlossen hat. Dabei dürfte das Argument der gesetzeswidrigen Erfassung der veränderten Listen in der KSD bloss behelfsmässig aufgeführt worden sein.

2.4 Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Beschwerdeführer nicht erst am 29. September 2020 von der vermeintlichen Unregelmässigkeit bei der Durchführung der Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 erfahren hat. Vielmehr war im spätestens seit 5. Mai 2020 bekannt, dass die EDV-Erfassung der veränderten Wahllisten zentral durch die KSD und nicht durch die gewählten Stimmentzählerinnen und Stimmentzähler der jeweiligen Gemeinden erfolgt. Vor diesem Hintergrund muss daher auch die Beschwerdeerhebung am 30. September 2020 als verspätet betrachtet werden, weshalb in diesem Punkt nicht auf die Beschwerde einzutreten ist.

2.5 Neben der gesetzeswidrigen EDV-Erfassung der veränderten Wahllisten beanstandet der Beschwerdeführer noch weitere Unregelmässigkeiten, die seiner Ansicht nach eine Nachzählung erforderlich machen. Dabei stützt er sich vornehmlich auf die höhere Stimmbeteiligung in einzelnen Gemeinden im Vergleich zu den letzten Kantonsratswahlen sowie die Anzahl ungültiger Wahlzettel in der Stadt Schaffhausen. Darüber hinaus leitet der Beschwerdeführer seinen Anspruch auf Nachzählung aus der Tatsache ab, dass die JFSH bloss wegen einer einzigen Stimme ein Kantonsratsmandat verpasst haben. Es ist selbstredend,

dass der Beschwerdeführer davon erst nach der Wahl Kenntnis erlangt haben konnte. Aus diesem Grund ist in diesen Punkten die dreitägige Beschwerdefrist grundsätzlich eingehalten.

3 Da die übrigen Eintretensvoraussetzungen vorliegend erfüllt zu sein scheinen, ist auf die Beschwerde einzutreten (ausgenommen EDV-Erfassung der veränderten Listen). Die Sachentscheidsvoraussetzungen sind dennoch von der Beschwerdeinstanz von Amtes wegen zu prüfen.

## **B. MATERIELLES**

1 Der Beschwerdeführer bringt im Wesentlichen vor, die JFSH hätten bloss wegen einer einzigen Stimme im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen bzw. wegen einer einzigen Liste in den Wahlkreisen Schaffhausen, Klettgau und Reiat den Einzug in den Kantonsrat verpasst. Dieser Unterschied liege unter der massgeblichen Schwelle von 0.3% der abgegebenen Stimmen bzw. sei kleiner als 6 Stimmen, weshalb in Anwendung von Art. 26a Abs. 1 WahlG eine Nachzählung von Amtes wegen erfolgen müsse. Diese Bestimmung sei auch auf die Kantonsratswahlen anwendbar.

2 Entgegen den Behauptungen des Beschwerdeführers sind die höchstzulässigen Differenzen gemäss Art. 26a Abs. 1 WahlG bei den Kantonsratswahlen gerade nicht massgebend. Stattdessen kommt hier § 34 der Proporzwahlverordnung vom 13. November 1979 (SHR 161.111) zur Anwendung. Danach zählt die Staatskanzlei nur bei Verdacht, dass ein Gemeindeergebnis unrichtig ist, entweder selber nach oder ordnet eine Nachzählung durch das betreffende Gemeindewahlbüro an (vgl. OGE 60/2016/39 vom 16. Dezember 2016 E. 4.5). Entscheidend ist somit, ob die vom Beschwerdeführer ins Feld geführten Unregelmässigkeiten einen begründeten Verdacht für die Verfälschung des Wahlergebnisses darstellen oder nicht.

2.1 Die blosse Knappheit des Wahlergebnisses bzw. die Tatsache, dass die JFSH den Einzug in den Kantonsrat wegen lediglich einer fehlenden Stimme verpasst haben, reicht für sich allein nicht aus, um eine relevante Unregelmässigkeit annehmen zu können, die wiederum eine Nachzählung erforderlich machen würde. Vielmehr müssen konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die eine Unregelmässigkeit und deren Einfluss auf das Endresultat zumindest wahrscheinlich erscheinen lassen. Dies ist indes nicht schon bei einem knappen Resultat gegeben. Dafür braucht es noch weitere Verdachtsmomente, da knappe Resultate geradezu ein Merkmal des doppeltproportionalen Sitzzuteilungsverfahrens (sog. doppelter Pukelsheim) sind. Im zuvor zitierten Obergerichtsentscheid war der Fall so gelagert, dass zwei Kandidaten derselben Liste die exakt gleiche Anzahl Kandidatenstimmen erhalten hatten. Selbst da ging das Obergericht nicht von einem genügenden Verdacht auf Unregelmässigkeiten im Sinne von § 34 Proporzwahlverordnung aus. Mit anderen Worten: Selbst eine Pattsituation als solche gilt nicht als relevante Unregelmässigkeit und begründet damit für sich allein auch keinen Verdacht auf Unrichtigkeit des Ergebnisses im Sinn von § 34 Proporzwahlverordnung (OGE 60/2016/39, a.a.O.). Dieser Grundsatz muss umso mehr im vorliegenden Fall gelten. Wenn also schon die Stimmengleichheit keinen Anspruch auf Nachzählung begründet, dann ist dies auch bei kleinsten Differenzen nicht anders zu handhaben.

2.2 Auch aus dem Umstand, dass im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen Personen mit dem gleichen Nachnamen auf verschiedenen Listen kandidierten, vermag der Beschwerdeführer nichts zu seinen Gunsten abzuleiten. Bekanntlich sind die Kandidaten mit individualisierten Nummern gekennzeichnet, die bei der Erfassung der Stimmen im Vordergrund stehen. Einer Verwechslung einzelner Kandidaten soll dadurch vorgebeugt werden. Im Übrigen bringt der Beschwerdeführer keinerlei Argumente vor, die auf eine tatsächliche Verwechslung oder Falscherfassung der Stimmen hindeuten würden. Stattdessen begnügt er sich damit, in eher pauschaler Art und Weise zu behaupten, der gleichlautende Nachname zweier Kandidaten im Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen führe automatisch zu einer höheren Fehleranfälligkeit bei der Ermittlung des Wahlergebnisses bzw. stelle per se eine Unregelmässigkeit dar, die eine Nachzählung erfordere. Dies reicht indes nicht aus, um einen begründeten Verdacht im Sinne von § 34 Proporzwahlverordnung annehmen zu können.

2.3 Ebenso wenig stellt die in vereinzelt festgestellte höhere Wahlbeteiligung bzw. die Anzahl der erfassten ungültigen Wahlzettel für sich allein einen konkreten Anhaltspunkt für die falsche Ermittlung des Wahlergebnisses dar. Es lässt sich nicht erschliessen worauf der Beschwerdeführer mit diesen Ausführungen hinaus will. Es ist auch nicht ersichtlich, inwiefern diese Umstände auf eine fehlerhafte Ermittlung des Wahlergebnisses hindeuten würden. Ferner lässt der Beschwerdeführer gänzlich ausser Acht, dass am Abstimmungswochenende vom 27. September 2020 neben den Kantonsratswahlen noch fünf Bundesabstimmungen angesetzt gewesen sind, wovon einige im Vorfeld kontrovers diskutiert worden sind (Kampffjets, steuerliche Abzüge für Drittbetreuung der Kinder) und somit zu einer generellen Mobilisierung der Wählerschaft geführt haben könnten. Dadurch liessen sich insbesondere die vom Beschwerdeführer genannten höheren Wahlbeteiligungen erklären. Inwiefern dadurch die Kantonsratswahl negativ beeinflusst worden sein soll, ist hingegen schleierhaft.

2.4 Gleiches muss für den Hinweis gelten, wonach es im März 2020 bei den Grossratswahlen innerhalb des Bezirks der Stadt Frauenfeld zu Manipulationen an den Wahlunterlagen und zu absichtlicher Fehlzustellung von Wahlzetteln gekommen sei. Ein solcher Wahlbetrug könne nicht ausgeschlossen werden, insbesondere nicht in den Gemeinden mit auffällig hoher Stimmbeteiligung. Es ist gänzlich unklar, was der Beschwerdeführer mit dieser Konstatierung in Bezug auf eine Nachzählung der vergangenen Kantonsratswahlen aussagen möchte. Auch hierbei handelt es sich um eine pauschale Feststellung, die keinerlei konkrete Anhaltspunkte für eine fehlerhafte Ermittlung des Wahlergebnisses liefert. Würde man jedoch der Logik des Beschwerdeführers folgen, so hätte dies zum Ergebnis, dass eine Nachzählung nach jeder Wahl anzuordnen wäre, da eine Manipulation oder ein Wahlbetrug nie mit absoluter Gewissheit ausgeschlossen werden könnte. Mit dem Hinweis auf eine Wahlmanipulation in der Vergangenheit in einem anderen Kanton lässt sich in jedem Fall nichts Konkretes für die hier in Frage stehende Kantonsratswahl vom 27. September 2020 herleiten. Die Ausführungen des Beschwerdeführers gehen somit ins Leere.

3 Wie bereits eingangs dargelegt, ist auf den Beschwerdepunkt, dass die EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel nicht durch gewählte Stimmenzähler der Gemeinden erfolgte, infolge verspäteter Beschwerdeerhebung nicht einzutreten. Im Folgenden soll jedoch zusätzlich aufgezeigt werden, dass die Beschwerde in diesem Punkt auch inhaltlich unbegründet ist und dementsprechend abzuweisen ist.

3.1 Der Beschwerdeführer moniert, dass die EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel von nicht gewählten Schülerinnen und Schülern durchgeführt wird und bezeichnet diesen Umstand als gesetzwidrig. Zunächst gilt es darauf hinzuweisen, dass in Art. 29<sup>ter</sup> WahlG eine klare gesetzliche Grundlage besteht, um für die Resultaterfassung und -ermittlung bei Proporzahlen ein EDV-Programm einzusetzen. Diesbezüglich obliegt der Staatskanzlei die Organisation der Resultaterfassung und -ermittlung. Die operative Verantwortung für die Erfassung der bereinigten Wahlzettel für die Kantonsratswahl 2020 hat die Staatskanzlei demgegenüber mittels Vereinbarung an die Stadtkanzlei Schaffhausen übertragen (Beilage 3). Darin verpflichtete sich die Stadtkanzlei insbesondere die Einhaltung des Stimmgeheimnisses und der relevanten Datenschutzbestimmungen durch die Erfassungsteams sicherzustellen sowie zu jedem Zeitpunkt der Erfassungsarbeiten in der KSD vor Ort präsent oder zumindest erreichbar zu sein. Auch mit den übrigen Gemeinden im Kanton hat die Staatskanzlei Vereinbarungen über die Übertragung der Resultaterfassung und Auswertung der Kantonsratswahlen 2020 abgeschlossen (Beilage 4). Dies bedeutet hingegen nicht, dass den jeweiligen Gemeindewahlbüros ihre Hauptaufgabe entzogen worden ist. Diese bestand namentlich in der Bereinigung der veränderten Wahlzettel und wurde ausschliesslich von den Wahlbüros oder von der Stadtkanzlei vorgenommen. Die Erfassungsteams waren dazu weder befugt noch haben sie in irgendeiner Form selbst Bereinigungen oder Korrekturen an den von der Gemeinde gelieferten Wahlzetteln vorgenommen. Die Aufgabe der Erfassungsteams in der KSD bestand einzig und allein in der rein administrativen Erfassung der auf den ihnen zugeteilten Wahlzetteln enthaltenen Kandidaten.

3.2 Der Beschwerdeführer impliziert in seiner Beschwerdeschrift, dass mit der EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel ausschliesslich Schülerinnen und Schüler betraut worden sind. Dabei stützt er sich auf einen Artikel der «Republik» sowie auf ein Schreiben der Stadtkanzlei, welches sich unter anderem an KV-Lehrlinge richtete. Dadurch versucht der Beschwerdeführer womöglich den Anschein zu erwecken, dass es sich bei den Erfassern durchwegs um unerfahrene, junge Leute handelt, die besonders anfällig für Fehler sind. Entgegen den Behauptungen des Beschwerdeführers bestand lediglich ein Bruchteil der Erfassungsteams aus Schülern. Das veranschaulicht allein schon ein Blick auf die Jahrgänge der Erfasser. Diese reichen von 1950 bis 2002, wobei über die Hälfte der Erfasser älter als 30 Jahre alt war (Jahrgang 1990 und älter). Immerhin 37 der 51 eingesetzten Hilfspersonen waren älter als 25 (Jahrgang 1995 und älter). Die meisten davon waren bereits bei den Kantonsratswahlen vor vier bzw. acht Jahren als Erfasser im Einsatz und sind demnach äusserst geübt im Erfassen von veränderten Wahlzetteln. Ebenso haben einige Erfasser bereits letztes Jahr bei den Nationalratswahlen mitgeholfen. Vor diesem Hintergrund kann indes keine Rede davon sein, dass die Erfassungsteams durchwegs aus unerfahrenen und übermässig fehleranfälligen Schülern bestanden, bei denen man geradezu davon ausgehen musste, dass sie zahlreiche Fehler begehen, die sich unweigerlich auf das Wahlresultat auswirken würden. Stattdessen bestand der Grossteil aus berufstätigen Erwachsenen, die zum zweiten oder gar dritten Mal bei der EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel mitwirkten. Selbst die eingesetzten Schüler waren volljährige Lernende, die durchaus imstande waren, die ihnen obliegenden Aufgaben gewissenhaft und fehlerfrei wahrzunehmen. Die Fehlerquelle war ohnehin äusserst gering, bestand doch die einzige Aufgabe der Erfassungsteams darin, die auf den von den jeweiligen Gemeindewahlbüros kontrollierten und bereinigten Wahlzetteln vermerkten Listen- und Kandidatennummern in die Wahlsoftware einzutragen.

3.3 Ferner trifft es nicht zu, dass die Erfassungsteams Zugriff auf die gesamte Datenbank hatten. Der Zugriff auf Daten ist über die Nutzungsberechtigung der Erfasser bis aufs Äusserste eingeschränkt. Die Erfasser sind daher bloss in der Lage, die ihnen zugeteilten veränderten Wahlzettel bzw. die darauf enthaltenen Kandidaten- und Listennummern in die Software einzutragen. Darüber hinausgehende Manipulationen sind schon rein technisch ausgeschlossen. Hinzukommen noch weitere Kontrollmechanismen, die allfälligen Verfälschungen vorbeugen sollen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Erfasser ausschliesslich in Zweierteams arbeiten. Somit ist zu jedem Zeitpunkt das Vieraugenprinzip gewährleistet. Zudem bestätigten sie mit ihrer Unterschrift, dass sie sich zur Einhaltung des Stimmgeheimnisses, der Datenschutzbestimmungen sowie des Amtsgeheimnisses verpflichten (Beilage 5). Des Weiteren lässt sich im System jederzeit nachvollziehen, welches Team welche Eingaben ins System getätigt hat. Somit lassen sich auch allfällige Fehlbuchungen oder Ähnliches genau zurückverfolgen. Die Software ist darüber hinaus so programmiert, dass es nicht möglich ist, mehr Kandidaten pro Wahlzettel einzugeben als Wahlen zu treffen sind. Ebenso ist es rein technisch nicht möglich, einen Kandidaten etwa drei Mal auf einem Wahlzettel einzutragen. Bei solchen objektiven Fehlbuchungen erscheint eine Fehlermeldung und die Erfassung kann im System nicht abgeschlossen werden. Ferner tragen die Gemeinden ihre veränderten Wahlzettel auf sogenannten Lieferscheinen ein, die sie bei der Ablieferung an die KSD ebenfalls abgeben. Darauf ist die Anzahl veränderter Wahlzettel pro Liste genau vermerkt. Würden daher Erfasser einzelne Wahlzettel nicht erfassen, ausreissen oder sonst wie unterschlagen, so würde dies umgehend auffallen. Schliesslich wird nach Beendigung der Erfassung ein Ausdruck generiert und an die jeweiligen Gemeinden zur Rücküberprüfung übermittelt.

3.4 Neben den oben aufgeführten Kontrollmechanismen besteht der wichtigste Schutz sicherlich darin, dass die Erfassungsteams nur das in die Wahlsoftware eingeben dürfen, was auf den veränderten und von den Gemeindewahlbüros kontrollierten bzw. bereinigten Wahlzetteln vermerkt ist. Sie sind daher nicht befugt, selbst Korrekturen vorzunehmen oder die veränderten Wahlzettel nochmals zu bereinigen. Selbstverständlich kann es vorkommen, dass ein veränderter Wahlzettel einer Gemeinde eine fehlerhafte Bereinigung enthält. In diesem Fall sind die Erfassungsteams verpflichtet, sich an einen Vertreter der Stadtkanzlei zu wenden, der dann das weitere Vorgehen bestimmt. Es ist wichtig zu betonen, dass während des gesamten Erfassungsprozesses stets mindestens ein Vertreter der Stadtkanzlei vor Ort anwesend ist, um sich um allfällige Unklarheiten zu kümmern. Dies steht im Einklang mit der Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei als kantonales Wahlbüro und der Stadtkanzlei als operativ verantwortliche Behörde für die EDV-Erfassung. Darüber hinaus fungiert die Stadtkanzlei im Wesentlichen auch als Gemeindewahlbüro der Stadt Schaffhausen, weshalb sie durchaus legitimiert ist, notwendige Fehlerbehebungen im Rahmen der EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel vorzunehmen.

3.5 Der Prozess der EDV-Erfassung der veränderten Wahlzettel ist so aufgebaut, dass Fehler vermieden werden und zahlreiche Kontrollmechanismen für die korrekte Erfassung enthalten sind. Die Gemeindewahlbüros bereinigen die in ihrer Gemeinde angefallenen veränderten Wahlzettel und kontrollieren sie auf ihre Gültigkeit. Danach tragen sie sie auf dem sogenannten Lieferschein ein und liefern sie bei der KSD ab. Dort erfolgt eine Eingangskontrolle, bei der die Übereinstimmung der Angaben auf dem Lieferschein mit dem tatsächlichen Lieferumfang überprüft wird. Danach werden die veränderten Wahlzettel zentral bei

der KSD gesammelt und durch eine Herausgabestelle an die Erfassungsteams verteilt. Dabei kann zu jedem Zeitpunkt genau nachvollzogen werden, welche Wahlzettel welcher Gemeinde bei welchen Teams in der Erfassung sind. Kommt es im Laufe der Erfassung zu Unklarheiten oder haben die Gemeinden beispielsweise fehlerhaft bereinigte Wahlzettel geliefert, so wenden sich die Erfasser diesbezüglich an die vor Ort anwesenden Mitarbeiter der Stadtkanzlei, welche die Fehlerbehebung vornehmen. Bei technischen Schwierigkeiten wird der Support durch die KSD geleistet. Nach Abschluss der Erfassung bringen die Teams die ihnen zugeteilten Wahlzettel wieder zurück zur Herausgabestelle, wo wiederum die Vollständigkeit kontrolliert wird.

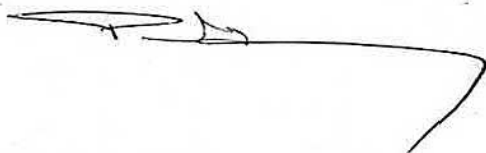
4 Angesichts der obigen Ausführungen erweist sich die Beschwerde insgesamt als unbegründet. Sie ist infolgedessen abzuweisen, soweit darauf einzutreten ist.

5 Nach Art. 82<sup>ter</sup> Abs. 4 WahlG werden bei Wahlbeschwerden keine Kosten erhoben. Dem Beschwerdeführer können bei trölerischen oder gegen den guten Glauben verstossenden Beschwerden jedoch die Kosten auferlegt werden. Dies ist vorliegend nicht der Fall, weshalb auf eine Kostenerhebung zu verzichten ist.

Gestützt auf diese Ausführungen ersuchen wir Sie um antragsgemässe Entscheidung.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES STADTRATES



Peter Neukomm  
Stadtpräsident



Marijo Caleta  
Stadtschreiber i.V.

**Im Doppel**

Kopien an:

- Stadtpräsident (susanne.doebeli@stsh.ch)
- Stadtkanzlei (yvonne.waldvogel@stsh.ch)
- Rechtsdienst (marijo.caleta@stsh.ch)
- Staatskanzlei (christian.ritzmann@ktsh.ch)

### **Beilagenverzeichnis:**

- Beilage 1: Informationsschreiben der Staatskanzlei vom 4. Mai 2020 an die Kantonalpräsidentinnen/-präsidenten, Sekretariate der politischen Parteien des Kantons Schaffhausen und an die Stadt- und Gemeindekanzleien der Kreishauptorte betreffend Gesamterneuerungswahlen Kantonsrat Amtsdauer 2021-2024 inkl. relevanter Beilagen
- Beilage 2: Artikel der Schaffhauser AZ «Ist die digitale Urne dicht?» vom 24. September 2020
- Beilage 3: Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und der Stadtkanzlei Schaffhausen über die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020 vom 26. Juni bzw. 27. August 2020
- Beilage 4: Schreiben der Staatskanzlei vom 28. Mai 2020 an die Gemeinden des Kantons Schaffhausen betreffend Organisation der Kantonsratswahlen 2020 vom 27. September 2020
- Beilage 5: Unterschriften der EDV-Erfasser bezüglich Aufklärung über Stimmgeheimnis, Datenschutz und Amtsgeheimnis

Telefon +41 (0)52 632 73 64

Fax +41 (0)52 632 72 00

staatskanzlei@sh.ch

Eingang Staatskanzlei Schaffhausen

Datum: 5.5.2020 Nr. 4963

Geht an: Stadtschreiberin / Stadtweibelin

☐ Zur direkten Erledigung

☐ Traktandum Stadtrat

☒ Zu den Akten

☐ Eingangsbestätigung: .....

An die

Kantonalpräsidentinnen / -präsidenten,  
Sekretariate der politischen Parteien  
des Kantons Schaffhausen und an die  
Stadt- und Gemeindekanzleien der  
Kreishauptorte

Schaffhausen, 4. Mai 2020

Visum: .....

### Gesamterneuerungswahlen Kantonsrat Amtsdauer 2021 - 2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat hat am 21. April 2020 entschieden, dass die Gesamterneuerungswahlen trotz der Coronavirus-Krise an den ursprünglich festgesetzten Terminen durchgeführt werden. Die Kantonsratswahlen finden somit am 27. September 2020 statt. Der Ablauf ist grundsätzlich in allen Teilen analog zu den Kantonsratswahlen 2016.

Wir möchten Sie aber auf eine Neuerung hinweisen:

Neben der Einreichung der schriftlichen und eigenhändig unterzeichneten Wahlvorschläge (Kandidierende und Unterzeichnende des Wahlvorschlages) sind die Parteien verpflichtet, die Liste der Wahlvorschläge (ohne Unterzeichnende des Wahlvorschlages) zusätzlich per Mail dem Gemeinderat des Kreishauptortes zu senden (mittels zur Verfügung gestellter Excel-Datei). Dies führt zu einer wesentlichen Vereinfachung und Verbesserung der administrativen Abläufe bei der Kontrolle der Wahlvorschläge und der Erstellung der Wahllisten.

**Die entsprechenden Excel-Dateien stehen auf "sh.ch" unter "Abstimmungen und Wahlen", "Kommende Urnengänge" zum Download bereit.**

Link: <https://sh.ch/CMS/Webseite/Kanton-Schaffhausen/Beh-rde/Abstimmungen-und-Wahlen-4104454-DE.html>

Füllen Sie dazu als erstes die *Kandidatenliste* aus. Die Daten werden ins Kandidatenblatt des Wahlvorschlages übernommen. Bei diesbezüglichen Fragen wenden Sie sich an Heinz Forster (abstimmungen@ktsh.ch).

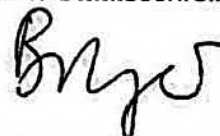
In der Beilage übermitteln wir Ihnen die im Amtsblatt erschienenen Publikationen:

- ✓ Kreisschreiben betreffend die Durchführung der Kantonsratswahlen für die Amtsdauer 2021 - 2024 (Nr. 20-38)
- ✓ Instruktion für die Durchführung der Kantonsratswahlen vom 27. September 2020 für die Amtsdauer 2021 - 2024 (Nr. 20-37)
- sowie
- ✓ Dekret über die Einteilung des Kantons Schaffhausen in Wahlkreise für die Wahl des Kantonsrates und die Zahl der in diesen Wahlkreisen zu wählenden Mitglieder (SHR 161.110) vom 26. Oktober 2015
- Proporzwahlverordnung (SHR 161.111) vom 13. November 1979

- ✓ Terminliste Regierungs- und Kantonsratswahlen Amtsdauer 2021 - 2024
- Zuteilung Listennummern
- Musterformulare pro Wahlkreis für die Einreichung von Wahlvorschlägen
- Ausgedruckte Kandidatenliste der Excel-Datei "Formular Wahlvorschläge" pro Wahlkreis

Freundliche Grüsse

STAATSKANZLEI SCHAFFHAUSEN  
Der Staatsschreiber:



*Dr. Stefan Bilger*

**Kreisschreiben**  
**betreffend die Durchführung der Kantonsrats-**  
**wahlen für die Amtsdauer 2021 bis 2024**

20-38

an die

Präsidentinnen und Präsidenten der Einwohnergemeinden  
des Kantons Schaffhausen

*Durch Beschluss des Regierungsrates  
vom 12. November 2019*

sind die Gesamterneuerungswahlen für den Kantonsrat auf

**Sonntag, 27. September 2020,**

angesetzt worden. Sie finden auf Grund der Verordnung des Regierungsrates über die Wahl des Kantonsrates und die Wahl der Einwohnerräte nach dem proportionalen Wahlverfahren (Proporzwahlverordnung) vom 13. November 1979 (SHR 161.111), nach dem Dekret über die Einteilung des Kantons Schaffhausen in Wahlkreise für die Wahl des Kantonsrates und die Zahl der in diesen Wahlkreisen zu wählenden Mitglieder vom 26. Oktober 2015 (SHR 161.110) und nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 15. März 1904 (SHR 160.100) statt.

Für die Durchführung der Proporzahlen werden nachstehende Drucksachen und Formulare benötigt:

1. Beschluss des Regierungsrates betreffend die Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2021 - 2024 vom 12. November 2019.
2. Instruktion des Regierungsrates für die Durchführung der Kantonsratswahlen vom 28. April 2020.
3. Gedruckte Wahlzettel für sämtliche im Wahlkreis eingereichten Listen sowie ein leerer Wahlzettel als freie Liste.
4. Wahlprotokolle und Hilfsformulare.
5. Schema für die Verarbeitung der Wahlzettel und die Lieferung an die KSD Schaffhausen.

Die Zustellung der vorerwähnten Drucksachen und Formulare 1, 2, 4 und 5 an die Gemeinden geschieht durch die Staatskanzlei Schaffhausen. Die Zustellung der Wahlzettel (Drucksache 3) erfolgt durch die Kanzleien der Wahlkreis-Hauptorte.

Die Wahlzettel sind den Stimmberechtigten mindestens zehn Tage vor dem Wahltag zuzustellen.

Schaffhausen, 28. April 2020

Staatskanzlei Schaffhausen

Der Staatsschreiber:  
*Dr. Stefan Bilger*

**Instruktion** 20-37  
**betreffend die Durchführung der Kantonsrats-**  
**wahlen vom 27. September 2020**  
**für die Amtsdauer 2021-2024**

*Der Regierungsrat,*

gestützt auf § 9 der Proporzwahlverordnung vom 13. November 1979,

*erlässt folgende Instruktion:*

**I. Allgemeines**

Bei den Kantonsratswahlen 2020 findet das doppeltproportionale Sitzzuteilungsverfahren Anwendung. Der genaue Ablauf ist nachfolgend detailliert beschrieben.

Der Kanton Schaffhausen besteht aus sechs Wahlkreisen, die insgesamt 60 Vertreterinnen bzw. Vertreter in den Kantonsrat zu wählen haben. Die Zahl der in diesen Wahlkreisen zu wählenden Mitglieder richtet sich nach dem Dekret des Kantonsrates vom 26. Oktober 2015 (SHR 161.110). Die Wahlen erfolgen nach den Bestimmungen der Verordnung des Regierungsrates über die Wahl des Kantonsrates und die Wahl der Einwohnerräte nach dem proportionalen Wahlverfahren (Proporzwahlverordnung) vom 13. November 1979 (SHR 161.111).

**II. Vorverfahren**

Das Vorverfahren leitet der Gemeinderat des Kreishauptortes, in den Wahlkreisen, die nur eine Gemeinde umfassen, der Gemeinderat.

Die Wahlvorschläge sind schriftlich und von mindestens 15 im Wahlkreis wohnhaften Stimmberechtigten eigenhändig unterzeichnet bis zum 62. Tag vor dem Wahltag (bis am 27. Juli 2020) beim Gemeinderat des Kreishauptortes einzureichen. Sie müssen mit einer Bezeichnung versehen sein. Die Wahlvorschläge dürfen höchstens so viele Namen wählbarer Personen enthalten, als Vertreterinnen und

Vertreter im Wahlkreis zu wählen sind. Es ist jedoch gestattet, den gleichen Namen zweimal zu schreiben (kumulieren).

Die Liste der Wahlvorschläge (ohne Unterzeichnende des Wahlvorschlages) ist zusätzlich per Mail dem Gemeinderat des Kreishauptortes zu senden (mittels zur Verfügung gestellter Excel-Datei).

Jede Kandidatur bedarf zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Zustimmung der kandidierenden Person. Dies kann durch blosser Unterzeichnung des Wahlvorschlages geschehen.

Keine kandidierende Person darf auf mehr als einem Wahlvorschlag des Wahlkreises oder auf Wahlvorschlägen aus mehr als einem Wahlkreis stehen; sonst ist sie unverzüglich von allen Wahlvorschlägen zu streichen.

Keine stimmberechtigte Person darf mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Die Unterschrift kann nach der Einreichung des Wahlvorschlages nicht mehr zurückgezogen werden. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Wahlvorschlages müssen für den Verkehr mit den Behörden eine Person als Vertreterin oder Vertreter und eine weitere Person als Stellvertreterin oder Stellvertreter bezeichnen. Verzichten sie darauf, so gilt die erstunterzeichnende Person als Stellvertreterin oder Stellvertreter.

Die Vertreterin oder der Vertreter bzw., wenn sie oder er verhindert ist, die stellvertretende Person ist berechtigt und verpflichtet, im Namen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner die zur Beseitigung von Anständen erforderlichen Erklärungen rechtsverbindlich abzugeben.

Auf dem Wahlvorschlag müssen sowohl die Kandidatinnen und Kandidaten als auch die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner mit Vor- und Familiennamen, Geburtsjahr, Beruf sowie Adresse des politischen Wohnsitzes (in grösseren Ortschaften Strasse und Hausnummer) bezeichnet sein, die Kandidatinnen und Kandidaten zusätzlich mit ihrem Heimatort.

Ab dem 48. Tag vor dem Wahltag (ab dem 10. August 2020) dürfen an den Wahlvorschlägen keine Änderungen mehr vorgenommen werden.

Die bereinigten Wahlvorschläge heissen Listen.

Die Listen werden von der Staatskanzlei mit Ordnungsnummern versehen.

Die Zuteilung der Listennummern erfolgt nach der Wählerstärke der Listen bei der Kantonsratswahl 2016. Listen, die bei der Kantonsratswahl 2016 nicht zur Wahl angetreten waren, gelten als neu eingereichte Listen. Neu eingereichte Listen erhalten durch die bisherigen Listen noch nicht belegte Nummern. Die Zuteilung erfolgt in der Reihenfolge ihrer Einreichung. Listen aus verschiedenen Wahlkreisen, aber mit gleicher Bezeichnung, erhalten die gleiche Listennummer.

Die Listen mit ihren Bezeichnungen und Ordnungsnummern sind der Staatskanzlei bis 11. August 2020 in Kopie zuzustellen zur Veröffentlichung im Amtsblatt.

Die Gemeinderäte der Kreishauptorte erstellen für sämtliche Listen Wahlzettel, auf denen Listenbezeichnung, Ordnungsnummer und Kandidatenangaben (mindestens Familien- und Vorname sowie Wohnort) vorgedruckt sind, sowie Wahlzettel ohne Vordruck. Ein vollständiger Satz der Wahlzettel ist vor der Drucklegung der Staatskanzlei zur formellen Prüfung einzureichen.

Die Gemeinden stellen den Stimmberechtigten bis spätestens zehn Tage vor dem Wahltag einen vollständigen Satz aller Wahlzettel zu.

### **III. Stimmabgabe**

Für die Stimmabgabe gilt insbesondere:

- a) Die Stimmabgabe erfolgt mittels der amtlich zugestellten gedruckten Listen oder durch ganzes oder teilweise handschriftliches Ausfüllen des leeren Wahlzettels.
- b) Es darf nur ein Wahlzettel verwendet werden. Dieser ist aus der Wahlzettelbroschüre herauszutrennen.
- c) Wer den Wahlzettel ohne Vordruck benutzt, kann Namen wählbarer Kandidatinnen oder Kandidaten eintragen und die Listenbezeichnung oder die Ordnungsnummer einer Liste anbringen. Wer einen Wahlzettel mit Vordruck benutzt, kann vorgedruckte Kandidatennamen streichen; er kann Kandidatennamen aus anderen Listen eintragen (panaschieren). Er kann ferner die vorgedruckte Ordnungsnummer und die Listenbezeichnung streichen oder durch eine andere ersetzen. Er kann den Namen der gleichen Kandidatin oder des gleichen Kandidaten auf dem Wahlzettel zweimal aufführen (kumulieren).
- d) Bei der Stimmabgabe ist auf der Rückseite des Stimmzettels ein Kontrollstempel anzubringen. Bei der brieflichen Stimmabgabe wird der Kontrollstempel nach Öffnen des Stimmkuverts ange-

bracht, sofern die Stimmabgabe gültig ist (Art. 53<sup>ter</sup> Abs. 1 Wahlgesetz) und das Kuvert für die gleiche Wahl nicht mehr als einen Wahlzettel enthält (Art. 59 Abs. 2 lit. h).

- e) Das planmässige Einsammeln, Ausfüllen oder Ändern von Wahlzetteln und das Verteilen so ausgefüllter oder geänderter Wahlzettel ist verboten.

#### **IV. Gemeindeweise Ermittlung des Wahlergebnisses**

Aus je zwei Stimmzählerinnen oder Stimmzählern ist ein Zählbüro zu bilden. In kleinen Gemeinden wird ein Zählbüro genügen, während es bei grösseren Gemeinden mehrerer bedarf.

Die abgegebenen Wahlzettel werden unter die Zählbüros ungefähr gleichmässig verteilt.

##### **1. Sortierung der eingegangenen Wahlzettel**

- a) Nach dem Öffnen der Urnen werden sämtliche Wahlzettel in ungültige, völlig leere und gültige Wahlzettel aufgeteilt. Wahlzettel sind ungültig, wenn sie
- wohl Namen, aber keinen einer Kandidatin oder eines Kandidaten des Wahlkreises enthalten;
  - nicht amtlich sind;
  - anders als handschriftlich ausgefüllt oder geändert sind;
  - ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten;
  - keinen Kontrollstempel tragen.

Ganz leere, mit Kontrollstempel versehene Wahlzettel werden nicht als "ungültige", sondern als "leere" Wahlzettel behandelt.

- b) Die ungültigen und die leeren Zettel sind sofort auszuzählen, im Formular "Lieferschein/Listenübersicht Kantonsratswahl" einzutragen und als erledigt wegzulegen.
- c) Die gültigen Wahlzettel sind zu trennen in unveränderte und veränderte (Freie Listen, d.h. Wahlzettel ohne Listenbezeichnungen, gelten als veränderte Wahlzettel).
- d) Sodann sind die unveränderten Wahlzettel nach den Listenbezeichnungen auszuscheiden und im Formular "Lieferschein/Lis-

tenübersicht Kantonsratswahl" einzusetzen. Das Total aller unveränderten Wahlzettel sämtlicher Listen ist ebenfalls im Formular "Lieferschein/Listenübersicht Kantonsratswahl" einzusetzen.

## **2. Verarbeitung der veränderten Wahlzettel**

a) Die veränderten Wahlzettel sind vorerst inhaltlich zu bereinigen.

So sind mit Farbstift zu *streichen*:

- Namen, die auf keiner Liste des Wahlkreises stehen;
- unleserlich geschriebene Namen und nicht identifizierbare Kandidatinnen oder Kandidaten sowie
- überzählige Namen (steht ein Kandidatename mehr als zweimal auf einem Wahlzettel, werden die überzähligen Wiederholungen gestrichen);
- Kumulationen (doppelte Stimmabgabe für bestimmte Kandidatinnen oder Kandidaten) durch Gänsefüsschen, "dito", "idem" und dergleichen;

zu *ergänzen*:

- fehlende Kandidatennummern;

und es ist zu *kontrollieren*:

- ob die Kandidatennummern mit dem Namen übereinstimmen. Bei Differenzen zwischen Namen und Nummern erhält der Name den Vorrang, und die Kandidatennummer ist entsprechend zu berichtigen.

Fehlende Stimmen gelten als *Zusatzstimmen*,

- wenn ein Wahlzettel eine Listenbezeichnung trägt, die zwar mit keiner der amtlich veröffentlichten Listenbezeichnungen wörtlich übereinstimmt, aber keinen Zweifel darüber zulässt, dass eine bestimmte Liste gemeint ist;
- wenn ein Wahlzettel zwar keine oder eine unklare Listenbezeichnung trägt, wohl aber eine Ordnungsnummer einer amtlich veröffentlichten Liste enthält;
- wenn ein Wahlzettel eine gültige Listenbezeichnung und eine Ordnungsnummer trägt, die nicht übereinstimmen; in diesem Falle gilt die Listenbezeichnung.

Fehlende Stimmen (bzw. leere Linien) gelten als *leere Stimmen*,

- wenn ein Wahlzettel keine Listenbezeichnung trägt;
- wenn die Listenbezeichnung gestrichen ist;
- wenn der Wahlzettel mehrere Listenbezeichnungen trägt.

Nach dieser Bereinigung sind die veränderten Wahlzettel nach der Listenbezeichnung auszuscheiden, auszuzählen und im Formular "Lieferschein/Listenübersicht Kantonsratswahl" einzutragen. Wahlzettel ohne Listenbezeichnung gelten als veränderte Wahlzettel, bilden aber eine Gruppe für sich; ihre Anzahl ist ebenfalls im Formular "Lieferschein/Listenübersicht Kantonsratswahl", in der untersten Zeile, einzutragen.

- b) Als nächstes sind die Wahlzettel in dem oben rechts vorgesehenen Feld fortlaufend zu nummerieren, und zwar listenweise jeweils mit Nr. 1 beginnend.
- c) Das Total der veränderten Wahlzettel ist im Formular "Lieferschein/Listenübersicht Kantonsratswahl" einzutragen.

#### **V. Ablieferung des Wahlmaterials an die KSD und die Staatskanzlei**

Die Gemeinden werden angewiesen, *sofort nach Bereinigung der Wahlzettel, das ausgefüllte Formular "Lieferschein/Listenübersicht Kantonsratswahl"* zusammen mit den gemäss Anweisung der Staatskanzlei sortierten veränderten Wahlzetteln der KSD Schaffhausen abzuliefern.

Die Staatskanzlei übermittelt den Gemeindewahlbüros zu gegebener Zeit das Schema für die Zusammenstellung der Unterlagen an die KSD.

Die von der Staatskanzlei nach Abschluss der Erfassung der Resultate zugestellten Wahlprotokolle sind von den Gemeindewahlbüros zu unterzeichnen und zusammen mit den gesondert verpackten Wahlzetteln spätestens am Montagnachmittag nach der Wahl der Staatskanzlei abzuliefern. Bei der Verpackung der Wahlzettel ist die durch das Auszählverfahren bewirkte Sortierung strikte beizubehalten.

Die Wahlakten bleiben in Verwahrung bei der Staatskanzlei.

Die Sitzverteilung erfolgt durch die Staatskanzlei. Sie übermittelt den Wahlkreishauptorten die Wahlergebnisse und macht den Gewählten sofort von ihrer Wahl Mitteilung gemäss Art. 61 Wahlgesetz.

Schaffhausen, 28. April 2020

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

*Martin Kessler*

Der Staatsschreiber:

*Dr. Stefan Bilger*

Die Staatskanzlei führt am **3. September 2020, 16.00 Uhr**, einen **Instruktionskurs** durch, zu welchem jede Gemeinde mindestens eine Vertretung abzuordnen hat. Der bzw. die Vorsitzende des Gemeindewahlbüros ist für die Instruktion der übrigen Mitglieder des Wahlbüros verantwortlich.

**Dekret  
über die Einteilung des Kantons Schaffhausen  
in Wahlkreise für die Wahl des Kantonsrates  
und die Zahl der in diesen Wahlkreisen zu  
wählenden Mitglieder**

vom 26. Oktober 2015

*Der Kantonsrat Schaffhausen,*

gestützt auf Art. 25 Abs. 3 der Kantonsverfassung sowie aufgrund der vom Volkswirtschaftsdepartement herausgegebenen ständigen Bevölkerungszahl per 31. Dezember 2014,

*beschliesst als Dekret:*

**§ 1**

Die Zahl der Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Wahlkreise wird im Verhältnis der vom Volkswirtschaftsdepartement herausgegebenen ständigen Bevölkerungszahl per Ende des zweiten der Kantonsratswahl vorangehenden Jahres festgelegt.

**§ 2<sup>1)</sup>**

<sup>1</sup> Der Kanton Schaffhausen wird für die Wahl des Kantonsrates in folgende sechs Wahlkreise eingeteilt:

	<i>Einwohnerzahl</i>
1. Wahlkreis Schaffhausen umfassend die Stadt Schaffhausen	36'617
2. Wahlkreis Klettgau umfassend die Gemeinden Hallau, Beggingen, Beringen, Gächlingen, Löhningen, Neunkirch, Oberhallau, Schleithelm, Siblingen, Trasadingen und Wilchingen	17'452

**161.110** Dekret Einteilung Wahlkreise für die Wahl des KR

3. Wahlkreis Neuhausen umfassend die Gemeinde Neuhausen am Rheinfl	10'507
4. Wahlkreis Reiat umfassend die Gemeinden Thayngen, Barga, Bütt- hardt, Dörfli, Lohn, Merishaufen und Stetten	10'191
5. Wahlkreis Stein umfassend die Gemeinden Stein am Rhein, Buch, Hemishofen und Ramsen	5'665
6. Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen umfassend die Gemeinden Buchberg und Rüdlingen	1'617
<b>Total</b>	<b>82'049</b>

<sup>2</sup> Bei den aus mehreren Gemeinden bestehenden Wahlkreisen gilt die erstgenannte Gemeinde als Hauptort.

**§ 3**

<sup>1</sup> Die Zahl der Personen, die in einem Wahlkreis wohnhaft sind, wird durch den Zuteilungs-Divisor geteilt und zur nächstgelegenen ganzen Zahl gerundet. Das Ergebnis bezeichnet die Anzahl Sitze, die im betreffenden Wahlkreis zu vergeben sind.

<sup>2</sup> Der Zuteilungs-Divisor wird so festgelegt, dass beim Verfahren nach Abs. 1 genau 60 Sitze vergeben werden.

**§ 4<sup>2)</sup>**

Die 60 Sitze des Kantonsrates werden gestützt auf das Verfahren gemäss § 3 wie folgt auf die Wahlkreise verteilt:

Zuteilungs-Divisor: 1'370

	<i>Quotient</i>	<i>Sitze</i>
1. Wahlkreis Schaffhausen Wohnbevölkerung: 36'617	= 26,728	27 Sitze
2. Wahlkreis Klettgau Wohnbevölkerung: 17'452	= 12,739	13 Sitze
3. Wahlkreis Neuhausen Wohnbevölkerung: 10'507	= 7,670	8 Sitze
4. Wahlkreis Reiat Wohnbevölkerung: 10'191	= 7,439	7 Sitze

**Dekret Einteilung Wahlkreise für die Wahl des KR 161.110**

5. Wahlkreis Stein Wohnbevölkerung: 5'665	= 4,135	4 Sitze
6. Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen Wohnbevölkerung: 1'617	= 1,180	1 Sitz
<b>Total</b>		<b>60 Sitze</b>

**II.**

<sup>1</sup> Dieses Dekret tritt am 1. März 2016 in Kraft.

<sup>2</sup> Es ersetzt das gleichnamige Dekret vom 24. November 2003.

<sup>3</sup> Es ist im Amtsblatt zu veröffentlichen <sup>1)</sup> und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

**Fussnoten:**

1) Amtsblatt 2016, S. 331.

2) Fassung gemäss KRB vom 13. Januar 2020, in Kraft getreten am 1. Februar 2020 (Amtsblatt 2020, S. 102).

## Terminliste Regierungs- und Kantonsratswahlen Amtsdauer 2021-2024

<u>Termin</u>		<u>Bemerkungen und Hinweise</u>
12.11.2019	Beschluss des RR über die Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2021-2024	Art. 18 + 21 Wahlgesetz (SHR 160.100)
28.4.2020	Instruktion des Regierungsrates zur Durchführung der Kantonsratswahlen für die Amtsdauer 2021-2024) (RRB)	Veröffentlichung im Amtsblatt
28.4.2020	Kreisschreiben der Staatskanzlei an die Präsidentinnen und Präsidenten der Einwohnergemeinden betr. Durchführung der Kantonsratswahlen für die Amtsdauer 2021-2024	Veröffentlichung im Amtsblatt
27.7.2020	Ablauf der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen beim Gemeinderat des Kreishauptortes	Die Wahlvorschläge müssen spätestens am neuntletzten Montag, (62. Tag vor dem Wahltag) beim Gemeinderat des Kreishauptortes eingereicht sein. (Art. 2f Wahlgesetz, SHR 160.100; § 12 ProporzwahlVO, SHR 161.111).
28.7.2020	Übermittlung der Listen an die Staatskanzlei	(§ 12 ProporzwahlVO, SHR 161.111)
10.8.2020	Ablauf der Frist für die Bereinigung von Wahlvorschlägen	(§ 20 Abs. 4 ProporzwahlVO, SHR 161.111)
11.8.2020	Einreichung je einer Kopie der bereinigten Listen an die Staatskanzlei zur Veröffentlichung im Amtsblatt und anschliessend Einreichung der Probeabzüge für die Wahlzettel	
<b>30.8.2020</b>	<b>Regierungsratswahlen</b>	
3.9.2020	Instruktionsveranstaltung für Gemeinden	
Spät. 16.9.2020	Zustellung der Listen an die Stimmberechtigten	Spätestens 10 Tage vor dem Wahltag (sinnvollerweise zw. 4 und 3 W. vor Termin zusammen mit Abstimmungsunterlagen)
<b>27.9.2020</b>	<b>Kantonsratswahlen</b> (in allen Wahlkreisen im Proporzwahlverfahren)	
27.9.2020	ev. 2. Wahlgang Regierungsratswahlen	
2.10.2020	Veröffentlichung der Wahlergebnisse im Amtsblatt	
5.10.2020	Ablauf der Einsprachefrist	

STAATSKANZLEI SCHAFFHAUSEN

# Ist die digitale Urne dicht?

**DEMOKRATIE** Die Software, die am Wahlsonntag das Resultat errechnet, hat Sicherheitslücken und wird von freiwilligen Schülern bedient.

Mattias Greuter

In drei Tagen wird der Kantonsrat gewählt. Dabei kommt eine Software mit gravierenden Sicherheitsmängeln zum Einsatz. Ist das Schaffhauser Wahlresultat ausreichend gegen eine Cyberattacke geschützt?

In der aktuellen Debatte über die Sicherheit von E-Voting wird gerne darauf verwiesen, «analoge» Wahlen mit Wahlzettel, Stimmkuvert und Kugelschreiber seien sicher. Dies sei «ein Mythos», schreibt die *Republik*. Sie veröffentlicht morgen Freitag die Ergebnisse einer monatelangen Recherche, die Mängel in der Software zur Ermittlung der Wahlresultate aufzeigt. Eine Mehrheit der Kantone arbeitet mit veralteten und unsicheren Systemen. Als Reaktion auf diese Recherche fordert die Bundeskanzlei die Kantone auf, ihre Systeme zu prüfen und Schwachstellen zu beheben.

Ungenügend vor Angriffen geschützt ist auch die Software *Sesam*, die bei Nationalrats- und Kantonsratswahlen im Kanton Schaffhausen zum Einsatz kommt. Es geht dabei um die Ermittlung des Wahlresultats: Ein Programm erledigt die komplexe Berechnung der Sitzansprüche der Parteien.

## Völlig unsicheres Standardpasswort

Die *Republik* liess *Sesam* durch unabhängige Experten prüfen, welche eine empfindliche Schwachstelle fanden. Darüber hinaus liefert die Firma *Sesam* ihre Software mit einem Standardpasswort, das in der Installationsanleitung öffentlich verfügbar ist. Es lautet: «Wahlen».

Der stellvertretende Staatsschreiber Christian Ritzmann kann die grösste Sorge entkräften: Das Passwort «Wahlen» sei schon vor dem ersten Einsatz von *Sesam* geändert worden; das sei bei Softwarekäufen Vorschrift.

Im Gegensatz zu anderen Kantonen, so Ritzmann, würden im Kanton Schaffhausen keine Resultate über das Internet übermittelt, sondern in ein internes Netz ohne Internet-



Wahltag ist Zähltag: Analoge Wahlen sind nicht automatisch sicher.

Archivbild: Peter Pfister

verbindung eingespeist. Damit sind Angriffe praktisch ausgeschlossen. Mit anderen Worten: Der Kanton Schaffhausen arbeitet zwar mit veralteter und unsicherer Software, hat aber die notwendigen Kontrollmechanismen eingesetzt, um die Wahlen vor Manipulationsversuchen zu schützen. Zugriff auf das System haben lediglich die Staatskanzlei, die KSD sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer.

## Ohne demokratische Legitimation

Dieser letzte Punkt offenbart jedoch ein weiteres Kuriosum.

Am Wahlsonntag werden in den Wahlbüros der Gemeinden die Wahlzettel gezählt, bereinigt und kontrolliert. Danach werden sie dem Kanton zugestellt, wo die erwähnten Wahlhelferinnen und Wahlhelfer die einzelnen Stimmen von panaschierten Listen manuell ins System eintragen.

Diese Personen sind jedoch keine demokratisch gewählten Mitglieder des Wahlbüros, sondern Freiwillige, die von der Stadt Schaffhausen rekrutiert und geschult werden.

Der AZ liegt ein Brief vor, mit dem Schülerinnen und Schüler zur Unterstützung gesucht werden. Interessierte müssen volljährig sein und «gewohnt, regelmässig am PC zu arbeiten» – weitere Vorgaben gibt es nicht. Der Lohn beträgt 30 Franken pro Stunde.

Für Claudio Kuster, Stiftungsrat der Stiftung für direkte Demokratie, ist es «stossend»,

dass hier nicht die gewählten Mitglieder der Wahlbüros im Einsatz stehen: «Es geht um eine diffizile und verantwortungsvolle Arbeit. Diese Personen ordnen die einzelnen Stimmen den Kandidierenden zu.»

Kuster erinnert daran, dass eine einzelne falsch eingetragene Stimme das Resultat verändern könne: Vor vier Jahren musste ein Neuhäuser Kantonsratsitz wegen Stimmengleichstands per Münzwurf vergeben werden.

Ausserdem sind diese Helferinnen und Helfer im Gegensatz zu den gewählten Wahlbüros nicht nach Parteienproporz zusammengesetzt, und der Bevölkerung ist ihre Identität nicht bekannt. «Das ist intransparent», moniert Kuster, und: «Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage.»

Christian Ritzmann widerspricht. Er weist auf das Wahlgesetz, wonach die reine Erfassung der Resultate im Wahlermittlungssystem nicht durch das gewählte Wahlbüro durchgeführt werden müsse. «Es handelt sich nicht um eine Stimmzähleraufgabe, denn die Kontrolle und Bereinigung der Listen, also beispielsweise der Entscheid, ob eine Stimme gültig ist, wird von den Wahlbüros in den Gemeinden abgeschlossen, bevor der Kanton die Listen zur Erfassung erhält.»

Damit gibt sich Claudio Kuster nicht zufrieden. Das Erfassen der Resultate sei «eindeutiger Teil des Auszählvorgangs». Um das Vertrauen der Bevölkerung «in diesen wichtigen Vorgang sicherzustellen, braucht es Transparenz und demokratische Legitimation».

# **Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und der Stadtkanzlei Schaffhausen über die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020**

vom ..... Juni 2020

Die Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen und die Stadtkanzlei Schaffhausen vereinbaren, gestützt auf Art. 29ter des Wahlgesetzes, was folgt:

I.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen übernimmt für alle Gemeinden des Kantons Schaffhausen die operative Erfassung der bereinigten Wahlzettel der Kantonsratswahlen 2020 bei der KSD in Schaffhausen.

II.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen ist verantwortlich für die Rekrutierung und Schulung der Erfassungsteams.

Die Personen der Erfassungsteams werden von der Stadtkanzlei Schaffhausen entschädigt. Der Stundenlohn pro Person beträgt Fr. 30.--.

Die Gemeinden haben für die Kosten der Erfassungsteams am Wahltag aufzukommen. Die Kosten werden proportional aufgeteilt (anteilmässige Kostenbeteiligung im Verhältnis zwischen der Anzahl Stimmberechtigter pro Gemeinde und der Gesamtzahl der Stimmberechtigten im Kanton). Der Gemeinde wird im Anschluss an die Kantonsratswahlen 2020 von der Stadt Schaffhausen Rechnung über die anteilmässige Übernahme der Kosten der Erfassungsteams gestellt.

Die Kosten für die administrativen Arbeiten im Zusammenhang mit den Erfassungsteams können der Staatskanzlei im Umfang von total Fr. 3'000.-- in Rechnung gestellt werden.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen stellt die Einhaltung des Stimmgeheimnisses und der Datenschutzbestimmungen durch die Erfassungsteams sicher.

Die Stadtkanzlei Schaffhausen garantiert, dass während der gesamten Erfassungsarbeiten in der KSD jeweils mindestens eine Vertretung der Stadtkanzlei anwesend oder erreichbar ist.

Die Staatskanzlei nimmt während der Erfassungsarbeiten in der KSD die Aufsicht über diese Arbeiten wahr.

**27. Aug. 2020**

Schaffhausen, ..... Juni 2020

Staatskanzlei Schaffhausen  
Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger

Schaffhausen, **26.** Juni 2020

Stadtkanzlei Schaffhausen  
Die Stadtschreiberin:

  
Yvonne Waldvogel

KOPIE



Eingang Stadtkanzlei Schaffhausen

Telefon +41 (0)52 632 72 00 Datum: 2.6.20 Nr. 5020  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch Geht an: Stadtschreiber An die  
Gemeinden  
des Kantons Schaffhausen

- ☒ Zur direkten Erledigung  
☐ Traktandum Stadtrat  
☐ Zu den Akten  
☐ Eingangsbestätigung: .....

Visum: [Signature] Schaffhausen, 28. Mai 2020

☒ Kopie: Stadtschreiber i.V., Stadtweibelin, D. Meder

Organisation der Kantonsratswahlen 2020 vom 27. September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren Präsidentinnen und Präsidenten

Mit Kreisschreiben vom 28. April 2020 wurden Ihnen die grundlegenden Informationen über das Verfahren der Kantonsratswahlen 2020 übermittelt. Wie bei den erfolgreich abgewickelten Nationalratswahlen 2019 werden alle Gemeinden in die Wahlsoftware "Sesam" einbezogen werden. Das Vorgehen ist grundsätzlich in allen Teilen analog zu den Nationalratswahlen 2019.

Bekanntlich wird die Bereinigung und Erfassung wiederum auf Gemeindeebene erfolgen, wobei anschliessend die elektronische Resultaterfassung zentral bei der KSD erfolgen wird. Wie im vergangenen Jahr haben die Gemeinden sofort nach Bereinigung der Wahlzettel die Unterlagen gemäss Anweisung der Staatskanzlei an die KSD zu übergeben. Die Staatskanzlei wird den Gemeinden nach den Sommerferien ein Schema für die Verarbeitung der Wahlzettel und die Zusammenstellung der Unterlagen an die KSD zur Verfügung stellen.

Der Kanton kommt für die Lizenzkosten sowie die Installations-, Einführungs-, Schulungs- und Wartungskosten auf. Die Gemeinden haben - wie bei den Nationalratswahlen 2019 - die Kosten der Erfassungsteams am Wahltag zu übernehmen. Diese Erfassungsteams werden von der Stadt Schaffhausen rekrutiert und geschult. Die Kosten werden proportional aufgeteilt (anteilmässige Kostenbeteiligung im Verhältnis zwischen der Anzahl Stimmberechtigter pro Gemeinde und der Gesamtzahl der Stimmberechtigten im Kanton).

Da mit dem Einsatz der Wahlsoftware "Sesam" die Ermittlung der Ergebnisse deutlich weniger Zeit in Anspruch nehmen wird, wird für die Gemeinden ein Teil der bisherigen Kosten für die Erfassungsarbeiten wegfallen. Wir gehen davon aus, dass für die Gemeinden auch bei den Kantonsratswahlen die Lösung mit der elektronischen Resultaterfassung praktisch kostenneutral ausfallen wird.

Nachdem die hoheitliche Aufgabe der Resultatermittlung der Kantonsratswahlen nicht mehr vollständig von den Gemeindewahlbüros vorgenommen wird, sondern teilweise auf Erfassungsteams ausgelagert wird, schlagen wir vor, dass - wie im vergangenen Jahr - jede Ge-

meinde mit der Staatskanzlei eine kurze Vereinbarung über die Übertragung der Resultaterfassung und Auswertung der Kantonsratswahlen 2020 (wobei die ebenfalls abzuschliessende Leistungsvereinbarung zwischen der Staatskanzlei und der Stadtkanzlei Schaffhausen einen integrierenden Bestandteil bildet) abschliesst. Wir stellen Ihnen in der Beilage **zwei Exemplare einer entsprechenden Vereinbarung zu mit der Bitte, den Namen Ihrer Gemeinde in den dafür vorgesehenen Feldern einzufügen, die Vereinbarung zu unterzeichnen und bis am Freitag, 26. Juni 2020 an die Staatskanzlei Schaffhausen, Regierungsgebäude, Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen, zu retournieren.** Wir werden Ihnen in der Folge ein gegengezeichnetes Vereinbarungsexemplar zurücksenden.

Für die konkreten Aufgaben und Abläufe werden wir Ihnen nach den Sommerferien detaillierte Unterlagen zukommen lassen. Bereits an dieser Stelle weisen wir Sie im Sinne einer Vorinformation darauf hin, dass die Staatskanzlei am **Donnerstag, 3. September 2020, 16.00 Uhr**, einen **obligatorischen Instruktionskurs** durchführt, zu welchem jede Gemeinde mindestens eine Vertretung abzuordnen hat.

Im Wahljahr 2020 steht unter ganz besonderen Vorzeichen: Die Coronakrise hat auch Auswirkungen auf den Ablauf der Arbeiten an den Wahlwochenenden. Es sind die Abstands- und Verhaltensregeln des Bundesamtes für Gesundheit zu befolgen. Erfahrungsgemäss hat es in verschiedenen Gemeinden einige gewählte Stimmzählende, die zur Risikogruppe gehören und je nach Situation im August/September 2020 allenfalls nicht zum Einsatz kommen sollten. Zudem weisen wir Sie darauf hin, dass am 27. September 2020 zusätzlich zu den Kantonsratswahlen noch insgesamt 5 eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung gelangen. Dies bedeutet, dass Sie für den 27. September 2020 die grösstmögliche Anzahl an Stimmzählenden aufbieten müssen. Wir bitten Sie, bereits jetzt Vorüberlegungen anzustellen, wie Sie diese Problematik lösen könnten (z.B. mit der Wahl von ausserordentlichen Stimmzählenden durch den Gemeinderat).

Für Fragen und Auskünfte steht Ihnen Christian Ritzmann, Staatsschreiber-Stv., gerne zur Verfügung (Tel. 052 6327361; Mail: [christian.ritzmann@ktsh.ch](mailto:christian.ritzmann@ktsh.ch)).

Mit freundlichen Grüssen  
STAATSKANZLEI SCHAFFHAUSEN  
Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

**Beilage:**

2 Ex. der Vereinbarung "Übertragung der Resultaterfassung und Auswertung der Kantonsratswahlen 2020"

## EDV Erfassung vom 27. September 2020

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich von der Stadtkanzlei auf die Einhaltung des Stimmgeheimnisses, der Datenschutzbestimmungen und des Amtsgeheimnisses hingewiesen worden bin:

Vor- und Nachname	Unterschrift
Doris Erhart	D. Erhart
Schüpach Mathias	M. Schüpach
Schopper Stefan	S. Schopper
Meier Brigitt	B. Meier
Jonas Lagler	J. Lagler
Robert Schmid	R. Schmid
Patrick Kohler	P. Kohler
Nicolas Majone	N. Majone
Brigitte Reutimann	B. Reutimann
Aina Fritschi	A. Fritschi
Cornelia Menne	C. Menne
Schiantarelli Corinne	C. Schiantarelli
Lütolf Elisabeth	E. Lütolf
Schlick-Fabienne	F. Schlick
Terber Uta	U. Terber
Julia Wager	J. Wager
Sabrina Wieg	S. Wieg
Nicole Güntert	N. Güntert
Lisa Rüttimann	L. Rüttimann
Jennifer Zimmer	J. Zimmer
Keni Tanner	K. Tanner
Wachs Schöpp	W. Schöpp
Corenzo Schöpfes	C. Schöpfes
Silvia Ross Faber	S. Ross
Lara Taffel	L. Taffel
Michaela Koshic	M. Koshic
Alexandra Koshic	A. Koshic
Céline Eberle	C. Eberle
Charlät Eggenberger	C. Eggenberger
Christoph Gfeller	C. Gfeller
Elena Lüs	E. Lüs
Rubin Lüs	R. Lüs
Tanja Rühmann	T. Rühmann
Wula Vassanaki	W. Vassanaki
Brigitte Occlusin	B. Occlusin
Olive Vogt	O. Vogt

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich von der Stadtkanzlei auf die Einhaltung des Stimmgeheimnisses, der Datenschutzbestimmungen und des Amtsgeheimnisses hingewiesen worden bin:

59 61